

6. Sitzung

am Dienstag, dem 19. November 2019

Inhalt

Fragestunde

- 1. Infoveranstaltung zum Abrufen von Bundesgeldern für die Digitalisierung in Schulen**
Anfrage der Abgeordneten Frau Bergmann, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 18. September 2019 242
- 2. Warum geht Bremen bei den Strukturhilfen des Bundes für strukturschwache Standorte von Steinkohlekraftwerken leer aus?**
Anfrage der Abgeordneten MeyerHeder, Michalik, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 26. September 2019 243
- 3. Verwaltungsaufwand für Sportvereine minimieren**
Anfrage der Abgeordneten Öztürk, Frau Görgü-Philipp, Hupe, Frau Dr. Eschen, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. September 2019 244
- 4. Verbindung nicht möglich – WLAN für Ortsämter und Beiräte**
Anfrage der Abgeordneten Bodeit, Frau Averwenser, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 30. September 2019 246
- 5. Werden Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter von Lime bei der weiteren Bewertung berücksichtigt?**
Anfrage der Abgeordneten Frau Pfeiffer, Frau Heritani, Frau Aulepp, Günstigör und Fraktion der SPD
vom 1. Oktober 2019247
- 6. Verhängung von Ordnungsgeldern bei Mietwucher**
Anfrage der Abgeordneten Wagner, Günstigör und Fraktion der SPD
vom 1. Oktober 2019249
- 7. Wie gut ist der 110-Prozess der Polizei in der Stadt Bremen aufgestellt?**
Anfrage der Abgeordneten Lübke, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 2. Oktober 2019251
- 8. Verunreinigung des öffentlichen Spielplatzes der Kita Gleimstraße mit Drogenbesteck und zerbrochenen Glasflaschen**
Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 7. Oktober 2019253
- 9. Intelligenter Fahrradverkehr auch in Bremen?**
Anfrage der Abgeordneten MeyerHeder, Strohmans, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 10. Oktober 2019255

10. Zentrale Fachstelle Wohnen (ZFW) – in Bremen Nord unbesetzt

Anfrage der Abgeordneten Frau Grönert, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 10. Oktober 2019256

11. Schulstandortplanung für die berufsbildenden Schulen?

Anfrage der Abgeordneten Hupe, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Oktober 2019305

12. Versorgung von Wohnungslosen in Bremen-Nord

Anfrage der Abgeordneten Frau Tegeler, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 22. Oktober 2019306

13. Kein Baugrundstück für Baugemeinschaft in Schwachhausen?

Anfrage der Abgeordneten Frau Grobien, Frau Neumeyer Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 5. November 2019306

Angebotsorientierte Gewerbeflächenentwicklung in Bremen vorantreiben – Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 zügig vorlegen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 24. September 2019 (Drucksache 20/43 S)

Abgeordneter Meyer-Heder (CDU).....257
Abgeordneter Tebbe (DIE LINKE).....259
Abgeordneter Stahmann (SPD).....260
Abgeordnete Wischhusen (FDP).....261
Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)263
Senatorin Vogt.....265
Abgeordneter Meyer-Heder (CDU).....267
Abstimmung268

Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Quartieren und stadtweit – Kriterien für ein Budget zur Finanzierung von Angeboten mit stadtteilübergreifender Bedeutung entwickeln!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der

FDP

vom 6. November 2019 (Drucksache 20/60 S)

Abgeordnete Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen) 268
Abgeordnete Krümpfer (SPD)..... 269
Abgeordnete Ahrens (CDU)..... 270
Abgeordneter Tuncel (DIE LINKE) 271
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP) 272
Senatorin Stahmann 273
Abstimmung 274

Ein neues Zentrum für einen alten Stadtteil – Hemelingens städtebauliche Entwicklung absichern

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. November 2019 (Neufassung der Drucksache 20/77 S vom 12. November 2019) (Drucksache 20/84 S)

Abgeordneter Wagner (SPD) 274
Abgeordneter Schäck (FDP) 275
Abgeordneter Schumann (DIE LINKE) 276
Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)..... 277
Abgeordnete Neumeyer (CDU) 277
Abgeordneter Wagner (SPD) 278
Abgeordneter Schäck (FDP) 279
Bürgermeisterin Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen) 279
Abstimmung 280

Obdachlosigkeit bekämpfen – Housing First auch in Bremen umsetzen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 12. November 2019 (Drucksache 20/78 S)

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE) 281
Abgeordnete Pfeiffer (SPD)..... 282
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP) 283
Abgeordneter Pörschke (Bündnis 90/Die Grünen)..... 284
Abgeordnete Grönert (CDU)..... 285
Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE) 286
Abgeordnete Grönert (CDU)..... 287
Abgeordnete Pfeiffer (SPD)..... 288
Senatorin Stahmann 288

Abstimmung	290	Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	298
Freie Fahrt bis 21 – Kostenfreies Schülerticket jetzt einführen!		Abgeordnete Schiemann (SPD).....	299
Antrag der Fraktion der CDU vom 5. November 2019 (Drucksache 20/55 S)		Abgeordneter Tebje (DIE LINKE).....	300
Abgeordneter Strohmann (CDU).....	290	Abgeordneter Magnitz (M.R.F.)	300
Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	291	Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)	302
Abgeordneter Schäck (FDP)	292	Bürgermeisterin Dr. Schaefer	303
Abgeordneter Schumann (DIE LINKE).....	293	Abstimmung	303
Abgeordnete Schiemann (SPD)	294	Bebauungsplan 2430 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Buntentorsdeich, beiderseits Am Damacker und der Grünverbindung zum Werdersee Mitteilung des Senats vom 5. November 2019 (Drucksache 20/58 S)	304
Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	295	Anhang zum Plenarprotokoll	
Abgeordneter Strohmann (CDU).....	295	Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 19. November 2019.....	305
Bürgermeisterin Dr. Schaefer	296	Konsensliste	308
Abstimmung	298		
Den ÖPNV mit synthetischem Kraftstoff sauberer machen!			
Antrag der Fraktion der CDU vom 5. November 2019 (Drucksache 20/56 S)			
Abgeordneter Strohmann (CDU).....	298		

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Dr. Müller, Rupp, Frau Schnitker, Frau Strunge, Zager

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Imhoff: Die sechste Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Als Besucher begrüße ich recht herzlich Mitglieder einer Fortbildungsgruppe des öffentlichen Dienstes.

Herzlichen willkommen hier bei uns im Haus!

(Beifall)

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 4 die Tagesordnungspunkte 6, 28 und 29 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 30.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 5, 7, 11, 12, 27 und 30.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Nachträglich möchte ich Ihnen mitteilen, dass der Senat die Mitteilung mit der Drucksachen-Nummer [20/4 S](#) inzwischen zurückgezogen hat.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 13 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel **„Infoveranstaltung zum Abrufen von Bundesgeldern für die Digitalisierung in Schulen“**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Bergmann, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP.

Frau Kollegin Bergmann, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Bergmann (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Schulen, Schularten und Schulen welcher Träger wurden vom Senat zur ersten Informationsveranstaltung zum Abrufen von Geldern, die vom Bund für die Digitalisierung in Schulen zur

Verfügung gestellt werden, eingeladen, und wie begründet der Senat seine Auswahl?

Zweitens: Ist dem Senat bekannt, wann das Formular zur Beantragung von Digitalisierungsfördergeldern vom Bund freigeschaltet wird?

Drittens: Inwieweit kann der Senat ausschließen, dass die Schulen in freier Trägerschaft durch die separate und spätere Einladung zur Infoveranstaltung zum Abruf von Digitalisierungsgeldern im Oktober Benachteiligungen erfahren, und wie denkt der Senat, gegebenenfalls damit umzugehen?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Senatorin für Kinder und Bildung hat in ihrer Funktion als kommunale Schulträgerin im Zeitraum von Ende August bis Anfang September die öffentlichen Schulen der Stadtgemeinde Bremen in mehreren schulart- und schulstufenbezogenen Informationsveranstaltungen zum Thema DigitalPakt über die Grundsätze der Förderung informiert.

Am 22. Oktober 2019 wurde die Landesarbeitsgemeinschaft der Schulen in freier Trägerschaft von der Senatorin für Kinder und Bildung in Ihrer Funktion als Kultusministerium zu einer Informationsveranstaltung zur Umsetzung des Digitalpakts eingeladen. Hierbei wurden die Grundsätze der Förderung und das zugehörige Antragswesen für Schulträger vorgestellt. Die Landesarbeitsgemeinschaft ist die Selbstorganisation aller Privatschulen des Landes und konnte somit als Multiplikator genutzt werden, um alle Schulen zeitgleich zu informieren.

Zu Frage zwei: Die Antragsformulare zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Digitalisierung der Schulen im Land Bremen aus Mitteln des Bundes für den DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 wurden in der 46. Kalenderwoche publiziert.

Zu Frage drei: Durch die separate Informationsveranstaltung für die Träger freier Schulen erfolgte keine Benachteiligung. Mit Verkündung der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Digitalisierung der Schulen im Land Bremen aus Mitteln des Bundes am 25. Juli 2019

wurden eine einheitliche Rechtsgrundlage für alle Schulträger der Freien Hansestadt Bremen geschaffen und die Anforderungen des Förderprogramms definiert.

Die maximale Höhe der Fördermittel je Schulträger ist unabhängig vom Zeitraum der Beantragung. Digitalisierungsmaßnahmen, die nach dem 19. Mai 2019 begonnen wurden, können zudem auch rückwirkend gefördert werden. Die Operationalisierung des Antragsverfahrens inklusive Schaffung der haushaltstechnischen Voraussetzungen zur Mittelbewirtschaftung wurde im Oktober abgeschlossen, und die Zuwendungsempfänger wurden umgehend über die konkreten Modalitäten unterrichtet. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Zusatzfragen liegen nicht vor. – Vielen Dank für die Antwort!

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Warum geht Bremen bei den Strukturhilfen des Bundes für strukturschwache Standorte von Steinkohlekraftwerken leer aus?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Meyer-Heder, Michalik, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Meyer-Heder (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat, dass laut Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ vom 23. September 2019 zur Bewältigung des Kohleausstiegs folgende Standorte von Steinkohlekraftwerken – im Gegensatz zu Bremen – Strukturhilfen des Bundes in Höhe von insgesamt 1,09 Milliarden Euro bis zum Jahr 2038 erhalten: Stadt Wilhelmshaven, Kreis Unna, Stadt Hamm, Stadt Herne, Stadt Duisburg, Stadt Gelsenkirchen, Stadt Rostock und Landkreis Rostock, Landkreis Saarlouis und Regionalverband Saarbrücken?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die für die Förderung zugrunde gelegten Definitionen für „strukturschwach“ und „erhebliche wirtschaftliche Relevanz des Steinkohlesektors“, und inwiefern hat er sich auf Bundesebene in Diskussions- und Gesetzgebungsprozesse zur Bewältigung des Kohleausstiegs eingebracht mit dem Ziel, dass auch Bremen von Strukturhilfen des Bundes profitiert?

Drittens: Welche Chancen sieht der Senat, und welche Maßnahmen will er ergreifen, damit Bremen mit seinen drei Steinkohlekraftwerken im Industriehafen, in Hastedt und in Farge durch Änderungen des Gesetzentwurfs im weiteren Gesetzgebungsverfahren doch noch in die Liste der Begünstigten für die Strukturhilfen des Bundes aufgenommen wird?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Vogt.

Senatorin Vogt: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat sieht den Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen kritisch. Am 26. September 2019 wurde der Gesetzentwurf im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates behandelt. Bremen hatte den Antrag gestellt, die für Strukturhilfen vorgesehenen Steinkohlestandorte um Regionen zu erweitern, die strukturschwach nach der fachlich gesicherten Definition der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, GRW, sind. So könnte auch Bremen Strukturhilfen erhalten. Der Antrag hat keine Mehrheit bekommen.

Zu Frage zwei: Das Kriterium „Wertschöpfungsanteil“ zur Abgrenzung der für Strukturhilfen vorgesehenen Regionen mit Steinkohlekraftwerken ist verfehlt. Der Transformationsprozess der Energiewende stellt alle strukturschwachen Steinkohlestandorte vor Herausforderungen hinsichtlich Wertschöpfung und Beschäftigung. Nach Auffassung des Senats sollten daher auch Gemeinden unterstützt werden, die den verwendeten Wertschöpfungsschwellenwert verfehlen, aber strukturschwach nach der Definition der GRW sind.

Gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium hat der Senat frühzeitig seine Position in mehreren Schreiben klar dargestellt. Zudem hat der Senat gemeinsam mit den norddeutschen Wirtschaftsministern den Bundeswirtschaftsminister aufgefordert, die Interessen Norddeutschlands besser zu berücksichtigen. In der Anhörung zum Referentenentwurf hatte der Senat gefordert, die Liste der förderfähigen Gemeinden nach § 12 des Gesetzentwurfs um Standorte wie Bremen zu erweitern.

Die Teilnahme Bremens an den Tagungen der Kohlekommission hatte die Bundesregierung nicht zugelassen. Daher bestand keine Gelegenheit, sich

an dem Finden eines ausgewogenen Kompromisses zu beteiligen.

Zu Frage drei: Der Senat bemüht sich weiterhin um Änderungen im Gesetzentwurf. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des ersten Durchgangs im Bundesrat hat der Senat den Bundeswirtschaftsminister erneut dazu aufgefordert, seine Position zu überarbeiten und den Kreis der für Strukturhilfen infrage kommenden Gemeinden um strukturschwache Regionen nach der GRW zu erweitern. Da es sich nicht um ein Zustimmungsgesetz handelt, hat im weiteren Gesetzgebungsverfahren vor allem der Deutsche Bundestag die Möglichkeit, die notwendigen Änderungen am Gesetzentwurf vorzunehmen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage befasst sich mit dem Thema **„Verwaltungsaufwand für Sportvereine minimieren“**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Öztürk, Frau Görgu-Philipp, Hupe, Frau Dr. Eschen, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Kollege Fecker, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie erklärt der Senat, dass Kinder und Jugendliche bei der Nutzung des Bremen-Passes sehr unterschiedliche Anspruchszeiträume – von einem Monat bis zu einem Jahr – für die Übernahme des Vereinsbeitrags im Sportverein bewilligt bekommen?

Zweitens: Wie ist das Verfahren zur Übernahme von Vereinsbeiträgen grundsätzlich geregelt, und wer trifft die Entscheidung, ob der Vereinsbeitrag direkt an den Verein gezahlt oder zuerst an die Eltern zur weiteren Überweisung an den Verein gezahlt wird?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, bei den bestehenden Verfahren die zumeist ehrenamtlich arbeitenden Sportvereine von Bürokratie zu entlasten?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Fecker! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe ist an den Bezug von laufenden Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie von Kinderzuschlag oder Wohngeld gekoppelt. Im Regelfall werden diese Leistungen jeweils für ein Jahr bewilligt. Es gibt allerdings auch kürzere Bewilligungszeiträume, zum Beispiel, wenn beim Leistungsbezug nach dem SGB II ein Ende des Leistungsbezugs durch eine bevorstehende Arbeitsaufnahme absehbar ist.

Ein Beispiel für einen kürzeren Zeitraum der Zahlung von Mitgliedsbeiträgen für Sportvereine ist, dass die Mitgliedschaft zum 1. Februar eines Jahres beginnt, der Leistungsbezug jedoch bereits zum 30. April endet und für zurückliegende Zeiten der zur Verfügung stehende monatliche Betrag von aktuell 15 Euro bereits für andere Angebote genutzt wurde. Auch besteht die Möglichkeit, dass der Mitgliedsbeitrag monatlich gezahlt werden soll. Dann erfolgt die Zahlung jeweils auch monatlich.

Zu Frage zwei: Für die Inanspruchnahme der Leistungen ist gesetzlich vorgegeben, dass die Aufwendungen tatsächlich in dem gesetzlich vorgegebenen Zusammenhang entstehen, also zum Beispiel im Zusammenhang mit einer Vereinsmitgliedschaft. Dafür müssen die Leistungsberechtigten einen entsprechenden Nachweis beim Jobcenter oder dem Amt für Soziale Dienste vorlegen. In der Stadtgemeinde Bremen erfolgt das durch Vorlage der Teilhabebescheinigung, die von den Anbietern, so auch den Sportvereinen, auszufüllen ist. Weitere Aufgaben fallen den Anbietern hier nicht zu.

Die Entscheidung über die Zahlung des Vereinsbeitrags trifft der Verein, unter Umständen zusammen mit den Erziehungsberechtigten der Kinder oder Jugendlichen. Viele Vereine haben in ihren Satzungen bereits ein Lastschriftverfahren für die Beitragszahlung fixiert. In diesen Fällen wird der Beitrag vom Konto der Erziehungsberechtigten eingezogen und die Erstattung des möglichen Betrags erfolgt dann durch das Jobcenter oder das Amt für Soziale Dienste.

Zu Frage drei: Bremen setzt sich auf Bundesebene sowohl im Rahmen der Entwicklung einer Kindergrundsicherung als auch bei der nächsten Ermittlung der Regelbedarfe nach SGB II und SGB XII dafür ein, dass der Teilhabebetrag mit in die laufenden Leistungen für die Kinder und Jugendlichen einbezogen wird. Damit würde eine geson-

derte Zahlung entfallen, und die Leistungsberechtigten wären selbst verantwortlich für die Finanzierung der Freizeitaktivitäten. Für die Anbieter von Teilhabeangeboten entfielen entsprechend das Ausfüllen der Teilhabebescheinigung. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Senatorin Stahmann.

Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben eben in der Antwort zu Frage zwei darauf hingewiesen, wenn ein Verein ein Lastschriftverfahren verlangt, dass das Verfahren sozusagen geregelt ist und es darüber hinaus unter Umständen zu einer Absprache zwischen dem Verein und Erziehungsberechtigten kommen könnte. Ich frage einmal ganz konkret: Wer entscheidet denn letzten Endes, wo das Geld ankommt? Ist es die Entscheidung der Eltern, dass sie sagen, ich möchte es erst auf meinem Konto haben, oder ist da dann der Wille des Vereins entscheidend, der sagt, wir würden es gern direkt bezahlt bekommen?

Senatorin Stahmann: Das entscheiden die Eltern als Antragsteller, aber unsere Erfahrung ist, dass die Vereine mit einbezogen werden oder da auch Hilfestellung leisten.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben vorhin gesagt, dass auf die Anbieter von Angeboten außer dem Ausstellen der Teilhabebescheinigung keine weiteren Aufgaben zukommen, das würde ich aus Sicht der Verwaltung als idealtypische Situation bezeichnen. Gleichwohl muss ja, wenn der Leistungsbezug ausgelaufen ist, diesen Vorgängen vonseiten der Vereine noch einmal nachgegangen werden. Ich frage mich, ob Ihre Antwort zu Frage drei denn dem politischen Ziel, alles in Ordnung, das auf den Leistungsbezug zu –. Gibt es weitere Möglichkeiten, die Vereine von Bürokratie zu entlasten, damit sie eben nicht ständig hinterherlaufen müssen, denn wir haben es dort in der Regel meistens mit ehrenamtlichen Vereinsvorständen zu tun?

Senatorin Stahmann: Das Teilhabepaket wurde ja im Jahr 2011 eingeführt, und wir haben auch zu Beginn auf Initiative des Landessportbundes mit dem damaligen Präsidenten Peter Zenner zusammenge-

essen und einen runden Tisch mit den Sportvereinen, dem Jobcenter und dem Amt für Soziale Dienste einberufen, um nach verträglichen Lösungen zu suchen. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist und bleibt leider ein bürokratisches Monstrum.

Wir haben gemeinsam mit Hamburg eine Vielzahl von Initiativen ergriffen, um beim Bund dafür zu werben, dass wir zu geringeren Bürokratien kommen und nicht für jede Einzelbewilligung Briefe hin- und hergeschickt werden müssen. Das ist uns auch schon ganz gut gelungen, aber ich würde noch einmal Ihren Hinweis zum Anlass nehmen, dass wir uns noch einmal mit den Vereinsvertretern, dem Jobcenter und dem Amt für Soziale Dienste an einen Tisch setzen, um nach weiteren Möglichkeiten der Vereinfachung zu schauen. Wir haben ja jetzt einige Erfahrungen sammeln können, und ich glaube, das muss ein bisschen upgedatet werden, wenn ich es so sagen darf.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage trägt den Titel **„Verbindung nicht möglich - WLAN für Ortsämter und Beiräte“**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Bodeit, Frau Averwerser, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bodeit!

Abgeordneter Bodeit (CDU): Wir fragen den Senat:

Inwiefern sind alle Ortsämter beziehungsweise regelmäßig genutzte Tagungsräume für Beiratssitzungen mit einem WLAN-Zugang ausgestattet, und welche Beiräte verfügen aktuell über keinen Zugang in Sitzungsräumen?

Welche Kosten fallen für die Einrichtung und die regelmäßige Wartung eines WLAN- Zugangs in den oben genannten Räumlichkeiten an?

Welchen Stellenwert misst der Senat der Digitalisierung der Beiratsarbeit bei, und inwiefern hält er die Einführung eines digitalen Sitzungsmanagements für möglich?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Ehmke.

Staatsrat Ehmke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Derzeit gibt es noch keine Ausstattung mit WLAN-Zugängen in den Ortsämtern sowie deren regelmäßig genutzten Tagungsräumen. Die flächendeckende Einrichtung ist jedoch für 2020 anvisiert. Dataport befindet sich derzeit in Verhandlungen mit der BREKOM über die Kosten der Nutzung der technischen Infrastruktur.

Zu Frage zwei: Da derzeit noch über die Einrichtung und Wartung von WLAN-Zugängen, die auch von der Öffentlichkeit genutzt werden, verhandelt wird, können aktuell noch keine Kosten diesbezüglich beziffert werden.

Zu Frage drei: Der Senat misst der Digitalisierung einen hohen Stellenwert im Hinblick auf eine effiziente Gestaltung der Beiratsarbeit bei. Die Einführung einer Sitzungsmanagementsoftware inklusive der Anschaffung der hierfür erforderlichen mobilen Endgeräte für die Mitglieder aller 22 Beiräte ist mit erheblichen Kosten verbunden. Der Senat wird prüfen, ob diese Kosten in einem angemessenen Verhältnis zu dem erwarteten positiven Effekt für die Gremienarbeit stehen, und hiernach entscheiden, ob die Einführung eines digitalen Sitzungsmanagements möglich ist. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Herr Kollege Bodeit, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(Abgeordneter Bodeit [CDU]: Nein, ich habe keine weiteren Fragen, aber mein Kollege hätte noch eine Anschlussfrage!)

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Rohmeyer! – Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abgeordneter Rohmeyer (CDU): Ist Ihnen bekannt, dass der Beirat Osterholz WLAN auf eigene Kosten anschaffen wollte, und zwar auf private Kosten der Beiratsmitglieder, nicht über Beiratsmittel, und dies vermutlich aus Ihrem Hause – damals noch nicht Ihr Haus, aber heute! – abgelehnt worden ist?

Präsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Herr Abgeordneter, das ist mir nicht bekannt. Ich will allerdings deutlich sagen, ich fände es auch falsch, wenn die Beiratsmitglieder ihren WLAN-Zugang selbst bezahlen müssten. Das zweite Problem ist, dass wir in der Regel, jedenfalls dann, wenn wir eine dienstliche Nutzung des WLAN-Zugangs ermöglichen wollen, dies auch

nicht bei einem privaten Anbieter einkaufen können, sondern einen Zugang über BREKOM/Dataport organisieren müssen.

Präsident Imhoff: Herr Kollege Rohmeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Rohmeyer (CDU): Herr Staatsrat, ich teile die Auffassung, dass es falsch wäre, wenn die Beiräte dafür privat aufkommen sollten. Sie wollten das aber, weil sie endlich auch im 21. Jahrhundert ankommen wollten!

Eine kurze Frage aber noch zum Bereich des digitalen Sitzungsmanagements, Sie haben dem Kollegen Bodeit eben geantwortet, dass mobile Endgeräte so teuer wären: Es könnte ja auch durchaus so sein – und das ist auch bei Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft nicht unüblich –, dass man zwar ein digitales Sitzungsmanagement hat, das Gerät aber einem selbst gehört. Das ist auch bei Beiratsmitgliedern durchaus denkbar und möglich. Mir ist kein Beiratsmitglied bekannt, das sich bisher dagegen verwahrt, auf eigenen Geräten zu arbeiten. Wäre es also möglich, dass die Senatskanzlei nur die Software zur Verfügung stellt, die auch die Bremische Bürgerschaft derzeit nutzt, und die Beiräte diese dann selbst auf ihren eigenen Geräten nutzen könnten?

Präsident Imhoff: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Herr Abgeordneter, wenn wir zu dem Ergebnis kämen, dass wir zwar die Software bezahlen könnten, aber nicht die Endgeräte, dann fände ich durchaus überlegenswert, darüber noch einmal nachzudenken. Ich glaube nur, dass wir, wenn wir bei den Beiräten auf ein digitales Sitzungsmanagement umstellten, Einzelne mit Zugriff darauf hätten, und andere nicht, weil sich die Alimentation von Beiratsmitgliedern und Abgeordneten doch noch durchaus voneinander unterscheidet, und dann könnten wir möglicherweise auf Probleme stoßen. Deswegen wäre meines Erachtens die Vorzugsvariante, dass wir, wenn wir uns zu so einem Schritt entscheiden, zunächst auch versuchen, die Endgeräte zur Verfügung zu stellen. Wie gesagt, wenn uns das nicht gelingt, müssen wir noch einmal über Varianten nachdenken.

Dazu kommt, dass ich mir gar nicht sicher bin, ob es zulässig wäre, wenn wir den Beiräten einen Zugang mit mobilen privaten Endgeräten in das bremische Verwaltungsnetz eröffneten. Dafür bin ich nicht der Experte, das müsste man aber zumindest prüfen. Ich habe schon gesagt, richtig wirkungsvoll

ist das Ganze erst, wenn wir auch einen Zugang zum bremischen Verwaltungsnetz eröffneten, denn es geht ja auch um die Ortsämter und nicht nur um die Beiräte, und da sind die Sicherheitsbestimmungen durchaus restriktiv. Auch das kann aber im Rahmen der Prüfung aufgeklärt werden.

Präsident Imhoff: Herr Abgeordneter Rohmeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Rohmeyer (CDU): Herr Staatsrat, ich hätte die Bitte, dass Sie das Ergebnis Ihrer Prüfung möglichst zeitnah sowohl dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte als auch dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zur Verfügung stellen, damit wir dann auch ein Ergebnis Ihrer Recherchen bekommen.

(Staatsrat Ehmke: Das wollen wir gern tun!)

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage trägt den Titel „**Werden Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Lime bei der weiteren Bewertung berücksichtigt?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Pfeiffer, Frau Heritani, Frau Aulepp, Güngör und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Pfeiffer (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat Berichte über prekäre Arbeitsbedingungen sogenannter Juicer bei dem Verleiher von E-Scootern, der nun in Bremen die Erlaubnis zur Nutzung des öffentlichen Raums erhalten hat?

Zweitens: Welche Rolle haben die Arbeitsbedingungen, die Vertragsgestaltung und die Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Gesprächen mit dem E-Scooter-Anbieter in Bremen gespielt?

Drittens: Inwiefern werden die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Bewertung der Erfahrungen mit dem E-Scooter-Anbieter im Rahmen der Genehmigung Eingang finden, und welche Auswirkungen werden sie bei der Entscheidung über eine Fortsetzung der Zusammenarbeit haben?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Vogt.

Senatorin Vogt: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Land Bremen sind dem Senat ein wichtiges Anliegen. Daher wird der Senat die Arbeitsbedingungen bei Verleihern von E-Scootern aufmerksam beobachten und ausbeuterischen Geschäftsmodellen mit den ihm zur Verfügung stehenden Instrumenten entgegentreten.

Zu Frage zwei: Im Rahmen der Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis nach dem Landesstraßengesetz kommt es in erster Linie auf straßenrechtliche und straßenverkehrliche Fragen an. Darauf lag daher der Schwerpunkt bei den Gesprächen der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mit den Anbietern. Darüber hinaus wurden die Anbieter befragt, ob sie die Serviceleistungen selbst oder mit Fremdpersonal erbringen werden. Beide Varianten werden von den unterschiedlichen Anbietern genutzt, abhängig vom jeweiligen Geschäftsmodell.

Zu Frage drei: Die Entscheidung über eine Sondernutzungserlaubnis für E-Scooter-Verleihunternehmen erfolgt gemäß § 18 Bremisches Landesstraßengesetz. Die Erteilung beziehungsweise Verlängerung der Erlaubnis erfolgt befristet und wird mit einem Widerrufsvorbehalt versehen. Bei Erteilung beziehungsweise Verlängerung wird im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens durch Auflagen Einfluss auf die Beschäftigungsbedingungen der Verleihunternehmen genommen. Hierdurch wird in laufenden und künftigen Erlaubnisverfahren sichergestellt, dass das Einsammeln, Aufladen, Instandhalten und Aufstellen der E-Scooter von Personen mit Arbeitnehmerstatus durchgeführt und der gesetzliche Mindestlohn gezahlt wird. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Senatorin Vogt.

Abgeordnete Aulepp (SPD): Waren denn die medial ja durchaus präsenten Bedenken über prekäre Arbeitsbedingungen betreffend im E-Scooter-Gewerbe Gegenstand dieser Gespräche?

Senatorin Vogt: Selbstverständlich! Nachdem bekannt geworden ist, dass es diese Gespräche gegeben hat, haben wir das aufgrund des Verfahrens nach dem Landesstraßengesetz im Senat erörtert. Meine Haltung ist da ja auch relativ klar und deutlich, unser Ressort konnte allerdings erst jetzt im Nachhinein mit meinen Kollegen im Senat eine Haltung dazu entwickeln. Die Sondernutzungserlaubnis wird tatsächlich noch einmal auf andere Kriterien hin überprüft. Es gibt § 18 im Bremischen Landesstraßengesetz. Im Moment leitet der Senator für Inneres, der ja für die Prüfung auch zuständig ist, eine Prüfung ein, ob im Rahmen der Vergabe einer Sondernutzungserlaubnis nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz Vorgaben zur Einhaltung von Arbeitsbedingungen gemacht werden können.

Nach der Prüfung geht der Senator für Inneres davon aus, dass Verstöße gegen das Mindestlohngesetz und andere arbeitsrechtliche Bestimmungen unter anderem einer der Versagungsgründe sein können, und zwar nach Paragraph 18 Absatz 4 Satz 6 Bremisches Landesstraßengesetz. Der Senator für Finanzen hat einen hausintern abgestimmten Entwurf einer Sondernutzungserlaubnis vorgelegt, der unter Ziffer 9 der Nebenbedingungen die Einhaltung arbeits- und sozialrechtlicher Vorgaben vorsieht.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Aulepp (SPD): In der Antwort haben Sie ja geschildert, dass sichergestellt werden soll, dass der gesetzliche Mindestlohn gezahlt wird. Stimmen Sie mit mir überein, dass es durchaus wünschenswert wäre, wenn mindestens der Mindestlohn gezahlt würde, aber durchaus auch ein Interesse daran besteht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser bezahlt werden?

Senatorin Vogt: Ja, selbstverständlich! Wir haben aber natürlich auch die Vorgaben bei öffentlichen Vergaben – und das wäre es in dem Fall –, und die Auseinandersetzung über die Höhe des Landesmindestlohns werden wir ja auch noch führen, aber natürlich ist aus meiner Sicht auch das Kriterium zu berücksichtigen, ob die Firmen und Unternehmen freiwillig höhere Löhne zahlen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Aulepp (SPD): Frau Senatorin, Sie haben ja gesagt, dass Sie sicherstellen wollen, dass die Sozialversicherungspflicht eingehalten und der

gesetzliche Mindestlohn gezahlt wird. Sollte sich im Verfahren herausstellen, dass das im Rahmen dieser landesstraßenrechtlichen Genehmigung nicht so einfach funktioniert, denkt der Senat denn dann auch darüber nach, andere Modelle zu wählen, wie zum Beispiel ein Vergabe- oder Kommissionsverfahren, wie es ja in anderen Kommunen zum Beispiel bei den Leihfahrrädern auch praktiziert wird?

Senatorin Vogt: Wir werden mit Sicherheit über andere Verfahrensschritte nachdenken, wenn das, was vom Senator für Inneres jetzt gerade geprüft wird, in dem Genehmigungsverfahren nach dem Bremischen Landesstraßengesetz nicht umsetzbar ist.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Aulepp (SPD): Die Erlaubnis wird ja befristet erteilt. Wird denn dann auch ganz konkret im Laufe der Umsetzung geschaut und dann gegebenenfalls am Ende noch einmal beurteilt, ob es funktioniert hat oder nicht?

Senatorin Vogt: Das ist natürlich genau das, was wir uns vorgenommen haben, so haben wir uns auch geäußert. Ich kann Ihnen hier auch mitteilen, dass das Unternehmen, das damals den Antrag gestellt hat, diesen Antrag zwischenzeitlich zurückgezogen hat. Derzeit haben zwei weitere Unternehmen eine Sondernutzungserlaubnis in Bremen beantragt, diese ist noch nicht erteilt worden. Geklärt werden muss laut Aussage des Senators für Inneres vorher natürlich unter anderem das, was der Senator für Inneres prüfen muss – die Abstellverbotszonen –, aber nach meinen Informationen wurde mit beiden Unternehmen bereits über die Einhaltung von arbeits- und sozialrechtlichen Vorgaben besprochen. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Diskussion darüber, die wir auch im Senat geführt haben, auch im weiteren Verfahren berücksichtigt wird.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(Abgeordnete Aulepp [SPD]: Nein, Frau Senatorin, vielen Dank, und ich drücke die Daumen!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Saxe. – Bitte sehr!

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Zuerst einmal möchte ich loben, dass der Bremer Senat sehr vorbildlich ist, was den Umgang mit E-Scootern angeht. Das finde ich ganz toll. Trotzdem, wenn man in andere Städte schaut, gibt es noch ein paar mehr Probleme. Zu der Frage komme ich gleich, Herr Präsident! Zum Teil gibt es chaotische Bedingungen und Gefährdungen von Fußgängern. Hat sich der Senat im Vorfeld auch Gedanken darüber gemacht, wie man die schwächeren Verkehrsteilnehmer durch die Nutzungen, die man in anderen Städten beobachten kann, in der Zukunft wirksam schützen kann?

Senatorin Vogt: Ich gehe davon aus, dass das ebenso Teil der Gespräche zwischen der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und dem Anbieter gewesen ist, weil das ja auch Teil des Verfahrens der Prüfung durch den Senator für Inneres ist, so habe ich das zumindest verstanden. Ich soll hier gerade die arbeitsrechtlichen Fragen beantworten, aber ich kann Ihnen dazu in der Tiefe der Details leider nicht antworten, weil es nicht mein Ressort fällt.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(Abgeordneter Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hängt ja damit zusammen, aber ich erspare mir weitere Fragen!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Tebje. – Bitte sehr!

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE): Wenn ich es richtig verstanden habe, soll ja zukünftig der Mindestlohn auch eine Voraussetzung sein. Ich gehe davon aus, damit war der Bundesmindestlohn gemeint. Wäre es denn auch vorstellbar, dass der Landesmindestlohn bei der Voraussetzung für die Vergabe der E-Scooter zugrunde gelegt wird?

Senatorin Vogt: Wenn es tatsächlich Bestandteil öffentlicher Vergabe ist, dann ist meines Erachtens der Landesmindestlohn einzuhalten.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Vielen Dank für die Beantwortung der Anfrage!

Die sechste Anfrage trägt den Titel „**Verhängung von Ordnungsgeldern bei Mietwucher**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Wagner, Güngör und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Wagner!

Abgeordneter Wagner (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Ordnungswidrigkeiten und in welcher Gesamthöhe der Bußgelder wurden in den letzten fünf Jahren jeweils nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz in der Stadtgemeinde Bremen verhängt?

Zweitens: Bei welcher senatorischen oder zugeordneten Dienststelle können in der Stadtgemeinde Bremen Verdachtsfälle von Bürgerinnen und Bürgern und von anderen Dienststellen angezeigt werden?

Drittens: Gibt es ein Verfahren zur systematischen Prüfung, wenn dem Senat entsprechende Fälle bekannt werden, insbesondere bei Übernahme von Mieten durch die öffentliche Hand?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: In den letzten fünf Jahren sind keine Bußgelder verhängt worden.

Zu Frage zwei: In Verdachtsfällen können sich Bürgerinnen und Bürger an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wenden.

Zu Frage drei: Bei einem Verdacht, dass Vermieterinnen oder Vermieter eine Zwangslage der Mieterinnen oder Mieter ausnutzen, um sich zu bereichern, haben die Sozialleistungsbehörden dies den zuständigen Stellen mitzuteilen. Zur Ahndung einer Ordnungswidrigkeit nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz erfolgt eine Mitteilung an die hierfür zuständige Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau.

Zuvor werden jedoch andere Steuerungsinstrumente geprüft, im Fall von überhöhten Mieten nach dem Zivil- oder dem Baurecht. Hieraus folgt, dass die Behörden bei Miethöhen, die auf den ersten Blick sehr hoch erscheinen, zunächst zivilrechtliche Verstöße prüfen, zum Beispiel, ob unzulässige Mieterhöhungen vorliegen oder aber gegen die Mietpreisbremse verstoßen wurde. Im Weiteren zeigt sich häufig, dass mit bauordnungsrechtlichen

Maßnahmen gegen Vermieterinnen und Vermieter vorzugehen ist, etwa, weil für eine Vermietung eine Genehmigung gar nicht gegeben ist. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Abgeordneter Wagner (SPD): Dann würde ich gern wissen, wie viele Verdachtsfälle denn der Senatorin für Wohnungsbau in dem Zeitraum angezeigt worden sind. Können Sie mir das sagen?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Nach meinem Kenntnisstand gab es wirklich nur wenige Fälle. In den meisten Fällen konnten überhaupt keine konkreten Angaben gemacht werden, da ist immer nur der Eindruck vermittelt worden, ich glaube, meine Miete ist viel zu hoch, meine Wohnung ist zu teuer. In den Fällen sind die Menschen, die sich an das Ressort gewendet haben, beraten worden. Ihnen ist die Rechtslage erläutert worden, und es ist auf die Mietpreisbremse verwiesen worden. Mietpreisbremse bedeutet ja, man kann eine erhöhte Miete zurückfordern, man muss einen Nachweis einer mindestens um zehn Prozent überhöhten Miete nachweisen, aber man muss nicht – und ich glaube, das ist wichtig! – ein Verschulden des Vermieters nachweisen. Dieses Instrument der Mietpreisbremse kannten die Beschwerdeführer nicht und haben sich dann nach der Beratung auch nicht noch einmal gemeldet, sie waren erst einmal mit den Erläuterungen zufrieden.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Wagner (SPD): Genau, das waren die Verdachtsfälle von Bürgerinnen und Bürgern! Schließt das die Verdachtsfälle der Behörden ein? Gab es dort auch nur so wenige oder keine, die andere Behörden melden, also vor allen Dingen das Jobcenter und das Amt für Soziale Dienste?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Man muss immer konkret im Einzelfall schauen. Es soll ja letztlich auch gerichtsfest festgestellt werden, wie hoch die Marktmiete ist, und dazu kann man dann notfalls auch ein Gutachten in Auftrag geben. Dann muss man aber dem Vermieter auch nachweisen, dass er das wusste. Vielleicht darf ich darauf hinweisen, dass das Justizressort vor einiger Zeit einen Workshop zum Thema Mietwucher durchgeführt hat, bei dem auch Richter anwesend waren, und der

Grundtenor war, dass der Nachweis so gut wie gar nicht zu führen ist. Ich würde also vorschlagen, dass wir sonst auch gern noch das Justizressort hinzuziehen können, um diese Frage weiter zu beantworten.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Wagner (SPD): Das mit dem Justizressort können wir gern machen. Ich glaube, ich habe mich eben unklar ausgedrückt. Meine Frage wäre gewesen, wie viele Verdachtsfälle es bei den Behörden gab, also ob sie in der geringen Zahl, die von den Bürgerinnen und Bürgern gemeldet wurde, mit enthalten ist oder sie extra – –.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ach so, ja!

(Abgeordneter Wagner [SPD]: Ja?)

Ja!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Wagner (SPD): Dann würde ich gern noch eine weitere Nachfrage stellen, vielleicht wäre auch das mit dem Justizressort zusammen zu machen. Das finde ich jetzt zunächst einmal verwunderlich, weil ja dem Amt für Soziale Dienste und dem Jobcenter eine sehr große Anzahl an Mietverträgen in der Stadtgemeinde Bremen bekannt wird und anzunehmen ist, dass darunter eine zumindest nicht unerhebliche Zahl von Vermietern ist, die versucht, aus den Mitteln der öffentlichen Hand eine Miete abzugreifen, die deutlich über der ortsüblichen Vergleichsmiete in den vor allen Dingen wirtschaftlich schwächeren Stadtteilen liegt. Hat sich der Senat bereits damit befasst, wie es zu erklären ist, dass die Zahl der Fälle so gering ist, oder geschieht das noch?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das ist das, was ich vorhin gesagt habe: Gerade auch, wenn sich die Mieter zum Beispiel beim Jobcenter darüber beschweren, dann muss man es am Ende gerichtsfest feststellen. Da sagen Juristen, es sei sehr schwer nachzuweisen, dass der Vermieter wissentlich einen Mietwucher betreibt, sondern üblicherweise sagt der Vermieter dann, das hätte er nicht gewusst. Deswegen ist dieser Nachweis auch so schwierig.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Wagner (SPD): Unterstützt der Senat schon jetzt, oder würde er gegebenenfalls dann bundesrechtliche Bestrebungen unterstützen, die Feststellbarkeit dieser Ordnungswidrigkeit im Bundesrecht für die Behörden besser handhabbar zu machen, um Bereicherungen aus Mitteln der öffentlichen Hand besser begegnen zu können?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das können wir sicher noch einmal gemeinsam beraten. Ich habe verstanden, dass es in der Vergangenheit schon mehrfach solche Vorstöße gab, die aber in der Regel gescheitert sind. Das liegt daran, dass Mietwucher eine Ordnungswidrigkeit oder eine Straftat ist, aber deswegen kann man es aus rechtsstaatlichen Gründen nur ahnden, wenn man auch dieses Verschulden nachweisen kann. Daran kommt man auch nicht vorbei, und deswegen würde ich auch immer dazu raten oder empfehlen, auf die Mietpreisbremse zu verweisen, die eventuell das geeignetere Instrument ist. Sie ist Bestandteil des Mietrechts, und ich hatte ja vorhin schon ausgeführt, dass man bei der Mietpreisbremse eben nicht diesen Nachweis des Verschuldens braucht. Ich biete aber an, dass wir uns gern auch noch einmal bilateral zusammensetzen und dann gemeinsam beraten können, ob vielleicht ein Vorstoß des Senats von Erfolg gekrönt sein kann. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen aber eher das Gegenteil.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Wie gut ist der 110-Prozess der Polizei in der Stadt Bremen aufgestellt?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Lübke, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Lübke!

Abgeordneter Lübke (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Streifenwagen – Einsatzdienst und Teilintegration – sind erforderlich, um die Einsatzbelastung zu bewältigen?

Zweitens: Wie viele Streifenwagen – Einsatzdienst und Teilintegration – können personell derzeit tatsächlich besetzt werden?

Drittens: Welche Gründe gibt es für den Ausfall, und welche Auswirkungen hat dies auf den Einsatzdienst?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Bull.

Staatsrat Bull: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Zur Bewältigung der Einsatzbelastung sind nach derzeitigen Berechnungen der Polizei Bremen mindestens 20 Einsatzfahrzeuge in der sogenannten Grundlast, in einsatzstarken Zeiten bis zu 35 Einsatzfahrzeuge erforderlich. Die Abdeckung dieser Zeiten wird durch die sogenannte Teilintegration ermöglicht.

Neben dem Einsatzdienst und den Teilintegrationskräften stehen zur Bewältigung des 110-Prozesses weitere Kräfte der Bereitschaftspolizei sowie Fahrzeuge der Verkehrsbereitschaft zur Verfügung. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Herausforderungen für die Polizei erfolgt derzeit im Rahmen eines Projektes eine Neubewertung dieser Bedarfe.

Zu Frage zwei: Die Personalausstattung des Einsatzdienstes ist so bemessen, dass die ständige Besetzung der erforderlichen 20 Einsatzfahrzeuge in der Grundlast gewährleistet ist. Aufgrund der derzeitigen personellen Situation der Polizei Bremen ist es nicht immer möglich, sämtliche der bis zu 15 weiteren erforderlichen Fahrzeuge zu besetzen. 91,65 Prozent dieser vorgeplanten Streifenwagen konnten in dem Zeitraum Januar bis August 2019 besetzt werden.

Zu Frage drei: Gründe für Fahrzeugausfälle in der Grundlast sind nahezu ausschließlich kurzfristige Erkrankungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Teilintegrationsprozess führen neben Erkrankungen auch nicht besetzte Stellen zu Ausfällen. Fahrzeugausfälle bedeuten für die verbleibenden Fahrzeuge im 110-Prozess eine Mehrbelastung, insbesondere dadurch, dass sich hoch priorisierte Einsätze auf weniger Fahrzeuge verteilen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Staatsrat Bull.

Abgeordneter Lübke (CDU): Ich habe noch eine Frage zu Ihrer Antwort auf Frage drei. Sie haben ja etwas zu den Gründen gesagt. Könnte es auch daran liegen, dass Personal an andere Dienststellen eingesteuert wird beziehungsweise dass es andere

Stellenausschreibungen gibt, wodurch dann der 110-Prozess leidet?

Staatsrat Bull: Das vermag ich in der Detailtiefe noch nicht zu beantworten, aber ich habe großes Vertrauen dazu, wie die Polizei Bremen hier Personal steuert. Wir können sehr froh sein, dass wir in der nächsten Woche wieder 205 Anwärtinnen und Anwärter einstellen und dass die Kräfte, die im Oktober in die Polizei überführt werden, jetzt die Einsatzzüge stärken. Das wird nach meiner Erfahrung von der Polizeiführung sehr klug gesteuert.

(Beifall SPD)

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Nun haben Sie ja gesagt, es fallen tatsächlich einige Fahrzeuge aus. Meine Frage lautet: Was bedeutet das für den Zielerreichungsgrad in den jeweiligen Stadtteilen? Ich gehe jetzt davon aus, dass Sie das nicht für den Stadtteil sagen können, aber vielleicht können Sie dazu eine Prozentangabe machen und die Daten dann eventuell für die Innendeputation nachliefern.

Staatsrat Bull: Ich hoffe, dass ich Ihnen das für die Stadtteile nachliefern kann, aber in Gänze liegt der Zielerreichungsgrad in der Kategorie eins, also bei Einsätzen, die ein Eintreffen in acht Minuten verlangen, im Zeitraum von Januar bis August durchweg über 80 Prozent. In der Kategorie zwei, also bei Einsätzen, die ein Eintreffen innerhalb von 30 Minuten verlangen, gibt es leider wenige Monate, in denen es dann auch einmal unter 80 Prozent geht, aber auch da werden wir hoffentlich besser.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Vielleicht eine kleiner Ausblick! Zum einen: Haben Sie akute Lösungsansätze, um das Problem zu lösen? Außerdem die daran anschließende Frage: Wird sich die Tendenz in den nächsten Monaten eher verschlimmern oder verbessern? Wir haben jetzt gerade die dunkle Jahreszeit, und schon deswegen ist die Frage berechtigt.

Staatsrat Bull: Wie ich eben schon sagte, es wird besser dadurch, dass wir jetzt die frischen Kräfte einstellen aus den Einsatzzügen der Bereitschaftspolizei, es wird besser dadurch, dass wir in der nächsten Woche 205 Anwärtinnen und Anwärter

einstellen – Sie sind herzlich eingeladen, in der Glocke dabei zu sein! –, und es wird besser dadurch, wenn wir die Möglichkeit bekommen, auch in der haushaltslosen Zeit frei werdende Stellen nachzubesetzen, dann mit Nicht-Vollzugsbeamten. Diese schaffen dann Freiräume für den Einsatzdienst und für den 110-Prozess.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Sind Sie mit mir einer Meinung, dass der 110-Prozess, bei dem es ja um Notrufe geht, weil Menschen in Not sind, bei der Personalausstattung absolute Priorität haben muss, auch wenn dadurch zum Beispiel andere Dienststellen nicht besetzt werden können?

Staatsrat Bull: Wir sind einer Meinung!

(Abgeordneter Lübke [CDU]: Wunderbar!)

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Vielen Dank für die Beantwortung dieser Anfrage!

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff **„Verunreinigung des öffentlichen Spielplatzes der Kita Gleimstraße mit Drogenbesteck und zerbrochenen Glasflaschen“**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Ahrens, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

Abgeordnete Ahrens (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Mit welchen Maßnahmen – Zaunerhöhung, nächtlicher Sicherheitsdienst et cetera – und bis wann wird der Senat sicherstellen, dass die täglich auf dem öffentlichen Spielplatz der Kita Gleimstraße zu findenden kindesgefährdenden Gegenstände dort nicht mehr nachts abgelegt werden?

Zweitens: Ist rund um diesen Spielplatz nachts aufsuchende Sozialarbeit, zum Beispiel durch Träger wie comeback, geplant, da nach bisher veröffentlichter Einschätzung der Experten die Einführung eines Drogendruckraums am Bahnhof keinerlei entlastende Wirkung für das Viertel oder diesen Spielplatz hätte?

Drittens: Welche weiteren konkreten Maßnahmen plant der Senat, um den Drogenkonsumenten im Viertel Angebote zu machen, sodass die Nutzung

öffentlich zugänglicher Spielplätze nicht mehr notwendig wird, um sich zu treffen?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Frau Ahrens! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Ortsteil Steintor steht, wie auch das Bahnhofsviertel, vor der besonderen Herausforderung, von Menschen aus der Drogenszene stark frequentiert zu sein. Das betrifft auch den 5 000 Quadratmeter großen öffentlichen Spielplatz Gleimstraße/Friesenstraße, der sich in der Unterhaltungsträgerschaft des Umweltbetriebs Bremen befindet. Er wird vom Kinder- und Familienzentrum Friesenstraße sowie dem Kita-Treff Friesenstraße als Außengelände genutzt und darüber hinaus von der Spielplatzinitiative Steintor e. V. betreut.

Der kommunale Eigenbetrieb KiTa Bremen hatte als Hauptnutzer der Spielfläche für den 13. November 2019 zu einem runden Tisch eingeladen, um gemeinsam nachhaltige Lösungen auf den Weg zu bringen. Beteiligt waren das Amt für Soziale Dienste, das Ortsamt, die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, die Polizei, Immobilien Bremen und der Umweltbetrieb Bremen. Um die Situation kurzfristig zu verbessern, ist geplant, einen Sicherheitsdienst und eine zusätzliche Reinigung des Außengeländes zu beauftragen. Zurzeit werden die Angebote verschiedener Dienstleister geprüft. Auftragsvergabe und Beginn der Tätigkeit von Sicherheitsdienst und Reinigungsfirma sind noch für November vorgesehen. Geprüft wird derzeit zudem ein Angebot, das für eine Erhöhung des Zaunes eingeholt worden ist.

Zu Frage zwei: Konsumentinnen und Konsumenten harter Drogen nehmen ihre Suchtmittel oft unmittelbar nach dem Erwerb ein. Streetworker können das kaum steuern. Der geplante Einsatz eines Sicherheitsdienstes und die Erhöhung des Zaunes werden vermutlich künftig für eine Entlastung der Situation auf dem Spielplatz sorgen. Der Bedarf für den nächtlichen Einsatz eines Streetworkers wird derzeit überprüft. Am runden Tisch „Drogenszene“ am 29. November 2019 werden hierzu Ansatzpunkte abgestimmt.

Der Senat geht anhand wissenschaftlicher Expertisen und Erfahrungen anderer Kommunen überdies davon aus, dass ein Drogenkonsumraum durchaus

entlastende Effekte auch auf das weitere Umfeld hat.

Zu Frage drei: Neben dem Drogenkonsumraum plant der Senat derzeit keine zusätzlichen Maßnahmen in Bezug auf Konsumentinnen und Konsumenten harter Drogen im Viertel. Weiterer Handlungsbedarf in Bezug auf Spielplätze und mögliche Ansatzpunkte für weitere Hilfsangebote für Konsumentinnen und Konsumenten werden am runden Tisch „Drogenszene“ ermittelt und zunächst zwischen dem Gesundheitsressort und dem Gesundheitsamt abgestimmt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Senatorin Stahmann.

Abgeordnete Ahrens (CDU): Sie sagten, dass der Einsatz von Streetworkern aus dem Bereich Drogendienst derzeit überprüft wird. Von den Anwohnern wurde ja in „buten un binnen“ berichtet, dass die Szene sich dort regelmäßig trifft und es daher sicherlich auch sinnvoll wäre, dort mit Streetworkern aktiv zu werden. Wie schätzen Sie das denn persönlich ein? Wird die Prüfung positiv oder negativ ausgehen?

Senatorin Stahmann: Ich gehe davon aus, dass das bei einer Prüfung miteinander besprochen wird und die Argumente abgewogen werden. Ich will aber dem Ergebnis der Prüfung nicht vorgreifen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abgeordnete Ahrens (CDU): Würden Sie uns denn über das Ergebnis in der Sozialdeputation über die Frage berichten, ob dort nun Streetworker eingesetzt werden oder nicht und wie sich der weitere Zustand auf diesem Spielplatz ab Dezember darstellt, ob die Maßnahmen greifen?

Senatorin Stahmann: Über die Ergebnisse des runden Tisches „Drogenkonsum“ wird sicherlich einmal in der Gesundheitsdeputation, aber auch in der Deputation der Senatorin für Bildung und Kinder und dann auch in der Sozialdeputation berichtet. Ich denke, dass wir einen Bericht von den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bekommen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abgeordnete Ahrens (CDU): Am 29. August wurde Herr Professor Henning Schmidt-Semisch vom Institut für Public Health und Pflegeforschung aus der dort zitierten 30-köpfigen Kommission bei der Vorstellung zum Drogendruckraum zitiert, wonach er nur Entlastungseffekte rund um den Hauptbahnhof sieht, weil dort ja auch wahrscheinlich der Drogendruckraum geplant sei. Wie kommen Sie zu den neuen Erkenntnissen, dass das auch im Viertel zu einem veränderten Konsumverhalten führen könnte?

Senatorin Stahmann: Das sind die Erfahrungen, die wir vom Gesundheitsamt aus vergleichbaren Großstädten gehört haben, ich glaube, da gibt es eine Vielzahl von Erfahrungen. Ich glaube, wir müssen auch abwarten, ob es Entlastungen bringt, wenn der Drogenkonsumraum eingerichtet ist. Dann wird man sehen müssen, ob man an anderen Stellen noch weitere Maßnahmen folgen lassen muss.

Ich glaube aber, man sollte dann auch schauen, wie sich so ein Drogenkonsumraum auswirkt. Das wird sicherlich entlastende Wirkungen bringen, vielleicht führt es auch zu einer Verlagerung der Szene, aber wir haben es im Augenblick, auch wegen der verschärften Kontrollen rund um den Hauptbahnhof, auch mit einer Verdrängung von Drogenabhängigen zu tun. Das merken wir wieder im Viertel, und das hat es schon einmal gegeben, als ich meine Berufstätigkeit in den Neunzigerjahren in der Jugendbildung in der Buchtstraße aufgenommen hatte. Da hatten wir genau diese Diskussionen, und auch Eltern errichteten Zäune rund um Spielplätze. Deswegen ist das kein neues, sondern ein wiederkehrendes Thema, mit dem man sich dann auch auseinandersetzen muss mit den Akteuren, die gemeinsam etwas bewegen können. Ich bin da ganz zuversichtlich, dass wir das gemeinsam schaffen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abgeordnete Ahrens (CDU): Abschließend nur eine Bemerkung: Ich glaube, ein Drogendruckraum, der tagsüber geöffnet ist, wird nicht helfen, nächtliche Probleme zu lösen.

Senatorin Stahmann: Ich glaube, dass dazu aus dem Bereich Gesundheit eine umfassendere Antwort gegeben werden kann. Ich bitte, das dann noch einmal in der Gesundheitsdeputation zu erörtern, wie die Konzeption des Drogenkonsumraums aussieht, Frau Ahrens!

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung der Anfrage.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Intelligenter Fahrradverkehr auch in Bremen?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Meyer-Heder, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte Herr Kollege!

Abgeordneter Dr. Meyer-Heder (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Inwiefern ist dem Senat das Projekt ECOSense bekannt, und befindet sich der Senat im Austausch mit den Projektpartnern?

Zweitens: Wie bewertet der Senat das Projekt, und inwieweit ist eine Anwendung in Bremen denkbar?

Drittens: Auf welche Art und Weise und durch welche konkreten Maßnahmen werden derzeit in Bremen relevante Daten über den Fahrradverkehr gesammelt mit dem Ziel, die Infrastruktur zu verbessern?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Dem Senat ist das Projekt ECOSense bekannt, bei dem die Erfassung und Analyse von Radverkehrsdaten in Oldenburg erprobt wird. Zu den Projektpartnern besteht bisher kein direkter Kontakt.

Zu den Fragen zwei und drei: Grundsätzlich werden Projekte, die eine verbesserte Datengrundlage zum Radverkehr bieten können, positiv bewertet. Dabei sind aber immer Nutzen und Aufwand gegenüberzustellen.

In der Stadtgemeinde Bremen werden Daten zum Radverkehr, die bei der Radverkehrsplanung berücksichtigt werden, durch verschiedene Methoden erhoben, wie die Haushaltsbefragungen im Rahmen von Mobilität in Deutschland, MiD, der ADFC-Fahrradklimatest, die acht Dauerzählstellen, der ADFC-Mängelmelder sowie die Bike Citizens-App. Die Bike Citizens-App weist dabei die

größte Ähnlichkeit zum Projekt ECOSense auf. Die App trackt die Daten der Nutzerinnen und Nutzer, sofern diese das Tracking explizit freigegeben haben.

Von Ende letzten Jahres bis zum Frühjahr 2019 war Bremen im Rahmen des EU-Projekts Climate Fit City Referenzstadt für eine Untersuchung eines Grazer Forschungsinstituts, das klimatische Auswirkungen auf den Radverkehr untersucht hat. Das Projekt hat Daten aus der App und der Zählstationen auf der Grundlage eines für die Stadt errechneten Klimamodells ausgewertet und mit Ergebnissen aus der Stadt Wien verglichen.

Seit Juni 2019 besteht Zugang zu einem Analyse-tool, mit dem die Daten ausgewertet werden können. Diese werden zum Beispiel genutzt, um die geplanten Weserquerungen virtuell in die App einzutragen und auf Basis des vorhandenen Datensatzes das Nachfragepotenzial für die Brücken zu testen.

Die Analyse des Radverkehrs ist eine wichtige Grundlage, um Handlungsbedarfe zu erkennen und weitere Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs zu entwickeln. Eine Ergänzung der bereits umfangreich vorhandenen Radverkehrsdaten ist daher denkbar. Insofern wird das Forschungsprojekt ECOSense mit Interesse verfolgt, um die Erkenntnisse gegebenenfalls auf Bremen zu übertragen. Eine Anwendung des Projektes ECOSense ist zum jetzigen Zeitpunkt in Bremen jedoch nicht geplant. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Abgeordneter Dr. Meyer-Heder (CDU): Man könnte ja – und ich finde das richtig – einmal auf das Projekt in Oldenburg schauen, wie es dort läuft, und bei Erfolg könnte man ja dann schon noch einmal neu darüber nachdenken, ob das vielleicht auch für Bremen Sinn macht, denn warum muss man Dinge neu erfinden, wenn Sie schon gibt. Das wäre meine Anmerkung dazu!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das war jetzt zwar keine Frage, aber ich nehme das noch einmal auf. Es ist ja in der letzten Antwort auch noch einmal deutlich geworden: Wir schauen uns das ganz genau an, und ich stimme zu, wenn man sagt, das ist ein erfolgreiches Projekt, dann kann man das an-

wenden. Bisher benutzen wir verschiedene Erhebungsmethoden von Daten, und deswegen verfolgen wir das auch mit Interesse, natürlich, mit genau dieser Zielrichtung.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Antwort!

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Zentrale Fachstelle Wohnen – in Bremen-Nord unbesetzt**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Grönert, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Grönert (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Seit wann und warum ist die Fachstelle Wohnen in Bremen-Nord unbesetzt?

Zweitens: Wann konkret wird diese Fachstelle mit welcher personellen und sachlichen Ausstattung wiederbesetzt und vor Ort arbeitsfähig sein?

Drittens: Wie schätzt der Senat die Situation in Bremen-Nord, insbesondere die Problemlage der Auskunftssuchenden sowie die amtliche Hilfestellung für die Betroffenen ein?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Grönert! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Beratungsstelle der Zentralen Fachstelle Wohnen in Bremen-Nord ist seit dem 25. Februar 2019 nicht besetzt. Die Beratung für Hilfesuchende aus Bremen-Nord wird seitdem am Standort Mitte durchgeführt. Hintergrund ist das Ausscheiden einer Mitarbeiterin.

Die Außenstellen der Zentralen Fachstelle Wohnen sind jeweils mit zwei Mitarbeitenden besetzt. Damit können Ausfälle durch Urlaub oder Krankheit aufgefangen werden, längerfristige Vakanzen bedürfen aber der Unterstützung weiterer Mitarbeitender. Die Personalausstattung an den anderen Standorten lässt nicht zu, dort Personal abzuziehen und vorübergehend in Bremen-Nord einzusetzen.

Durch die Verlegung der Beratung an den Standort Mitte kann sowohl die Sicherheit der Mitarbeiterin aus Bremen-Nord als auch Entlastung durch Kolleginnen und Kollegen sichergestellt werden. Für die Hilfesuchenden aus Bremen-Nord ist in Bremen-Mitte eine verlässliche Ansprechbarkeit geregelt, auch während Krankheits- und Urlaubszeiten. Die vorübergehende Verlegung der Beratungsstelle nach Bremen-Mitte wurde frühzeitig angekündigt.

Zu Frage zwei: Voraussichtlich ist im Dezember mit dem Arbeitsbeginn einer neuen Mitarbeiterin zu rechnen. Die Einarbeitungszeit von etwa zwei Monaten erfolgt am Standort Mitte, sodass voraussichtlich ab Februar 2020 in Bremen-Nord wieder Beratung angeboten werden kann.

Zu Frage drei: Die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum ist in Bremen-Nord gering. Dies betrifft insbesondere das Angebot für Einzelpersonen. Bremen-Nord unterscheidet sich in dieser Hinsicht kaum von der gesamtbremschen Situation. Ein Großteil der Hilfesuchenden bezieht Sozialleistungen oder nur ein geringes Einkommen, der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ist groß.

Beratung und Unterstützung bei drohendem Wohnungsverlust und Unterbringung bei Obdachlosigkeit erfolgen derzeit am Standort Mitte. Neben der offenen Sprechzeit werden nach Absprache auch individuelle Termine vergeben, eine telefonische Erreichbarkeit ist sichergestellt. Die aufsuchende Hilfe der Zentralen Fachstelle Wohnen macht Hausbesuche bei Familien mit Kindern und älteren Menschen, wenn Wohnungslosigkeit droht. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Senatorin Stahmann.

Abgeordnete Grönert (CDU): Haben Sie oder Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Erfahrungen damit gemacht, ob sich die Anzahl der Hilfesuchenden jetzt verringert hat, wo die Fachstelle in Bremen-Nord geschlossen ist und man sich an Bremen-Mitte wenden muss?

Senatorin Stahmann: Frau Grönert, mir liegen keine Erkenntnisse vor, dass sich die Anzahl der Hilfesuchenden verringert hat, aber wenn Sie möchten, können wir diese Frage natürlich auch noch einmal in der Deputation aufrufen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abgeordnete Grönert (CDU): Wenn sich die Hilfesuchenden, sagen wir einmal, jetzt alle an Bremen-Mitte wenden, sind denn dort die Kapazitäten erhöht worden? Wenn eine ganze Fachstelle oder Zweigstelle ausfällt und sich dann alle an die nächste Fachstelle wenden, dann kann das ja auch personell nicht hinkommen.

Senatorin Stahmann: Dort wird ja jetzt zu dritt gearbeitet, sodass eine Vertretungssituation gegeben ist, und mit der Aussicht auf die Lösung, dass eine neue Kollegin eingestellt wird, haben sich auch alle einverstanden erklärt, auch die Personalvertretung.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abgeordnete Grönert (CDU): Ich will die Frage einmal umdrehen: Obwohl ich davon ausgehe, dass die Fachstelle in Bremen-Nord gebraucht wird, war die Fachstelle in Bremen-Nord so ausgelastet, dass die Anzahl der Frequentierungen es auch wirklich hergibt, dass die Fachstelle dort besteht?

Senatorin Stahmann: Ich gehe davon aus. Das sind natürlich Fragen, die wir uns auch immer stellen, ob wir Dinge verlagern können, weil sie nicht so frequentiert sind. Die Schilderung der Kolleginnen und Kollegen ist aber so, dass die Arbeit dort gemacht wird, und wir weisen niemanden ab, Frau Grönert, das ist mir wichtig zu sagen. Wenn Menschen zu uns kommen und Hilfe brauchen, oder dann, wenn sich Vermieter an uns wenden, gehen wir den Anliegen nach, und das passiert auch, wenn wir eine Langzeiterkrankung haben. Die organisatorische Entscheidung ist gerade auch vor dem Hintergrund getroffen worden, dass die Arbeit geleistet werden kann.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Grönert [CDU]: Nein, aber noch eine kleine Anmerkung: Da die Wege von Bremen-Nord nach Bremen ja weit sind, hoffe ich auf den Dezember!)

Vielen Dank, Frau Senatorin!

Mit Beantwortung dieser Anfrage sind wir am Ende der Fragestunde angekommen.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Angebotsorientierte Gewerbeflächenentwicklung in Bremen vorantreiben – Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 zügig vorlegen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 24. September 2019

(Drucksache [20/43 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Vogt.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Meyer-Heder.

Abgeordneter Meyer-Heder (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Seit dem letzten Donnerstag wissen wir, dass die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal doch um 0,1 Prozent gewachsen ist.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Eigentlich hatten alle Experten etwas anderes erwartet, nämlich das, was es lange nicht gab: einen Rückgang des Wirtschaftswachstums in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen, also eine Rezession. Bevor ich auf den genauen Inhalt unseres Antrags eingehe, möchte ich deswegen einmal kurz begründen, warum es für uns als CDU-Bürgerschaftsfraktion so wichtig ist, die lokale Entwicklung von Gewerbeflächen in der aktuellen Lage voranzubringen.

In den letzten Monaten hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zunehmend eingetrübt, auch wenn das dritte Quartal besser war als erwartet. Die Handelskonflikte drücken, der Brexit und, noch viel massiver, eine kontinuierliche Transformation ganzer Wirtschaftszweige drücken massiv auf die Stimmung. Selbst die Autoindustrie, lange ein echtes Zugpferd, wenn nicht überhaupt das Zugpferd in Deutschland, befindet sich durch Digitalisierung und den Wechsel auf regenerative Antriebsarten in einer Schwächephase.

Das geht an Bremen als Standort mit hoher Industrie- und Exportorientierung natürlich nicht spurlos vorbei, im Gegenteil, die aktuelle Steuerschätzung geht für die Stadtgemeinde Bremen von Einnahmeverlusten bei der Gewerbesteuer von 40 Millionen

Euro für das Jahr 2020 und von 45 Millionen Euro für das Jahr 2021 aus. Auch in unserer Schwesterstadt Bremerhaven gab es in der letzten Woche Zahlen, die uns zu denken geben.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist der Containerumschlag um 9,4 Prozent abgesackt, in absoluten Zahlen sind es 400 000 Container, die nicht in Bremerhaven umgeschlagen worden sind. Die Eintrübung ist also nichts, über das wir nur lesen und hören, sie betrifft uns direkt durch die Steuereinnahmen und natürlich mittelfristig dann auch durch die Beschäftigungszahlen.

Gerade, weil Bremen aufgrund seiner Offenheit von der aktuellen Lage so betroffen ist, sind wir als CDU und ich persönlich der Meinung, dass wir dieser Entwicklung nicht einfach nur zusehen dürfen. Hier teile ich übrigens die Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums: Wir haben es mit einer Schwächephase der Wirtschaft zu tun, aber zum Glück noch nicht mit einer Krise. Es kommt aber jetzt darauf an – und zwar jetzt! –, wie wir handeln und was wir unternehmen.

(Beifall CDU)

So oder so müssen wir eigene Impulse setzen, um wirtschaftliches Wachstum anzukurbeln, und dabei – und jetzt geht es um den Antrag! – ist die Ausweitung von Gewerbeflächen nun einmal das erste und wichtigste Instrument, das wir haben. Mir ist vollkommen klar – ich glaube, jedem hier im Raum ist klar –, dass wir natürlich globale Entwicklungen schwierig von Bremen aus steuern, geschweige denn aufhalten können, aber wir können wichtige Signale an Unternehmerinnen und Unternehmer senden, hier nach Bremen zu kommen und sich in Bremen anzusiedeln.

Aktuell machen wir leider Gegenteil. Wir kennen den Fall Dornier beziehungsweise des Unternehmens 328 Support Services GmbH. Für diese beiden Unternehmen konnten wir keine passenden Angebote finden. Das ist ein Zeichen für die Tatenlosigkeit der letzten Jahre, und das können wir uns nicht länger leisten.

Wie sieht die aktuelle Situation jetzt bei den Gewerbeflächen aus? Mit Stand von 2018 verfügt die Stadt über eine Dispositionsreserve von 103 Hektar. Das hört sich sehr gut an, aber zieht man davon die reservierten Flächen – etwa 50 Hektar – ab so wie die Flächen, die schon verplant sind für Wohn-

bebauung, Schulstandorte und Flüchtlingsunterbringung, verbleibt eine Reserve von nur 30 Hektar.

Offensichtlich und für uns alle hier erkennbar reicht diese Reserve nicht aus. Das sieht übrigens auch die Handelskammer so. Neben der Attraktivitätssteigerung der Innenstadt und der schnelleren Erteilung von Baugenehmigungen steht für sie vor allem die Entwicklung neuer Gewerbeflächen im Vordergrund. Mit der Kritik heute stehen wir also nicht allein.

Was fordern wir nun genau, und worin liegt eigentlich der Unterschied zum Koalitionsvertrag? Erstens, als CDU-Bürgerschaftsfraktion wollen wir, dass der Senat dem Thema Gewerbeflächenentwicklung die höchste Priorität zukommen lässt. Das ist aus unserer Sicht notwendig, weil wir diese Prioritätensetzung im Koalitionsvertrag nicht erkennen können. Erst auf Seite 76 kommt ein eigenes Kapitel zum Thema Gewerbeflächen, und wenn es um die Bereitstellung von Investitionsmitteln geht, dann sprechen wir nur sehr ungenau von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen.

In Zeiten, in denen der Spielraum für den Haushalt beinahe täglich geringer wird – ich brauche jetzt nicht die Beispiele zu nennen, die wir alle aus der Zeitung kennen –, fehlt mir der Glaube daran, dass für die Gewerbeflächen überhaupt noch Mittel zur Verfügung stehen. Mich würde es also wundern, wenn jemand aus der Koalition hier heute aufsteht und sagt, wie viel Geld dafür zukünftig im Haushalt bereitgestellt wird.

Zweitens wollen wir die Arbeit am Gewerbeflächenentwicklungsprogramm 2030 deutlich beschleunigen. Hier hat vor knapp zwei Wochen, am 5. November, ein erster Dialog mit der Wirtschaft stattgefunden, und ich begrüße es sehr, dass hier der Kontakt von Frau Senatorin Vogt gesucht wird. Diese Beteiligung ist dringend gefordert und findet nun auch endlich statt.

Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir dem Zeitplan beim Gewerbeentwicklungsprogramm schon ein Jahr hinterherlaufen. Ich erinnere einmal kurz an die Vorlage 19/540-S für die Wirtschaftsdeputation vom 13. Juni 2018. Hier war die eben genannte Fachveranstaltung für den Herbst vorgesehen, aber nicht im Jahr 2019, sondern eben im Jahr 2018. Laut diesem Zeitplan hatten wir uns eigentlich ziemlich genau jetzt in der Deputation für Wirtschaft und Arbeit schon auf einen neuen

Entwurf eines Gewerbeflächenentwicklungsprogramms gefreut. Die Beschlussfassung war jetzt für Mitte 2020 vorgesehen, ich glaube, das wird wohl nichts.

Außerdem steht auch noch die Befassung der Beiräte mit dem Gewerbeflächenentwicklungsprogramm aus. Dabei wäre die Beteiligung der einzelnen Stadtteile nach meiner Meinung dringend notwendig, um Potenziale zu erkennen und sie möglichst im Konsens weiterentwickeln zu können. Wenn wir als CDU also eine Beschleunigung des Prozesses fordern, dann muss sich die Koalition vor allem darum bemühen, den ursprünglichen Zeitplan erst einmal einzuhalten. So lange bleibt Bremen ohne Gewerbewicklungsprogramm und damit ohne eine strategische Idee, in welche Richtung sich Gewerbeflächenpolitik entwickeln soll.

Drittens haben wir als CDU-Fraktion in unserem Antrag einige solcher Leitlinien aufgeschrieben, die ich nun einmal kurz vorstellen will. Wie bereits erwähnt, ist für uns die bestehende Dispositionsreserve für Gewerbeflächen viel zu knapp bemessen. Ich bin davon überzeugt, dass wir über eine mindestens 100 Hektar bereinigte, frei vermarktungsfähige Reserve verfügen müssen, das heißt, ohne eine Reservierung darauf und auch sonst nichts.

Aus guten Gründen suchen Unternehmen nach Flächen, die am ehesten zu ihnen passen. Dazu benötigen sie aber auch eine gewisse Auswahl, und mit unserem Vorschlag lässt sich zumindest ein Mindestbestand sichern. Gleichzeitig halten wir damit aber auch den politischen Willen fest, mehr Gewerbeflächen zu entwickeln. Wir gehen sogar einen Schritt weiter und wollen die geplanten Erschließungsmaßnahmen im öffentlichen Baurecht verankern, damit wir als Stadtgemeinde dieser Pflicht auch wirklich nachkommen. Ich finde, hier muss sich die Politik auch gegenüber den Unternehmerinnen und Unternehmern committen und im Zweifel dafür einstehen, wenn sie diese Ziele nicht erreicht.

Wo sollen jetzt neue Gewerbegebiete entstehen? Wir wollen die bedarfsgerechte Erschließung der bisherigen Schwerpunktprojekte, also des Gewerbe-parks Hansalinie, des GVZ, des Bremer Industrieparks und der Überseestadt. Auch die Airport City südlich des Flughafens wollen wir auf Erweiterungspotenzial untersuchen und an den Standorten Nussorn, Industriepark Steindamm und Bremer Wollkammerei zusätzliche Flächen für kleinteiliges Gewerbe, insbesondere aus dem Bereich des Handwerks, erschließen.

Zum Abschluss noch ein Punkt, der mir als Digital-unternehmer wichtig ist: Wir brauchen leistungsfähige Breitbandanschlüsse in allen gewerblichen Bestands- und Neubaugebieten. Das klingt zwar völlig banal, ist aber bisher lange nicht in allen Gewerbegebieten selbstverständlich. Die WFB fühlt sich hier scheinbar auch nicht richtig zuständig. Das, was wir heute als Digitalisierung diskutieren, beginnt mit einer guten Infrastruktur.

Aus all diesen Gründen, um, wie gesagt, auch den Wirtschaftsstandort Bremen zu stärken, werbe ich für die Zustimmung zu unserem Antrag. Wir Abgeordneten haben es in der Hand, proaktiv etwas für die regionale Wirtschaftsförderung zu tun und der wissenschaftlichen Entwicklung nicht einfach nur hinterherzulaufen. Deswegen würde ich mich freuen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie unseren Antrag unterstützen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Der Antrag der CDU beinhaltet punktuell richtige Forderungen, aber seine Grundtendenz und die kurzfristigen Forderungen für die Umsetzung sind falsch und greifen aus unserer Sicht die Anforderungen an eine soziale und ökologische Gewerbeentwicklung im Bremer Stadtgebiet für die nächsten zehn Jahre nicht auf.

Die CDU plädiert hier zum einen für ein „Weiter so!“ in der Gewerbeflächenentwicklung, also möglichst schnell möglichst viele große Flächen zur Gewerbeansiedlung auf Kosten der Bremer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Verfügung zu stellen, um sie dann möglichst billig und ohne qualitative, nachhaltige, soziale und ökologische Kriterien an potenzielle Gewerbeinteressenten zu verkaufen. Da frage ich mich ganz ehrlich: Warum fordern Sie eine Enquetekommission für den Klimaschutz in Bremen? Dieses Thema wird aber in Ihrem Antrag zum Beispiel überhaupt nicht aufgegriffen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Sie sind scheinbar der Meinung, dass bei der Zukunft der Bremer Gewerbe- und Gewerbeflächenentwicklung Klima- und Umweltschutzaspekte keine Rolle spielen. Wir sind da grundsätzlich anderer Meinung.

(Beifall DIE LINKE, SPD – Zuruf Abgeordneter Eckhoff [CDU])

Dazu kommen wir ja! Auch die natürlichen Grenzen, die ein Zwei-Städte-Staat wie das Land Bremen hat, scheinen bei Ihnen aber noch nicht angekommen zu sein. Falls die Bremer CDU Kenntnis davon hat, dass die niedersächsischen Umlandkommunen uns gern ihre Gebiete zur Gebietsausweitung anbieten wollen, hätten wir diese Information auch gern. Zum anderen tun Sie so, als wäre ohne ein neues Gewerbeentwicklungsprogramm plötzlich Pause in der Bremer Gewerbeansiedlung und -entwicklung.

Tatsächlich passieren aber viele Ihrer ja nicht immer falschen Anliegen der Punkte c) bis j) aus Ihrem Antrag schon lange. Wegen der Zeit will ich nur einmal zwei Punkte herausgreifen! Sie fordern unter anderem die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Gewerbegebietes Hansalinie, aber da läuft doch die Planung der nächsten Bauabschnitte schon lange auf Hochtouren. Wegen der gestiegenen Bedarfe: Herr Meyer-Heder, Sie haben gesagt, wir wären nicht erfolgreich. Ja, wir sind doch so erfolgreich, dass wir die beiden Bauabschnitte zusammen vorwegziehen, um jetzt schneller zum Handeln zu kommen. Das heißt doch, genau das, was Sie fordern, passiert schon lange, und die weiteren Schritte für Planung und Umsetzung haben schon lange begonnen.

Im Weiteren fordern Sie richtig die Abstimmung der Gewerbeflächenpolitik mit den Nachbargemeinden. Ja, und da auch mit Bezug auf Achim-West: Auch hier ist doch alles, was Sie dort fordern, im Grunde schon eine Beschreibung dessen, was momentan an Prozessen bei der Wirtschaftsförderung Bremen und dem Wirtschaftsressort schon lange passiert.

Sie haben tatsächlich nicht verstanden, dass wir dringend die Stadt- und Gewerbeentwicklung noch enger verzahnen müssen, es geht um die Frage, wie bekommen wir Wohnen, Wirtschaft, soziale und ökologische Infrastruktur zusammen. Deshalb wollen wir einen partizipativen Dialogprozess mit den betroffenen Akteuren zu folgenden Themen: Wo sind die neuen Orte für neue Formen des Arbeitens? Wo sind eine bessere Bestandsentwicklung und eine Nachverdichtung möglich? Brauchen wir und gibt es neue Gewerbeflächenpotenziale? Wo sind Innovations- und Dienstleistungsstandorte der Zukunft? Wie können wir regionale Kooperation weiter fördern und ausbauen,

beleuchten, um mit möglichst neuen Gewerbeentwicklungsprojekten den Anforderungen des sich wandelnden Gewerbes, des Klimaschutzes und der wachsenden Stadt gerecht zu werden? Das gemeinsam zu entwickeln, dafür braucht es aber notwendigerweise Zeit und ausreichend Beteiligung.

Die Wirtschaftssenatorin hat gerade den Startschuss für die Erstellung des neuen Gewerbeentwicklungsplans 2030 gegeben. Es gab eine Auftaktveranstaltung, bei der insbesondere auch die Erfahrungen konkreter Unternehmen dargestellt wurden, es ist ein kooperativer Entwicklungsprozess mit verschiedenen Fachdialogen geplant.

Parallel dazu sind drei Studien in Auftrag gegeben worden zu den Themen Logistik von morgen, innovative Zukunftsorte, Weiterentwicklung der Bestandsgebiete. Dieser Prozess ist sehr positiv aufgenommen worden. Es soll eben nicht ein Gewerbeflächenprogramm von oben herab werden, sondern das Programm soll in einem partizipativen Prozess gemeinsam erarbeitet werden. Es wäre ein großer Rückschritt, und es würde diesem Prozess nicht gerecht, wenn wir das jetzt hier beschließen wollen, was Sie uns hier im Grunde vorschlagen. Das macht man nämlich bei Partizipation nicht.

Wir wollen diesen Erarbeitungsprozess fortsetzen, bei dem alle Akteure eingebunden werden. Das bedeutet aber eben nicht, dass die bisher schon erfolgreichen Schwerpunktprojekte nicht auch weiterentwickelt und viele weitere Projekte nicht aktiv weiter betrieben werden. Deshalb lehnt DIE LINKE den Antrag der CDU ab. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Stahmann.

Abgeordneter Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, sehr verehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht zwei Vorbemerkungen! Erste Vorbemerkung: Aus der Tatsache, dass die Gewerbeflächen im Koalitionsvertrag auf Seite 76 stehen, kann man nichts Positives und nichts Negatives herauslesen. Die Koalition nimmt den ganzen Koalitionsvertrag ernst bis zur letzten Seite.

(Beifall SPD, DIE LINKE – Zurufe Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU], Abgeordneter Röwekamp [CDU])

Zweiter Punkt, Herr Abgeordneter Meyer-Heder: Gewerbeflächen sind kein Instrument für Konjunktur, weder positiv noch negativ, sondern wir als kleiner Staat müssen Gewerbeflächen immer bedenken, egal, ob es einen Einbruch gibt oder jetzt eine Erhöhung um 0,1 Prozent. Das hat damit nichts zu tun, sondern wie Sie es in Ihrem Antrag auch teilweise richtigerweise beschreiben, ist das existenziell für dieses Bundesland.

(Beifall SPD)

Das Problem Ihres Antrags ist, er ist eben an vielen Stellen widersprüchlich, und auch das, was Sie eben gesagt haben. Auf der einen Seite fordern Sie nachgefragte qualitativ und regional differenzierte Gewerbeflächen ein, das unterstützen wir natürlich. Es geht eben nicht nur um Quantität, es geht auch um Qualität, und es geht nicht nur um regionale Verbindungen, sondern wir müssen auch schauen, welches Gewerbegebiet passt zu welcher Industrie, und wo wollen sie hin, denn es liegt nicht an uns, sondern an denjenigen, die sich dort ja ansiedeln wollen.

Auf der anderen Seite wollen Sie aber 30 Hektar Erweiterungsfläche pro anno mindestens haben. Das ist ein Widerspruch, denn wenn wir Erweiterungsflächen haben wollen, dann ist es eben das, was wir an qualitativen Flächen haben und was man an der Stelle nutzen und vermarkten kann, aber nicht pauschal 30 Hektar pro anno.

Zweiter Punkt – und der Kollege Tebje hat darauf hingewiesen –: Viele der Dinge, die in Ihrem Antrag stehen, sind durch die Praxis erledigt. Diese Koalition hat sich auf den Weg gemacht, wir hatten die Eröffnungsveranstaltung zum Gewerbeflächenprogramm, und es gibt eine weite Beteiligung auch mit den Unternehmen, und das finden wir richtig. Sie haben eben gesagt, die Beteiligung der Stadtteile ist dringend notwendig. Ja, das setzen wir mit diesem Punkt um, und es ist eben so, dass wir das auch machen und Zeit brauchen. Es ist ein Widerspruch, wenn man auf der einen Seite sagt, die Stadtteile sollen weit beteiligt werden, und auf der anderen Seite fordern Sie in Ihrem Antrag, bis Ende dieses Jahres einen ersten Entwurf unter Berücksichtigung der dann folgenden Punkte.

Dann komme ich zum letzten Punkt, darin steht auch, dass Sie innerhalb der nächsten vier Wochen – also bis zum Jahresende – die Abstimmung der Gewerbeflächen mit den Nachbargemeinden machen wollen und eine finanzielle Absicherung sämtlicher Maßnahmen.

Ich frage mich, wir fragen uns: Wie soll das in dieser Kürze der Zeit passieren? Dafür braucht man einen vernünftigen Prozess, der eingeleitet ist. Insofern kann man zu dem Schluss kommen, dass das, was Sie beantragen, in vielen Punkten richtig, aber von der Zeitschiene her nicht möglich ist. Aus diesem Grund lehnt die Fraktion der SPD das ab. – Danke!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wischhusen.

Abgeordnete Wischhusen (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer glaubt, unsere Verwaltung sei langsam: ein dickes Lob an sie! Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben es geschafft, das in ein paar Stunden zu ändern. 1 000 Dank an Sie und euch, damit habe ich gar nicht gerechnet. Das aber nur vorab!

Jetzt zum Antrag der CDU! Die CDU hat uns ja heute einen sehr umfassenden Antrag zur Gewerbeflächenentwicklung vorgelegt, und um eines klarzustellen – das ist ja auch schon herausgekommen –: Ich glaube, wir sind uns hier in diesem Hause einig, dass die Stadt Bremen bei den Gewerbeflächen durchaus noch Herausforderungen zu bewältigen hat. Da brauchen wir auch noch den einen oder anderen neuen Ansatz.

Wir haben bereits in der letzten Legislaturperiode festgestellt, dass insbesondere die vorhandene Dispositionsreserve nicht ausreicht, um eine seriöse Wirtschaftspolitik tatsächlich auch zu machen; zum einen, weil es viele zu wenig entwickelte Flächen gibt, die für nach Bremen kommende Unternehmen verfügbar sind, zum anderen aber eben auch, weil die wenigen verfügbaren Flächen auch nicht in ausreichendem Maße kleine und mittlere Unternehmen ansprechen. Dadurch gibt es nicht genügend Angebote.

Jeder, der sich hier regelmäßig mit Vertretern der Wirtschaft austauscht, weiß, dass es sich dabei nicht nur um ein theoretisches Problem handelt, sondern Bremens Umgang mit Gewerbeflächen führt aktiv dazu, dass sich Unternehmen nicht am Standort Bremen ansiedeln oder dass sie – noch schlimmer! – sogar den Standort Bremen verlassen. Mein Kollege Carsten Meyer-Heder hat ja nun von einigen Beispielen erzählt, in denen Unternehmen nichts angeboten wurde, aber es gibt eben auch Beispiele, wie Unternehmen regelrecht vertrieben werden. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall FDP, CDU)

Da ist beispielsweise ein Wäschereibetrieb, der viel zu lange auf eine neue Gewerbefläche zur Betriebserweiterung gewartet hat. Monatelang wurde mit der WFB verhandelt, und er ist jetzt in der Konsequenz mit der Produktion nach Oyten abgewandert. Den hätten wir andernfalls hier sicherlich halten können.

Es gibt noch extremere Beispiele. Das klingt nach einer Posse, dem einen oder anderen ist es sicherlich bekannt, es leider Realität. Sie kennen die Geschichte der Schleiferei: Sie wollte sich auf einer Gewerbefläche im Gewerbegebiet Farge-Ost in Bremen-Nord niederlassen, und das ging nicht, weil zwischenzeitlich ein Wald entstanden ist. Daraufhin musste erst einmal nach dem Waldumwandlungsgesetz ein Antrag auf Rodung gestellt werden, und weil auch das viel zu lange gedauert hat beziehungsweise Ersatzflächen in ausreichendem Maße nicht rechtzeitig bereitgestellt werden konnten, ist der Interessent jetzt mittlerweile – jedenfalls nach meinem Kenntnisstand – wieder abgesprungen und hat sich gegen diesen Standort entschieden.

Auch wir haben damals als kleines Familienunternehmen über viele Jahre hinweg versucht, in Bremen ein Grundstück aus der Erbpacht zu kaufen, um es weiterzuentwickeln und tatsächlich auch in die Planungen mit einzubinden. Wir haben lange Pläne geschickt, wir haben Nachfolgeabsichten erklärt, wir haben die Entwicklung des Geländes abgebildet, unglaublich viel Zeit, Arbeit und Mühe investiert, im Endeffekt für gar nichts, denn auch dort gibt es immer wieder fadenscheinige Begründungen, warum dieser Kauf nun abgelehnt wurde. Konsequenz war, dass wir eben nicht mehr am Standort weiter entwickeln konnten, und damit wurde auch die Möglichkeit auf mehr Arbeitsplätze genommen, denn das gehört auch dazu.

(Beifall FDP, CDU)

Meine Damen und Herren, das sind ja nur drei Beispiele, wozu eine verfehlte Gewerbeflächenpolitik führen kann. Diese verfehlte Politik besteht übrigens nicht nur aus dem mangelnden Flächenangebot, es ist auch eine Frage des Umgangs mit den Unternehmen. Wenn Unternehmen über Monate, teilweise sogar Jahre hinweg hingehalten und mit ihren Wünschen nach Gewerbeflächen nicht ernst genommen werden, dann haben wir hier ein echtes Standortproblem.

(Beifall FDP, CDU)

Ich erwarte und wir erwarten von der jetzigen Wirtschaftsministerin, dass sie sich die WFB auch einmal vornimmt und dort auch die Strukturen überprüft. Bremen ist auf viele Unternehmen angewiesen, die hier ihre Steuern zahlen und auch Arbeitsplätze schaffen, allerdings ist das Flächenangebot das Hauptproblem der bremischen Gewerbeflächenpolitik. Wenn wir das Leitbild der wachsenden Stadt haben, dann brauchen wir da auch passgenaue Flächen für neue Unternehmen.

Es reicht einfach nicht, was der rot-grüne Senat in den vergangenen zehn Jahren gemacht hat, sondern da müssten jetzt endlich mehr Anstrengungen unternommen werden. Die Prämisse, jetzt vorwiegend nur noch Grundstücke in Erbpacht zu vergeben, ist übrigens in dem Kontext alles andere als förderlich.

(Beifall FDP, CDU)

Aus unserer Sicht deutet die Untätigkeit des Wirtschaftsressorts in den vergangenen Jahren darauf hin, dass es tief greifende Probleme im Ressort, aber eben auch in der WFB gibt. Wir haben daher in der Wirtschaftsdeputation zugestimmt, dass der Prozess der Erstellung eines neuen Gewerbeentwicklungsprogramms mit Studien eng begleitet wird. Wir haben da durchaus den neuen Kurs unterstützt, und wir glauben, es ist gefährlicher, das Ressort einfach so weitermachen zu lassen, als jetzt die Erstellung eines GEP intensiv mit Studien zu begleiten.

Unabhängig davon hat die CDU natürlich mit den vielen und in den meisten Punkten recht. Zu einem neuen Entwurf des GEP gehört beispielsweise auch aus unserer Sicht eine jährliche Erschließungsleistung von mindestens 30 Hektar mit dem Ziel, mittelfristig eine sofort verfügbare Dispositionsreserve von etwa 100 Hektar aufzubauen. Auch wir unterstützen die weitere Erschließung im Rahmen der Schwerpunktprojekte, wie etwa die Hansalinie oder das GVZ.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns übrigens gemeinsam mit der CDU auch für mehr privates Engagement bei der Gewerbeflächenentwicklung stark gemacht. Hier ist bekanntermaßen ein PPP-Modellversuch in der Wirtschaftsdeputation beschlossen worden, und wir erwarten, dass dieser jetzt auch richtig umgesetzt wird. Auch darauf werden wir unser Augenmerk legen.

(Beifall FDP)

Ein auch noch wichtiger Punkt ist sicherlich der angesprochene Breitbandausbau. Auch wir sehen ein leistungsfähigeres Breitband als einen entscheidenden Standortfaktor an. Es gibt immer wieder Firmen, die von mangelhaft angeschlossenen Gewerbegebieten berichten, und wir fordern den mittelfristigen Anschluss aller Bremer Gewerbegebiete an das schnelle Glasfasernetz, denn eine Leistung von 50 Megabit reicht heute für die meisten Betriebe einfach nicht mehr aus. Auch da ist der Senat zum Handeln aufgefordert.

Auch wenn wir alle Punkte des CDU-Antrags unterstützen, beantragen wir heute eine getrennte Abstimmung. Das liegt daran, dass wir uns bei Ziffer 2 enthalten, weil man aus unserer Sicht einen zügigen, aber sorgfältigen Prozess braucht, und wir glauben tatsächlich, dass es unrealistisch ist, dass eine frisch gewählte Wirtschaftssenatorin diesen Entwurf innerhalb von vier Wochen vorlegen soll. Das, glauben wir, ist einfach nicht möglich. Auch wenn wir die Grundintentionen und alle einzelnen Antragspunkte komplett unterschreiben würden, in vier Wochen ist das einfach nicht zu schaffen.

Das ist aber kein Freifahrtschein dafür, dass der GEP 2030 ewig auf die lange Bank geschoben wird, sondern wir erwarten auch von der Wirtschaftssenatorin im ersten Halbjahr einen Entwurf des GEP, der dann die Gremien passieren kann, und wir erwarten, dass sich dann auch möglichst viele Punkte des vorliegenden Antrags in diesem GEP wiederfinden. Das wäre sehr wünschenswert, und wir hoffen, Frau Senatorin Vogt, dass Sie das so machen, denn eines ist klar: Bremens Wirtschaft ist auf eine dringend verbesserte Gewerbeflächenpolitik angewiesen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking.

Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das ist ein ziemlich aufgefächertes Thema, und ich glaube, man kann sich in jede einzelne Verästelung lange hineinbegeben.

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Mein Eindruck ist – den ersten Punkt hat Frau Wischhusen genau richtig formuliert –, es ist schlicht einfach unredlich zu erwarten, dass die

nächste Fassung des Gewerbeflächenentwicklungsprogramms innerhalb von vier Wochen aus dem Boden gestampft werden sollte. Das ist dummes Zeug!

Das kann man nicht, sondern die Koalition ist da sorgsam, sie hat sich einen richtigen Arbeitsprozess vorgenommen und auch die Fragen markiert, um die es in diesem Arbeitsprozess gehen soll. Es ist nicht nur der Dialog mit der Wirtschaft. Da sind auch Wissenschaftler eingeladen, da werden Untersuchungen gemacht und überprüft, was bisher gelaufen ist, und darüber nachgedacht, was man besser machen kann. Da, finde ich, ist jeder Ratsschlag willkommen, und jede Kontroverse muss ernst genommen werden.

Jetzt sagt die CDU, es sollen pro Jahr 100 Hektar Dispositionsreserve vorgehalten werden, möglichst von jeder Qualität an jedem Standort, plus 30 Hektar Zusatzerschließung. Meiner Meinung nach ist das nicht hilfreich, man kann das Problem so nicht lösen.

Seien wir doch einmal ehrlich: Wir sind das kleinste Bundesland, und in diesem kleinen Bundesland sollen Wirtschaftswachstum/wirtschaftliche Entwicklung organisiert werden, der Siedlungskörper wachsen und mehr Menschen wohnen können. Es ist ein sehr hartes Geschäft zu entscheiden, welche Fläche für welchen Zweck vorgesehen werden soll, und es ist sinnvoll, sehr genau zu überlegen, was den höchsten Beitrag zum Wohle der Stadt leistet, wenn wir das so oder so entscheiden würden.

Ich will versuchen, Ihnen das an einem Beispiel zu erläutern! Der Kollege Meyer-Heder hat völlig zu Recht darauf aufmerksam gemacht, in vielen Branchen haben wir im Moment eine Umbruchsituation. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Die Automobilindustrie wird in zehn Jahren nicht mehr so aussehen wie heute, sie wird technologisch einen grundlegend neuen Pfad beschreiten. Das hat nicht nur Konsequenzen für die Zahl der Arbeitsplätze, es hat auch Konsequenzen für die gesamten Produktionsabläufe, für die Bauteile und die Zulieferindustrie, das liegt doch auf der Hand.

Jetzt haben wir aber heute eine Situation, in der für die klassischen Verbrennungstechnologien und die neuen elektrischen Technologien im Gewerbegebiet Hansalinie gleichzeitig Flächen nachgefragt werden, und es wird noch eine Weile so weitergehen. Irgendwann wird der eine Pfad den anderen ablösen, und da macht es doch Sinn, wenn wir uns

Gedanken darüber machen, wie wir die Bereitstellung von Flächen in der Hansalinie steuern, oder? Da muss man doch darüber nachdenken, wie man sicherstellt, dass Flächen, die von einer – nämlich möglicherweise der veralteten – Technologie, nämlich Verbrenner, besetzt sind, wieder zum richtigen Zeitpunkt frei werden, um für die neue Entwicklung zur Verfügung zu stehen! Da muss sich doch eine Stadt überlegen, wie sie das machen will, oder? Also bitte, lassen Sie uns in der Angelegenheit nicht zu kurz springen!

Jetzt hoffen wir alle gemeinsam und tun alles Erforderliche dafür, damit die Weserquerung gelingt, und zwar noch innerhalb dieser Legislaturperiode. Was wird das für Konsequenzen haben? Das GVZ, der Bremer Industriepark und die Industriehäfen wachsen zu einem riesigen Gewerbegebiet von ungefähr 1 000 Hektar zusammen. Macht es Sinn, darüber nachzudenken, was man mit dieser gewaltigen Gewerbefläche anfangen will, um den Vorteil der Stadt zu mehren? Das macht absolut Sinn!

Da geht es plötzlich um etwas anderes: Es geht nämlich im großen Stil darum, wie man Bestandsgebiete, die im Großen und Ganzen privat besetzt und in viele Grundstücke aufgeteilt sind, für Arbeitsplätze mobilisieren kann, für Wertschöpfung und einen vernünftigen Umgang mit Mutter Natur in dem Sinne, dass man die Dächer für PV-Anlagen nutzt, dass man dafür sorgt, dass diese Gewerbegebiete Orte sind, in die die Arbeitskräfte auch mit einer vernünftigen öffentlichen Erschließung kommen können, wo man dafür sorgt, dass die Fahrer, die in das GVZ fahren, eine anständige Kantine vorfinden, Duschen, Toiletten und alles, was dazugehört, damit diese elenden Zustände, die es ja heute noch gibt, beendet werden. Darum muss man sich doch kümmern, darüber muss man sich doch Gedanken machen!

Jetzt sagen Sie nicht, dass das innerhalb von vier Wochen geht! Das geht nicht! Wenn wir uns die Kronjuwelen ansehen, also Airport City und den Technologiepark, wissensintensive Firmen, in denen gutes Geld verdient wird, wo Zukunft ausgerollt (?) wird, dann muss man doch mit Sachverstand darüber nachdenken, wie man das Gebiet dort weiterentwickeln will! Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass Sie das innerhalb von vier Wochen abrufen!

Wir sind da wenigstens ein kleines bisschen anspruchsvoller. Wir sind der Meinung und schlagen vor – das ist Konsens in der Koalition –, dass das im

Rahmen dieses Programms zur Entwicklung unseres neuen Gewerbeflächenprogramms geschieht. Dafür brauchen wir ein bisschen Zeit, dafür brauchen wir Sachverstand und gute Ratschläge, und Herr Meyer-Heder ist eingeladen, sich daran zu beteiligen. Er hat ja doch viel Ahnung davon, wenn man es darauf bezieht, dass er dieses großartige Unternehmen neusta mitten in der Überseestadt aufgebaut hat.

Da gab es erst zuletzt eine Nachfrage nach Gewerbeflächen und zuallererst ein riesiges Gebäude in einer interessanten Umgebung, wo Arbeitnehmer gern hingehen, wo man Zukunft sieht und ausrollt (?). Dass wir uns da gemeinsam Sorgen über die verkehrlichen Verhältnisse machen, sei nur einmal in Klammern erwähnt. Also, wir glauben, auf diesem Gebiet ist ein Nachdenken erforderlich.

Ich möchte noch einen letzten Punkt nennen, der von Bedeutung ist! Im Rahmen dieses Arbeitsprozesses gibt es das Stichwort „produktive Stadt“, und es gibt auch ein zweites Stichwort, das heißt „Zukunftsorte“. Da geht es um solche Themen wie zum Beispiel die Tabakfabrik. Das ist ein altes Gewerbegebiet, das von Privat an Privat verkauft worden ist, das lange Zeit in einem Dornröschenschlaf lag und jetzt plötzlich zu einem für alle Leute hochgradig aufregenden Ort wird. Dorthin werden die Neugründer und die IT-Unternehmer eingeladen, und die Kulturinitiativen leisten einen Beitrag dazu, diese Adresse zu bilden, und dort findet eine Unzahl von Konferenzen statt. Es gerät auf die Landkarte der Stadt. Das war 15 Jahre lang nicht der Fall, jetzt ist es das aber, und auch solche Typen von Entwicklung, die erst einmal nicht im Gewerbeflächenprogramm dargestellt werden, sind von einer zentralen Bedeutung für die zukünftige Art und Weise, wie wir arbeiten, wie wir unsere Einkommen produzieren und unsere Stadt bedeutsam machen.

Also, bitte springen Sie nicht zu kurz, stellen Sie sich diesen Aufgaben mit, erkennen Sie, dass auch ein großer Teil von Arbeit im Gefüge der bewohnten Stadt stattfindet, und zwar nicht nur im GVZ oder aber in der Hütte, sondern auch zwischen den Wohnhäusern. Das nennen wir eine produktive Stadt, davon sollte auch Herr Meyer-Heder viel verstehen, weil seine IT-Welt genau da entstanden ist, er hat begonnen am Ostertorsteinweg, vis-à-vis vom Theater. Deswegen also, meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Fragen so stellen, wie es angemessen ist, an dem Vorschlag der CDU finde ich vieles unausgegoren. – Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Vogt.

Senatorin Vogt: Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Der Antrag der CDU-Fraktion hat mich etwas verwundert, denn eigentlich haben wir gerade in den letzten Wochen relativ umfangreich über den Gewerbeentwicklungsprozess – nicht Gewerbeflächen, sondern den Gewerbeentwicklungsprozess! – informiert, sodass sich viele Fragen eigentlich von selbst beantwortet hätten.

Dass ich als neue Senatorin in dem Verfahren natürlich einen anderen Weg einschlage als mein Vorgänger, versteht sich von selbst. Diesen möchte ich auch so gestalten, dass ich möglichst diejenigen, die es betrifft – nämlich die Unternehmen und Unternehmensverbände, aber unter anderem auch Forschungsinstitute –, an Bord habe, und ich muss ehrlich sagen, leider ist kein einziges Mitglied Ihrer Fraktion, leider auch nicht der FDP-Fraktion, unserer Einladung zur Auftaktveranstaltung am 5. November gefolgt.

Wir haben fünf Abgeordnete der CDU persönlich eingeladen, es ist bedauerlich, niemand war von Ihnen da! Ich lade Sie an dieser Stelle wirklich dringend ein oder bitte Sie dringend: Bringen Sie sich in den Prozess ein, anstatt hinterher über Veranstaltungen zu reden, bei denen Sie nicht waren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Um es einmal auf den Punkt zu bringen: Mit dem Antrag laufen Sie tatsächlich der Entwicklung hinterher, weil erstens, das habe ich schon gesagt, der Gewerbeentwicklungsprozess bereits in einem partizipativen Prozess begonnen wurde, zweitens wesentliche Themenfelder bereits erkannt und adressiert worden sind – übrigens auch schon in den Koalitionsverhandlungen, die Ausführungen des Kollegen Bücking waren ja durchaus richtig – und drittens natürlich weiter an einer guten Gewerbeflächenentwicklung gearbeitet wird und auch werden muss.

Frau Wischhusen, Sie haben ja eben ein paar Beispiele genannt, bei denen es nicht funktioniert hat. Ich möchte aber trotzdem einmal sagen, in der Vermarktungsbilanz von 2013 bis 2018 waren es 191 Hektar Gewerbeflächen. Im Schnitt ist das eine Gewerbeflächenvermarktung von 31,8 Hektar jährlich, und wir haben Zusagen beziehungsweise

auch eine Sicherung von insgesamt 14 750 Arbeitsplätzen, davon sind 4 520 neue Arbeitsplätze. Das Investitionsvolumen ist auch ganz beachtlich, es sind 213 Millionen Euro, ungefähr 50 Millionen Euro per anno, also weit über dem Bundesschnitt. So viel einmal zu der Aussage, es passiere hier überhaupt nichts!

Es sind im Moment gerade interessante Entwicklungsprozesse unter dem Stichwort Kellogg-Insel, aber auch Tabakquartier in Sicht. Deshalb, zu sagen, im Moment passiere nichts, das finde ich etwas schwierig! Ein Hinweis sei mir erlaubt: Die Programmlaufzeit des GEP 2020 ist entgegen der Aussage im Antrag der CDU nicht bis 2018, sondern sie ist erst Ende 2020 zu Ende. Man muss es also mit den Anträgen vielleicht auch einmal genauer nehmen!

Jetzt zum Einzelnen! Ich habe eben gesagt, uns ist es tatsächlich sehr wichtig, die Fachöffentlichkeit, die Unternehmen, Verbände, Kammern, Institute, Interessenvertretungen, aber auch die Hochschulen und Forschungseinrichtungen mitzunehmen und natürlich die Politik, denn nur dann werden wir den großen Herausforderungen schnell und intensiv, aber auch clever und geschickt mit einem guten Management, Gewerbeflächen zu entwickeln, tatsächlich begegnen können. Die Projektbearbeitung und -steuerung erfolgt durch ein Kernteam meines Ressorts und der WFB.

Das Deutsche Institut für Urbanistik, Difu, erarbeitet die fachlichen Grundlagen, auch das finde ich in Ordnung. Die Fachstudien, die wir, ich glaube, bereits im September beschlossen haben, sind hier schon erwähnt worden. Nur, damit Sie es wissen, denn Sie waren ja bei der Auftaktveranstaltung nicht dabei: Der Aufstellungsprozess erfolgt in drei Phasen, und natürlich ist jeweils zeitnah die Berichterstattung an die Deputation für Wirtschaft und Arbeit vorgesehen.

Ich kann nur sagen, bei der Auftaktveranstaltung waren 120 Schlüsselakteure. Wir werden jetzt in mindestens drei themenspezifischen Fachdialogen weitermachen, und die Zusammenfassung der Ergebnisse und die Handlungsempfehlungen mit allen Dingen, die wir jetzt beschlossen haben, wird bis zum Sommer 2020 vorliegen, natürlich müssen wir dann noch die Beiräte beteiligen. Alles andere wäre nicht nur eine Katastrophe, sondern auch nicht demokratisch und zielführend.

(Beifall SPD)

Ich kann auch nur sagen, dass der Beteiligungsprozess sehr positiv aufgenommen worden ist, insbesondere von Unternehmen, die sich hinterher bei mir dafür bedankt haben, auch von der Handelskammer. Am 28. Januar geht es weiter mit Gewerbeflächenentwicklung für die Logistik. Bitte kommen Sie und nehmen Sie daran teil, denn auch für die Logistik werden wir neue Wege gehen müssen! Wir werden einmal überlegen müssen, ob wir wieder zweigeschossig denken, der Kollege Bücking sagte es bereits.

Deshalb werden wir mit der Frage der endlichen Flächen in einem Stadtstaat natürlich auch kreativer umgehen müssen. Bremen verfolgt nämlich weiterhin das Leitbild der wachsenden Stadt, das heißt, wir brauchen zukunftsfähige Wohn- und Arbeitsorte. Das ist ganz wichtig. Deswegen haben wir auch im Koalitionsvertrag von Zukunftsorten gesprochen. Auch das kommt positiv an, und das nicht nur beim Handwerk, das natürlich ein hohes Interesse daran hat, seine Handwerksbetriebe auch in den Quartieren und Stadtteilen und nicht am Stadtrand zu haben.

Es ist doch völlig klar, dass eine effiziente Wirtschaftsentwicklung durch eine aktive Gewerbeentwicklung unterstützt werden muss und wird. Ich habe ja eben aufmerksam zugehört, und ein kleiner Seitenhieb sei mir auch als Senatorin gegönnt: Wir hätten in der Entwicklung pro produktive Stadt, produktive Gebiete, Wohnen und Gewerbe und öffentliche Nutzung eine erhebliche Fläche mehr zur Verfügung, nämlich die Rennbahn. Wenn Sie nicht die Rennbahn und das Rennbahngelände zum Wahlkampfobjekt gemacht hätten, dann hätten wir jetzt in dem Prozess wesentlich mehr Flächen zur Verfügung, auch für die Gewerbeentwicklung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die Entwicklung des Bestands ist bei dem ganzen Prozess übrigens genauso wichtig wie die Neuentwicklung, das wird immer vergessen. In der Zukunft werden wir ebenso viele Mittel für die Weiterentwicklung der Bestandsgebiete wie für die Neuerschließung aufwenden, denn natürlich kann man das eine nicht tun, ohne das andere zu lassen. Frau Wischhusen, Sie haben eben gesagt, viele Unternehmen werden geradezu vertrieben. Ehrlich gesagt, ich kann nachvollziehen, dass die WFB vielleicht manchmal zu zögerlich mit Absagen ist, aber wir haben große Herausforderungen, und deswegen bin ich natürlich auch dafür, dass wir zu den

Unternehmen, die Flächen fressen, ohne vernünftige, gute und qualifizierte und zukunftsweisende Arbeitsplätze überhaupt nur darstellen zu können, bei einer endlichen Flächenmenge und -reserve dann vielleicht auch einmal Nein sagen. Das finde ich selbstverständlich,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

denn wir haben genügend gute Unternehmen, die sich in Bremen ansiedeln wollen oder die wir im Bestand haben, die Flächen brauchen, um sich auch zukunftsfähig aufzustellen.

Wir haben eine Reihe von Herausforderungen zu meistern, angefangen bei der Klimaresilienz und dem Flächenvorrat, mit dem wir effizient und sparsam umgehen müssen. Wir werden uns deswegen auch intensivst um die Nachverdichtung kümmern müssen, denn in der Vergangenheit ist Gewerbe manchmal ein bisschen Wildwest entstanden, und da gibt es noch Optimierungspotenzial. Auch das werden wir in Angriff nehmen.

Die Ansprüche der Unternehmen an die Gebiete, in denen sie sich ansiedeln oder weiterentwickeln wollen, werden auch anders, auch das ist hier eben schon gesagt worden. Wir haben insbesondere in der Frage, wie die Produktion der Zukunft aussieht, unter dem Stichwort Digitalisierung eine ganz andere Fertigungstiefe. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Frage, wie sieht die Arbeit von morgen aus, sondern natürlich auch darauf, wie die Flächenbedarfe von morgen aussehen. Es ist klar, wir befinden uns jetzt in einem parallelen Prozess, das heißt, auch da können wir das eine nicht bleiben lassen und das andere nicht tun, sondern wir müssen beides machen.

Der Trend zur Urbanisierung spielt eine immer größere Rolle, denn auch die Betriebe und Unternehmen wollen zukunftsfähige Gebiete, die auch in zehn Jahren noch attraktiv für die Wirtschaft sind, gerade übrigens im Bereich der Innovation, und Sie wollen ja auch die enge Kooperation mit Forschungsinstituten, mit Ausgründungen und kleinen Start-ups tatsächlich intensivieren, und dafür steht Bremen ja auch.

Es gilt für Industrie, Dienstleistungsunternehmen, Hightech oder das Handwerk: Wir stehen in einem Prozess der ökonomischen Transformation, und deshalb werden wir alles zusammen denken und entwickeln müssen.

Ich kann abschließend auch nur zwei oder drei Dinge sagen – ich könnte noch einzeln auf jeden Ihrer Beschlüsse eingehen, aber dann würde ich hier noch eine Dreiviertelstunde reden, das kann ich machen, wenn Sie wollen –: Es ist eine zentrale Aufgabe des Wirtschaftsressorts und insbesondere von mir, und ich habe das auch immer adressiert, die Gewerbeentwicklung voranzutreiben, und zwar unabhängig von der Konjunktur. Ich sage auch, wir werden viele Dinge noch einmal neu aufstellen, und mir ist es auch wichtig, dass wir das tatsächlich auch in den kommenden Haushaltsberatungen entsprechend absichern, und ich habe natürlich auch – –.

Meine Kollegin Frau Dr. Schaefer wird in einigen Punkten in dem Abstimmungsverfahren eng mit beteiligt sein, denn auch sie wird es betreffen, und wir sind uns auch einig, dass wir bestimmte Genehmigungsverfahren verschlanken beziehungsweise vorher mit den Unternehmen auch tatsächlich noch einmal klären müssen, woran es denn vielleicht auch einmal bei den Anmeldungen hakt. Das ist völlig klar, das betrifft die Konjunktur. In konjunkturell schwierigen Zeiten ist es durchaus nicht ganz unwichtig, ob wir, ich sage einmal, zwölf Monate schneller oder langsamer sind. Das ist uns aber allen bewusst. Darüber haben insbesondere der Bürgermeister, die zweite Bürgermeisterin und ich schon das eine oder andere Mal gesprochen, also wir nehmen das überhaupt nicht auf die leichte Schulter.

Ein letzter Gedanke: Bremen ist endlich, und wir werden sowohl in der Frage des Wohnraums als auch in der Frage der Gewerbeentwicklung über unsere Grenzen hinaus denken müssen, und zwar dann, wenn wir nicht alles, was wir hier im bremsischen Stadtgebiet haben – ich rede insbesondere von der Stadt Bremen, der Stadtgemeinde Bremen –, versiegeln wollen. Das heißt, so ein Projekt wie die Entwicklung des gemeinsamen Gewerbeparks Achim-West ist eigentlich für mich – –.

Ich war in der vorletzten Woche bei der Küsten-/Wirtschafts-/Verkehrsministerkonferenz (Welche ist genau gemeint?). Ich kann Ihnen sagen, keiner meiner norddeutschen Kollegen möchte einen Nordstaat, aber wir möchten eine überregionale Zusammenarbeit, und man muss es in den Metropolregionen denken. In der Frage der Steuern kommt man immer wieder an Prozesse, in denen es hakt, nicht in der Frage der Konkurrenz mit den Umlandgemeinden. Deshalb ist so eine Entwicklung, wie wir sie jetzt einmal in Achim-West pilotieren, einfach sehr sinnvoll, wenn wir uns in den

nächsten 30 Jahren als wachsende Metropolregion behaupten wollen, denn über die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft ist es nämlich möglich, die fiskalischen Effekte zu steuern.

Ich habe mich jetzt zwei Mal mit meinem Kollegen, Herrn (Ditzfeld (?) oder Dietzel (?), Sie haben beide Namen gesagt, und es gibt beide Personen!), getroffen. Wir müssen noch einmal mit dem Landkreis nachhaken, denn auch er profitiert maßgeblich. Ihn müssen wir noch stärker in die Beteiligung einbinden, aber das zu entwickeln, auch für andere Gebiete über unsere regionalen Grenzen oder Stadtgrenzen hinaus, wird das Modell der Zukunft sein. Ein bisschen weniger Konkurrenz, ein bisschen intensiviertere Zusammenarbeit, eine ein bisschen gerechtere Aufteilung und Durchrechnung der fiskalischen Effekte werden mit Sicherheit das Überleben des Bundeslandes Bremen sowohl in der Frage des Wohnraumbedarfs als auch des Bedarfs von Gewerbeentwicklung retten.

Wenn wir dann nicht mehr so eng denken, wie es in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war, insgesamt in Norddeutschland, dann bekommen wir diesen Prozess auch gut hin, sodass wir die Stärken Bremens auch noch in 15 Jahren, weiterentwickelt als Stärken in der bundesrepublikanischen Landschaft, präsentieren können. – Ich danke Ihnen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Meyer-Heder.

Abgeordneter Meyer-Heder (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht ganz kurz noch einmal von mir: Diesen Zeitplan, jetzt übrigens vier Wochen zum Jahresende, haben ja nicht wir aufgestellt, den hat die alte Koalition aufgestellt, also gab es ja genügend Zeit, so etwas zu entwickeln. Ich bin immerhin froh, dass alle sagen, ja, wir finden Wirtschaft gut, und wir brauchen Wirtschaft, und wir brauchen natürlich Gewerbeflächen für die Wirtschaft, aber eines ist doch auch klar: Wir brauchen sie vorrätig.

(Beifall CDU)

Das ist hier, glaube ich, auch jedem bewusst.

Wenn ein Unternehmen hier bei der Wirtschaftsförderung anfragt und ich ihm sage, ja, wir fangen jetzt an zu planen, und dann haben wir in fünf Jahren für dich eine Gewerbefläche, dann weiß jeder, was der Unternehmer sagen wird. Dann sucht er

sich etwas anderes. Also brauchen wir vorrätige Flächen, und bestimmte Formulierungen in unserem Antrag sind natürlich der Erfahrung – nicht meiner Erfahrung, aber der der CDU-Fraktion – der letzten zwölf Jahre geschuldet, denn Herr Bücking, Sie haben ja recht, natürlich soll man auch einmal vernünftig nachdenken, was für Gewerbeflächen wir eigentlich entwickeln wollen.

So naiv wie ich bin, hätte ich gedacht, dieses Nachdenken passiert schon seit zwölf Jahren. Es ist aber scheinbar versäumt worden, also ist es jetzt natürlich ein bisschen knapp. Ich plädiere also dafür, bitte weiter nachzudenken, und in vielen Dingen sind wir uns auch einig, und auch Frau Vogt, glaube ich, ist ja auch noch gar nicht betroffen, sie ist ja auch erst seit Kurzem dabei.

Wir müssen diese Gewerbeflächen entwickeln, gern auch ökologisch sinnvoll. Diese Gebiete, die genannt wurden – Tabakquartier, Überseeinsel –, werden sehr wohnenswerte Mischgebiete, aber keine Industriestandorte werden. Auch dafür brauchen wir Flächen, und die werden wir nicht mitten in Wohngebieten ansiedeln können. Da müssen wir einfach mehr Gas geben, das wollten wir mit unserem Antrag eigentlich bewirken.

Natürlich – auch da hat Frau Vogt recht – müssen wir auf die Qualität der Flächen schauen. Wenn wir ein Beispiel nehmen: Im Neustädter Hafen – 100 Hektar, eine Million Quadratmeter – arbeiten 500 Leute, bei uns im Schuppen, 15 000 Quadratmeter, arbeiten 1 300 Leute. Wenn wir die Flächen schon begrenzt haben, dann müssen wir natürlich auch schauen, dass wir die Arbeitsplätze ein bisschen verdichten und vielleicht in der Logistik einmal über eine zweite Etage nachdenken, also da ist viel Kreativität gefordert. Bitte, liebe Regierung, seid kreativ und kümmert euch darum, dass wir hier Wirtschaft ansiedeln können! – Danke!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Wer der Ziffer 1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Ziffer 1 ab.

Nun lasse ich über Ziffer 2 abstimmen.

Wer der Ziffer 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Ziffer 2 ab.

Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Quartieren und stadtweit – Kriterien für ein Budget zur Finanzierung von Angeboten mit stadtteilübergreifender Bedeutung entwickeln! Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der FDP vom 6. November 2019 (Drucksache [20/60 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Görgü-Philipp.

Abgeordnete Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere rot-grün-rote Regierung hat sich dazu bekannt, die offene Jugendarbeit zu stärken und auszubauen. So steht es im Koalitionsvertrag, und für uns Grüne ist das genau die Schwerpunktsetzung, die das Thema benötigt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Mit dem vorgelegten Antrag schieben wir einen wichtigen Prozess dafür an. Wir wollen ein zusätzliches Budget schaffen, um stadtteilübergreifende Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit finanziell neu aufzustellen. Das sind die Angebote, die nicht nur von Kindern und Jugendlichen aus dem Quartier besucht werden, sondern von überregionaler Anziehungskraft sind. Kinder und Jugendliche machen sich auf den Weg, um genau dieses Angebot wahrzunehmen.

Bisher wurden diese Angebote oftmals als stadtzentral bezeichnet, aber diese gut besuchten Angebote gibt es nicht nur in der Bremer City, sondern auch außerhalb des Zentrums. Genau an diesem Punkt setzt unser Antrag an. Wir wollen gemeinsam Kriterien entwickeln, nach denen in Zukunft die Zuordnung in stadtteilübergreifende Angebote erfolgen kann. Dafür benötigen wir eine Unterarbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses.

Sobald es eine Verständigung gibt, kann über die zukünftige Finanzierung beraten werden. Dass die Ausstattung der stadtteilübergreifenden Angebote an einigen Stellen nicht ausreichend ist und gleichzeitig das Budget der Controllingausschüsse in den Stadtteilen stark belastet hat, ist bekannt. Ein zusätzliches Budget für stadtteilübergreifende Angebote entlastet die offene Kinder- und Jugendarbeit vor Ort. Das zusätzliche Budget schafft freie Ressourcen für die anderen Angebote. Die dadurch frei werdenden Mittel müssen gerecht auf alle Stadtteile verteilt werden. Wir wollen stadtteilübergreifende Angebote stärken, das ist unser Ziel.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Die quartiersbezogenen Angebote sollen weiter ihre gute Arbeit machen können. Wir wollen die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit insgesamt da stärken, wo es noch nicht in ausreichendem Maße der Fall ist.

(Zuruf Abgeordneter Bensch [CDU]: Oberneuland zum Beispiel!)

Stadtteilübergreifende Jugendarbeit und die Arbeit in den Stadtteilen, das soll Hand in Hand gehen. Das muss eine Einheit sein, genau, wie es auch sachlich logisch ist, die Förderrichtlinien zu vereinheitlichen und hier auch Kinder unter zwölf Jahren in allen Stadtteilen mit einzubeziehen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Um diese Einheit zu erreichen, ist es wichtig, dass das sorgsam und sorgfältig vorbereitet wird. Es muss einen sachlichen und nüchternen Austausch darüber geben, wann, unter welchen Voraussetzungen ein Angebot als stadtteilübergreifend bezeichnet werden kann. Werden diese Angebote vom Kiez aus der Gesamtstadt besucht? Welche Zielgruppen werden erreicht? Das Ziel muss sein, zu einem transparenten Verfahren zu kommen. Ich bin optimistisch, dass eine Unterarbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses hier zu guten Ergebnissen kommen kann. Die nötige fachliche Expertise sitzt dafür im Jugendhilfeausschuss.

Offene Jugendarbeit ist dafür da, Teilhabe zu ermöglichen, Jugendkultur zu leben, Strategien zu entwickeln und vor allem Demokratie zu erlernen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Dafür wollen wir einschließlich einer verlässlichen Finanzierung der attraktiven Angebote Sorge tragen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, möchte ich auf der Besuchertribüne recht herzlich die Studiengruppe A des Polizeivollzugsdienstes der Hochschule für öffentliche Verwaltung begrüßen.

Seien Sie recht herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Krümpfer.

Abgeordnete Krümpfer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Kinder und alle Jugendlichen in unserer Stadt sind uns wichtig. Wir wissen hoffentlich alle hier, dass diejenigen, die in unserer Stadt mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, sich im Besonderen auf deren individuelle Lebenslagen einstellen und die Angebote zu ihrer Freizeitgestaltung entsprechend ausrichten. Sie gestalten und schaffen Angebote, in denen Kindern und Jugendlichen das eigene Potenzial aufgezeigt und besonders gefördert wird. Sie machen Angebote, die Talente wecken, die sie selbst vorher nicht

erkannt haben. Sie initiieren Angebote, die die Gemeinschaft stärken. Es werden Angebote gemacht, die den Körper und Geist in Bewegung bringen und auch Aggressionen abbauen. Sie entwickeln Angebote, in denen sie demokratische Prozesse erfahren, aber auch den Umgang mit Vielfalt und Diversität sowie Toleranz erleben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Hierzu trägt eine vielfältige Trägerlandschaft mit ihren Angeboten in der ganzen Stadt bei. Den Trägern sprechen wir unseren großen Respekt aus und bedanken uns ganz besonders bei ihnen für ihr Engagement!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Viele Angebote finden speziell im Quartier statt, und andere finden stadtweit statt. Deshalb wollen wir als Koalition, dass das Budget aus dem Stadtteil über die Controllingausschüsse auch in dem Stadtteil und im Quartier eingesetzt wird. Ein eigenes Budget für stadtteilübergreifende Freizeiteinrichtungen entlastet die Stadtteilbudgets und bietet Möglichkeiten für neue Angebote.

Aber auch die Fragen der Finanzierung und Aufgabenstellung zu den Freizeitangeboten für Kinder bis zum zwölften Lebensjahr müssen schnellstmöglich geklärt werden. Hier machen bereits viele Träger von Einrichtungen in den Quartieren die Erfahrung, dass jüngere Geschwister von Jugendlichen mitgebracht werden, weil sie auf sie aufpassen müssen. Es ist wichtig, dass wir für die jüngeren Altersgruppen eigene Angebote bereitstellen, damit auch diese gut betreut sind.

Um aber genau zu definieren, was die Haushaltsmittel für stadtzentrale und stadtübergreifende Angebote in der Umsetzung bedeuten, müssen wir im Detail noch einige Fragen und Kriterien klären. Deshalb soll die Bürgerschaft beschließen, dass der Senat beauftragt wird sicherzustellen, dass der Jugendhilfeausschuss kurzfristig eine Unterarbeitsgruppe gründet, um die Kriterien zu entwickeln, nach denen die Zukunft und Zuordnung der stadtteilübergreifenden Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit erfolgen sollen.

Außerdem fordern wir den Senat auf, erstens darzustellen, wie eine Benachteiligung einiger Stadtteile durch die Separierung der stadtteilübergreifenden Angebote vermieden werden kann, zweitens eine einheitliche Förderrichtlinie vorzulegen,

die eine Erweiterung der Kernzielgruppe auf Kinder unter zwölf Jahren vorsieht, damit auch für diese Altersgruppe Angebote gesichert werden können, und dass dem Jugendhilfeausschuss und der Deputation für Soziales, Jugend und Integration drittens bis Ende 2020 ein Ergebnis vorgelegt wird.

(Zuruf Abgeordnete Ahrens [CDU] – Abgeordnete Görgü-Philipp [Bündnis 90/Die Grünen]: Bis Februar 2020!)

Ja, bis Ende Februar 2020, genau, vielen Dank für die Korrektur! Wenn das vorliegt, dann werden wir in großer Runde weiterdiskutieren, und darüber werde ich mich schon sehr freuen. Stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ahrens.

Abgeordnete Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Rahmenkonzept hat im Jahr 2014 eine inhaltliche Neuaufstellung der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit ganz hohen fachlich definierten Qualitätsstandards auf den Weg gebracht. Allen Akteuren, auch in der Politik, war klar, dass diese inhaltlichen Anforderungen mit der finanziellen Ausstattung in keiner Form machbar sind. Tarifierhöhungen werden nicht mehr durch die Stadt finanziert, Öffnungszeiten müssen immer wieder verringert werden, weil das Geld nicht ausreicht.

Die Regierungsparteien sprachen in der Debatte zu einer Großen Anfrage – auf Antrag der LINKEN haben wir dazu am 7. Mai das letzte Mal debattiert – von notwendiger Selbstaubeutung der Mitarbeitenden, um den Betrieb absichern zu können. Das haben übrigens alle Fraktionen gemacht, ich kann Ihnen die Seitenzahlen nennen. Für uns als CDU-Fraktion steht daher fest, dass die offene Kinder- und Jugendarbeit mehr Geld braucht.

(Beifall CDU)

Die Frage ist jetzt nur, wie man das genau umsetzt. Kritisch ist in diesem Zusammenhang zu sehen, dass die Senatorin für Soziales nach Informationen der Träger nur circa 3,5 Prozent mehr für die jetzt anstehenden Haushaltsberatungen angemeldet hat. Das sind bei 9,1 Millionen Euro, die wir im Jahr 2008 (Anm. Protokolldienst: Ist vielleicht 2018 gemeint?) hatten, gerade einmal 320 000 Euro. Das

bringt kein Fleisch ans Gerippe, meine Damen und Herren, das muss man ganz deutlich so sagen, das ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein!

(Beifall CDU)

Wenn man dann auch noch weiß, dass die LAG uns im Jugendhilfeausschuss beim letzten Mal geschrieben hat, dass nicht einmal die einprozentige Steigerung, die wir in den letzten Jahren für diesen Bereich bekommen haben, ausreichte, um tatsächlich die Tarifsteigerungen, die in den letzten Jahren waren, absichern zu können, dann weiß man, dass die Kolleginnen und Kollegen hier entweder lange Zeit auf Tariferhöhungen verzichtet haben, Öffnungszeiten reduziert werden mussten oder aber auch Personal- und Sachausstattung insgesamt reduziert werden mussten, um dies ausgleichen zu können, meine Damen und Herren, und das ist die Situation, vor der wir jetzt gerade aktuell stehen.

Dieser Antrag nimmt nun einen anderen Teilaspekt auf und will auch ein bisschen den Haushaltsberatungen vorgreifen. Um es vorwegzunehmen: Ja, auch die CDU-Fraktion ist für stadtzentrale Angebote, und wir waren damals die einzige Fraktion, die im Jugendhilfeausschuss die Herausnahme der unter Zwölfjährigen aus der Förderung kritisiert hatte, wie man ja auch in den entsprechenden Protokollen nachlesen kann. Das eint uns mit den anderen Fraktionen, und deswegen stimmen wir dem Antrag inhaltlich und hier an dieser Stelle letztlich auch zu.

Wir sind jedoch bewusst, lieber Herr Dr. Buhlert, nicht beigetreten, weil alle bestehenden, gut angenommenen Angebote, wohin viele Kinder und Jugendliche gehen, in jedem Stadtteil mehr Geld brauchen und die Selbstausbeutung der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an allen Standorten beendet werden muss.

(Beifall CDU)

Wie das bitte schön mit einer nur 3,5-prozentigen Erhöhung als Anmeldung für die Haushaltsberatungen genau gehen soll, ist uns an dieser Stelle völlig unklar. Wir befürchten daher, dass es doch zu Benachteiligungen für einzelne Stadtteile kommen wird, und das werden wieder die Stadtteile sein, die von besonderen Herausforderungen geprägt sind, deren Bewältigung Sie sich doch eigentlich auf die Fahnen geschrieben haben.

Deswegen sagen wir an dieser Stelle: Ja, ganz einfach, bedingt dadurch, dass die Koalition ihre vier Seiten zur offenen Kinder- und Jugendarbeit im Koalitionsvertrag komplett unter Finanzierungsvorbehalt gestellt hat, müssen wir sehr genau hinschauen, was denn jetzt tatsächlich bei den entsprechenden Haushaltsberatungen herauskommt. Das ist Ihre Nagelprobe, meine Damen und Herren. Der zukünftige Haushalt kracht ja schon jetzt an allen Ecken und Enden, GeNo, Flughafen, Justizvollzugsanstalt, Sportturm, BSAG mit 400 Millionen Euro für neue Bahnen und vieles mehr, was dort auf Sie einstürzt. Das wird also ein harter Verteilungskampf werden. Daher sind wir auf die Ergebnisse in der Deputation im Februar gespannt, um zu sehen, was denn nun tatsächlich hier insgesamt herauskommen soll.

Für uns als CDU-Fraktion ist aber klar, und das sage ich an dieser Stelle auch noch einmal ganz deutlich: Von den 9,1 Millionen Euro ist jetzt ein bestimmter Anteil auch das, was für die stadtzentralen Angebote ausgegeben wird, die wir noch nicht genau definieren können, weil wir die Kriterien noch nicht haben. Es kann nicht sein, dass die 9,1 Millionen Euro plus 320 000 Euro am Schluss dabei herauskommen und nur die stadtzentralen Angebote nachher diejenigen sind, die in irgendeiner Form profitieren, und der Rest bekommt vielleicht, wenn er Glück hat, die einprozentige Erhöhung. Das, meine Damen und Herren, wäre ein Offenbarungseid für die offene Kinder- und Jugendarbeit.

Dann müssen Sie eine weitere Frage beantworten: Sie haben die qualitativen Anforderungen so hoch gesetzt, das Geld haben sie seit dem Jahr 2014 so niedrig gelassen. Wenn Sie es dauerhaft so niedrig lassen, dann müssen Sie sagen, was in der Kinder- und Jugendarbeit nicht mehr erfolgen soll, damit beides in Einklang kommt und letztlich die Kolleginnen und Kollegen vor Ort dann vernünftige Arbeit verrichten können. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abgeordneter Tuncel (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Frau Ahrens, ich finde es erst einmal ganz gut, dass Sie diesem Antrag zustimmen, und ich hätte mich in der Vergangenheit, in den vergangenen Haushaltsberatungen, wirklich darüber gefreut, wenn die CDU öfter Anträge gestellt hätte,

um deutlich zu machen, wie viel Geld in diesem Bereich fehlt. Das haben Sie im Gegensatz zu den anderen Oppositionsparteien nie gemacht! Deshalb aus meiner Sicht: Machen Sie sich darüber keine Sorgen! Es sind drei Koalitionspartner, die, wie Sie gesagt haben, vier Seiten in den Koalitionsvertrag geschrieben haben und diesen Bereich sehr, sehr wichtig finden. Aus diesem Grund haben wir auch diesen Antrag gestellt, damit beispielsweise die stadtzentralen Mittel jetzt endlich benannt werden und wir wissen, was für eine Summe zur Verfügung gestellt wird.

Natürlich ist unser Plan, dass wir in allen Stadtteilen schauen, dass in diesem Bereich die Menschen, die seit Jahrzehnten wirklich hervorragende Arbeit leisten, vor allem die Pädagoginnen und Pädagogen, auch vernünftig ausgestattet werden. Das wird die Koalition, denke ich, ganz gut hinbekommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordnete Ahrens [CDU]: Wir werden Sie daran messen!)

Wenn es nicht so wichtig wäre, hätten wir es nicht so in den Koalitionsvertrag geschrieben.

Ich habe mit meinen Koalitionspartnern auch lange darüber gestritten, was für einen Antrag wir jetzt heute hier vorlegen. Ich denke, der Antrag ist sehr gut. Es ist wirklich sehr wichtig, dass wir das Rahmenkonzept – Sie haben es auch gesagt – 2014 mit allen Beteiligten erarbeitet haben, vor allem auch mit den Menschen, die dann tagtäglich in den Stadtteilen unterwegs sind, die mit den Jugendlichen und mit den Kindern arbeiten. Es ist inhaltlich hervorragend, es war in der Vergangenheit finanziell nicht gut ausgestattet, und deshalb gehen Sie davon aus, dass wir auch als DIE LINKE mit dafür sorgen werden, dass das nach den Haushaltsberatungen besser aussehen wird. Das ist für uns ganz, ganz wichtig, das möchte ich auch meinen Koalitionspartnern hier deutlich machen, aber die wissen das ja schon, das haben wir auch in den Koalitionsverhandlungen, glaube ich, ganz gut miteinander geklärt.

Was ich noch sehr, sehr wichtig finde, sind die Menschen, die in den Stadtteilen hervorragende Arbeit leisten. Frau Görgü-Philipp hat es gesagt, meine Kollegin Frau Krümpfer hat es gesagt, ich möchte es auch noch einmal sagen, dass da hervorragende Arbeit für die Kinder und Jugendlichen geleistet wird. Vor allem in den Stadtteilen, über die Sie sich Sorgen machen, Frau Ahrens, haben

wir ein besonderes Augenmerk darauf. Man kann ihre Arbeit gar nicht hoch genug loben, und sie haben es verdient, dass sie nach den Haushaltsberatungen auch vernünftig und gut ausgestattet werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Da meine beiden Kolleginnen von den Koalitionsparteien eigentlich alles gesagt haben, freue ich mich, dass alle demokratischen Parteien diesen Antrag unterstützen, und ich freue mich auch schon auf die Arbeit mit den Profis im Jugendhilfeausschuss. Ich denke, am Ende werden alle Jugendeinrichtungen und in diesem Bereich auch alle Kinder unter zwölf Jahren davon profitieren. Wie gesagt, dieser Bereich ist aus meiner Sicht in den letzten Jahren viel zu kurz gekommen. Es muss sich etwas ändern, und es wird sich dank Rot-Grün-Rot etwas ändern. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe viele Worte von der Koalition gehört, aber auch von der Union. Herr Tuncel, am Ende werden es nicht die Worte sein, woran wir Sie messen, sondern Ihre Taten. Der Haushalt, die Aufstellung des Haushalts wird der Lackmestest dafür sein, ob das, was Sie hier als Koalition glauben machen, am Ende auch eintritt.

Ich glaube, wir sind alle dafür, die Jugendarbeit, die offene Jugendarbeit besser aufstellen zu wollen, weil wir in den vergangenen Jahren gesehen haben, wo die Defizite sind. Tun wir aber doch nicht so, als ob alles gut sei! Überlegen wir Kriterien, messen wir auch die bestehenden Angebote an den Kriterien, evaluieren wir die Arbeit und schauen, was gut ist, wovon wir mehr haben wollen und vielleicht auch, wovon wir weniger haben wollen! Wir müssen bei allem schauen, was wir an Geld dazugeben wollen, ob wir es effektiv einsetzen und wo wir es effektiv einsetzen. Ich hoffe als Freier Demokrat mit der Koalition und mit der Union, dass das Geld am Ende für eine bessere Jugendarbeit reicht, die wir uns in dieser Stadt wünschen und die wir brauchen.

(Beifall FDP)

In der Tat – Frau Ahrens hat es „Gerippe“ genannt – haben wir dort schon nur noch wenig, was an Mitteln eingesetzt werden kann, und nur noch ein rudimentäres Angebot. Wir wollen ein breiteres Angebot für Jugendliche, damit sie eben mehr Auswahl haben, wie und womit sie sich in ihrer Freizeit beschäftigen können. Ein ganz wichtiges Anliegen dabei ist, dass das Angebot auch für unter Zwölfjährige erweitert wird, damit diese eben auch Angebote finden, die sie ansprechen, und damit es nicht nur etwas für Ältere ist. Da das häufig vor der Pubertät ist, müssen es auch entsprechend andere Angebote sein.

Wir haben heute einige überregionale Angebote, aber manches Angebot braucht auch die Chance, sich noch zum überregionalen Angebot entwickeln zu können. Das heißt, wir dürfen hier auch nicht die Kriterien und die Angebote auf das festschreiben, was wir haben, sondern wir müssen einen Prozess zulassen. So wie die Jugendlichen, die in den Einrichtungen sind, sich ganz einfach immer wieder erneuern, weil sie älter werden und aus den Einrichtungen herauswachsen, so müssen wir auch hier offen sein, dass Einrichtungen sich verändern und die Angebotsstruktur sich verändert.

Als Letztes, was uns noch wichtig ist: Wir brauchen alle Angebote orts- und stadtteilübergreifend, denn viele Angebote werden bewusst in anderen angrenzenden Stadtteilen besucht, weil man sie spannender findet, weil man vielleicht auch bewusst ein Angebot außerhalb seines Stadtteils sucht. Deswegen muss es eben immer stadtteiloffene, stadtteilübergreifende Angebote geben, damit Jugendliche nicht in ihren Stadtteilen verhaftet bleiben, sondern so, wie wir Weltoffenheit von ihnen wollen, eben auch Stadtteiloffenheit stattfindet.

Ich fasse zusammen: Wir Freien Demokraten unterstützen das Ansinnen der Koalition aus vollem Herzen, aber wir warten darauf, das es dann auch den Lackmустest besteht, und werden uns entsprechend in die Diskussion einbringen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für den vorliegenden Antrag, den wir als Rückenwind für die Stärkung der offenen Kinder- und Jugendarbeit begreifen! Sie ist wirklich wichtig.

Wir haben ja in Bremen seit den ersten PISA-Ergebnissen im Bereich Bildung eine sehr große Entwicklung von Ganztagschulen gehabt, da sind Jugendarbeit und Schulen mit den Sportvereinen enger zusammengerückt, aber darüber hinaus haben wir in Bremen auch eine große Anzahl von Jugendinitiativen und Jugendbildungsträgern, von Initiativen in den Stadtteilen, die über die ganze Stadt verteilt sind und, wenn keine Schule stattfindet, gute Angebote für Kinder und Jugendliche vorhalten. Die Angebote sind, wie Herr Dr. Buhler eben gesagt hat, sehr unterschiedlich, und sie müssen auch unterschiedlich sein, weil Kinder und Jugendliche nicht gleich sind, sondern unterschiedliche Interessen haben. Deswegen brauchen wir die Vielfalt auch in der Fläche, und das drücken die Angebote in Bremen auch aus.

Wir sind seit der Neuaufstellung des Konzeptes für offene Jugendarbeit auch Schritte gegangen, um zu einer Mehrausstattung mit Mitteln zu kommen. Ich will noch einmal deutlich sagen, in einem Haushaltsnotlageland Bremen ist es gelungen, die Mittel für die Jugendarbeit aufzustocken. Klar wäre ich in Jubelschreie ausgebrochen, wenn ich meinen Etat in den letzten Jahren hätte verdoppeln können, aber wir haben seit 2014 eine achtzehnprozentige Steigerung hinbekommen. Der Etat ist noch einmal um rund 1,2 Millionen Euro angehoben worden. Sicher ist aber, wir haben immer wieder die Diskussionen in den Stadtteilen, dass mehr Wünsche angemeldet werden, als wir befriedigen können.

Als Frau Ahrens und ich noch junge Frauen waren,

(Heiterkeit)

Mitte 20 war ich, und Frau Ahrens war noch jünger – manch einer kann sich das hier vielleicht gar nicht mehr vorstellen, Frau Ahrens! –, wir waren also auch einmal deutlich –.

(Heiterkeit)

Als ich anfang in der Jugendarbeit – ich bin nach meinem Studium mit 23 Jahren nach Bremen gekommen, habe bei einem Jugendhilfeträger angefangen und bin Mitglied im Jugendhilfeausschuss geworden –, da haben wir noch im Jugendhilfeausschuss über Listen beraten und im Tivolihochhaus in der 15. Etage entschieden, wohin die Gelder fließen. Auch damals hatten wir genau die Debatte, dass es mehr Anmeldungen gab, als wir Mittel hatten. Also, insoweit hat sich die Debatte nicht verändert.

Wir haben uns dann aber mit den Beiräten, mit dem Amt für Soziale Dienste und mit den Akteuren in den Stadtteilen, den Jugendhilfeträgern und freien Trägern, darüber verständigt, dass wir mit einem Verteilungsschlüssel nach sozialen Kriterien die vorhandenen Mittel komplett über die Stadt verteilen. Wir haben dann auch, obwohl wir eine Festlegung hatten, dass einige Stadtteile Gelder abgeben und andere mehr bekommen sollten, dafür gesorgt, dass zwar Stadtteile mehr Geld bekommen, aber anderen das Geld nicht weggenommen wird. Das will ich noch einmal deutlich sagen, denn das war in einer Haushaltsnotlage schwierig.

Die Herausforderungen im Haushalt – Frau Ahrens hat die Herausforderungen treffend aufgezählt – sind immens. Das wäre auch bei einer CDU- oder irgendwie andersfarbigen Regierung nicht anders, und wir werden schwierige Haushaltsberatungen haben. Das wird nicht leicht werden.

Ich bin froh, heute gehört zu haben, dass der Bereich Kinder und Jugendliche hier im Haus hoch gerankt wird und ein solcher Antrag vorliegt, in dem verschiedene Wünsche und Ziele formuliert sind, dass wir uns mit einer Arbeitsgruppe noch einmal über den zentralen Topf beugen und über eine Erweiterung der Zielgruppe sprechen. Das sind aus meiner Sicht als Sozialsenatorin und als Jugendsenatorin ganz, ganz wichtige Ziele, und Herr Tuncel hat hier wie Frau Görgü-Philipp und die Kollegin von der SPD sehr gut vorgetragen, was wir uns alles vorgenommen haben.

Wir sind entschlossen, mehr für Kinder und Jugendliche zu tun. Ob wir es im Februar, Ende Februar vorlegen können? Mein Haus hat mir skeptische Worte mitgegeben. Wir setzen uns mit Feuer-eifer an diese Aufgabe, aber in den Beteiligungsprozessen sind wir auch auf andere Akteure in den Stadtteilen angewiesen. Deshalb muss man im Jugendhilfeausschuss noch einmal realistisch über den Zeitrahmen sprechen, aber dass es flankierend zu den Haushaltsberatungen laufen wird, werden wir sicherstellen.

Vielen Dank für den Antrag! Lassen Sie uns gemeinsam daraus etwas machen! – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der FDP mit der Drucksachen-Nummer [20/60 S](#), Neufassung der Drucksache [20/52 S](#), seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Ein neues Zentrum für einen alten Stadtteil – Hemelings städtebauliche Entwicklung absichern
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. November 2019
(Neufassung der Drucksache [20/77 S](#) vom 12. November 2019)
(Drucksache [20/84 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wagner.

Abgeordneter Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Neugestaltung der ehemals von den Firmen Könecke und Coca-Cola genutzten Flächen liegt nach unserer Überzeugung eine historische Chance für Hemelings. Die SPD und mit ihr diese Koalition sind gewillt, diese Chance zu nutzen.

Lassen Sie mich kurz erklären, warum wir hier das Wort „historisch“ aus unserer Sicht mit gutem Recht verwenden! Hemelings gestern war ein Industrieort, der vor den Toren der Stadt Bremen entstanden ist, außerhalb der Stadtmauern damals. Es ist ein Phänomen, das damals in Bremen durchaus üblich gewesen ist, dass sich die Industrie gerade außerhalb der Stadtgrenzen angesiedelt hat. In einer Lesung der Bremer Shakespeare Company ist die Überzeugung der damals in Bremen herrschen-

den Eliten einmal mit den wunderbaren Worten zusammengefasst worden, Industrie bringe, und jetzt kommt das Zitat: „erstens Dreck und zweitens Sozialdemokraten“. Das kann man jetzt beurteilen, wie man möchte. Wir sagen für unseren Teil jedenfalls mit Stolz, da hatten sie recht!

(Beifall SPD)

Die Industrie, Hemelingen und die Sozialdemokraten gehören alle drei inzwischen zu Bremen, so kann es im Leben kommen.

Die Quintessenz ist, der Städtebau in Hemelingen wurde ohne Rücksicht auf Hemelings Rolle als Teil von Bremen realisiert. Das genau bringt uns nämlich zu Hemelingen heute, zu Bremens zweitgrößtem Stadtteil, dem wirtschaftlichen Kraftprotz Bremens, aber eben einem Stadtteil, dem ein städtebaulich attraktives Stadtteilzentrum fehlt und in dem es mit Ausnahme des Ortsteils Hastedt an attraktiven Wegeverbindungen in die Innenstadt mangelt.

Durch den Umbau des Könecke- und des Coca-Cola-Geländes möchten wir dafür sorgen, dass in Hemelingen morgen ein neues Zentrum für einen alten Stadtteil entsteht, in dem nachbarschaftliches Wohnen, Einkaufen und Mobilitätsangebote ein eng geknüpftes Netz bilden. Wir möchten dafür sorgen, dass neue Wegebeziehungen in die Innenstadt entstehen, Hemelingen davon profitiert, näher an die Innenstadt rückt und ein Stadtteil ist, in dem Wohnen auch dank neuer günstiger Mietwohnungen bezahlbar bleibt. Wir beantragen deswegen heute, dass die Bürgerschaft diese Planungsziele bekräftigt und der Senat zügig den Instrumentenkasten des Baugesetzbuches nutzt und der Bürgerschaft vorlegt, um diese Planung niet- und nagelfest abzusichern. Dazu gehören für uns ein Vorkaufsrecht der Stadt auf die Areale und, soweit erforderlich, Veränderungssperren für das Gelände.

Lassen Sie mich noch kurz sagen, worum es uns dabei geht und worum es uns nicht geht, damit keine Missverständnisse aufkommen: Worum es uns nicht geht, ist, dass wir uns über einen Investor nicht freuen würden. Es muss aber ein Investor sein, der die Ziele, die im öffentlichen Interesse Bremens liegen, teilt.

Worum es uns geht, ist deshalb, an dieser für Hemelingen bedeutsamen Wegscheide auf Nummer sicher zu gehen, den Fuß für die Planungsabsichten

der Stadt in der Tür zu haben und jede Vorsichtsmaßnahme zu ergreifen, die möglich ist. Im besten Fall werden wir sie dann nicht anwenden müssen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, halten wir angesichts einer Chance, die sich städtebaulich so nur einmal alle paar Jahrzehnte ergibt, für angemessen. Ich bitte Sie, lassen Sie uns diese historische Chance für Hemelingen nutzen! – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

Abgeordneter Schäck (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere liebe Fraktionen der SPD, der Grünen und der LINKEN! Sie sprechen in Ihrem Antrag davon, dass Sie den Hemelinger Ortskern wiederbeleben möchten. Sie sprechen davon, dass dort ein neues Zentrum entwickelt werden soll, dass dort etwas entstehen soll, und man liest das und denkt sich: Ja, das klingt eigentlich gut, warum nicht?

Dann liest man weiter und stellt fest, auch in dieser neuen Fassung, die Sie uns jetzt vorgelegt haben, geht es letztendlich nicht nur darum, dass Sie als Politik unterstützen, dass Sie mitdenken und Ideen einbringen, sondern es geht auch darum, dass Sie ein Vorkaufsrecht schaffen möchten. Das heißt in unserer Wahrnehmung, dass Sie dem aktuellen Eigentümer sein Recht nehmen möchten, frei über das Gelände zu verfügen, und dem Eigentümer das Recht nehmen möchten, frei zu entscheiden, was er mit seinem Eigentum macht oder an wen er sein Eigentum veräußert, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für uns ein massiver Eingriff in die Eigentumsrechte!

(Beifall FDP, M.R.F.)

Ich kann an dieser Stelle nur noch einmal meine Argumentation aus der Debatte über das Hachez-Gelände wiederholen, wir hatten diese Diskussion ja schon vor einiger Zeit. Wir als Freie Demokraten lehnen solche Eingriffe nicht per se ab, aber Eigentumsrechte sind für uns ein sehr, sehr hohes Rechtsgut, das wir gerade nicht einfach so leichtfertig dahinschenken. Vorkaufsrechte sind eine Einschränkung der Eigentumsrechte und sollten daher für uns nur in absoluten Ausnahmefällen und als absolute Ultima Ratio angewendet werden, wenn beispielsweise Gefahr droht oder sich herausstellt oder zeigt, dass sich eine Gegend völlig falsch entwickelt. All das ist hier ja überhaupt nicht der Fall.

Wie dem auch sei, der Investor kannte die Deputationsvorlagen. Es sind die Ideen mehrerer Beteiligungsrunden eingeflossen, wie wir jetzt wissen, und laut Medienberichten scheinen die Pläne von Wohninvest ja mittlerweile auch Sie überzeugt zu haben. Es gibt also für uns im Moment überhaupt keinen Grund, solch ein scharfes Mittel anzuwenden und hier ein Vorkaufsrecht einzuräumen.

(Beifall FDP)

Punkt 1, also die Bekräftigung der stadtentwicklungspolitischen Ziele, finden wir gut, das unterstützen wir auch und werden dem auch zustimmen. Punkt 2, die Schaffung eines Vorkaufsrechts, lehnen wir aus den oben genannten Gründen ab, nicht nur aus diesen Gründen, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass das wieder relativ viel Geld kosten wird, also Haushaltsmittel betrifft, die woanders dann fehlen. Deswegen beantragen wir getrennte Abstimmung.

Noch etwas: Ich habe gestern in Vorbereitung auf diese Debatte heute einen Artikel des „Weser-Kurier“ aus dem Juli 2016 gelesen. Er handelte von Coca-Cola, und zwar davon, dass Coca-Cola sein Werk hier schließen würde, von den letzten Arbeitstagen der Kolleginnen und Kollegen von Coca-Cola. Selbst wenn wir jetzt einmal annehmen, dass das Vorkaufsrecht, so wie Sie es vorschlagen, eine gute Sache wäre, dann hatten Sie seitdem über drei Jahre Zeit, in diese Richtung aktiv zu werden, und es ist schlichtweg nichts passiert.

Dass Sie jetzt, da ein Interessent sich als Käufer ankündigt, Hals über Kopf noch schnell einen Dringlichkeitsantrag stellen, um ein Vorkaufsrecht genehmigen zu lassen, sagt meines Erachtens relativ viel über Ihre kopflose Politik aus. Ich kann an dieser Stelle nur festhalten, dass Sie hier auch nach dreieinhalb Jahren wieder einmal zu langsam waren. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schumann.

Abgeordneter Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In meiner aktiven Tätigkeit, die ich ausgeübt habe, bevor ich mich entschloss, in die Politik zu gehen, war ich unter anderem auch für Hemelingen zuständig. Ich habe Hemelingen auch so beobachten können,

dass es da nicht nach vorn ging, sondern eher allmählich drohte, dass dieser Stadtteil abgekoppelt wird, obwohl es ja ein heterogener Stadtteil ist, einerseits mit schönem Wohnen in den Ortsteilen Arbergen und Mahndorf, aber andererseits eben auch mit dem industriellen Bereich im Ortsteil Hemelingen.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Was ist mit Hastedt?)

Ich habe auch Quartiersentwicklungen in meinem Leben gemacht, und ich habe immer festgestellt, wenn das erfolgreich sein soll, dann muss man Beteiligung organisieren, dann muss man die Menschen, die dort wohnen, beteiligen, dann muss man die Ortpolitik beteiligen. Wenn Verwaltung und Politik das tun, dann hat das Erfolg. Was ich bis jetzt gesehen habe, ist ja, dass das in Hemelingen in den letzten Jahren getan worden ist, es liegen also gute Gedanken und Planungen vor.

Wenn jetzt hier die Angst herrscht, wir kämen sozusagen mit Keule der Vorkaufsrechts, dann muss man eben auch verstehen, dass dieses Vorkaufsrecht ja nur eine Möglichkeit ist, ein Instrument, falls jetzt ein Investor, der – das wissen wir ja – mit Bremen nicht viel zu tun hat, in diese Stadt kommt und beabsichtigt, mit diesem Areal etwas völlig anderes zu machen, als wir es uns vorstellen und als es sich die Menschen vor Ort vorgestellt haben. Das ist die einzige Variante. Man muss nicht unbedingt den Eindruck haben, da gebe ich Ihnen recht, ich habe ja auch darüber gelesen, und ich habe den Investor auch gehört. Er macht eher den Eindruck, dass er so klug ist, dass er das, was die Menschen vor Ort schon erarbeitet haben, ein Stück weit in seine Planung hineinnimmt. Wenn es so ist, dann ist es ja gut, dann kann er es machen, dann wollen wir auch kein Vorkaufsrecht, dann geben wir auch kein Geld aus, dann funktioniert das eben einmal. Wenn er das aber nicht täte, sollte sich diese Stadt die Möglichkeit geben, dann im Sinne dieses Ortsteils Einfluss zu nehmen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP])

Das halte ich für eine vernünftige Sache.

Wir haben jetzt die Chance, Hemelingen noch einmal wieder Leben einzuhauchen. Diese Chance sollten wir nutzen, und deswegen unterstütze ich den Antrag in allen Teilen sehr. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking.

Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn ich richtig informiert bin, dann geht es um zwei Grundstücke, ehemals Coca-Cola und Könecke, also ehemals Könecke-Wurst.

Wohninvest hat nach meiner Kenntnis das Grundstück von Coca-Cola bereits gekauft. Hier wirkt die jetzt hier beantragte Vorkaufsrechtssatzung nicht, es sei denn, es wird weiterverkauft. Wohninvest hat das Grundstück bereits und ist Partner der Stadt. Es wirkt allerdings dann, wenn die jetzigen Eigentümer aus der Dynastie Tönnies die Absicht haben sollten, nicht in den Städtebau einzusteigen und sich nicht mit der Stadt über die Rahmenbedingungen zu einigen.

Es ist ja auch bekannt, es gibt einen Streitfall, da geht es um Einzelhandel, wie groß er sein soll. Das ginge dann auf Kosten des schon vorhandenen Zentrums. Diese Streitfälle müssen schlicht entschieden werden. Gelingt das, dann kommt das Vorkaufsrecht nicht zum Tragen, gelingt das nicht, dann würde es für den Fall, dass weiterverkauft wird, zum Tragen kommen. Da muss man sich klar werden, dass das nur eine ganz präzise, ganz spezifische Wirkung entfalten kann, weil eben, wie die FDP richtig bemerkt, das Eigentum in Deutschland hochrangig geschützt ist, und das ist auch gut so. Die Stadt könnte das Verkaufsrecht nur ausüben – vorausgesetzt, sie hätte das Geld –, wenn klar wäre, dass der Eigentümer etwas anderes mit den Grundstücken vorhat, als die Stadt verabredet hat, und zwar schon seit Langem verabredet hat. Der Maßstab ist der Planaufstellungsbeschluss. Das muss man also, glaube ich, noch einmal richtigstellen.

Ich finde allerdings noch einen anderen Punkt ziemlich bedeutsam. Herr Wagner hatte auf die Geschichte von Hemelingen Bezug genommen und noch einmal gesagt, da ist das industrielle Herz der Stadt, da wird der Reichtum der Stadt produziert, da wird gearbeitet, da werden riesige Gütermengen bewegt, da fahren die Lkws durch die Straßen, da fallen morgens die Pendler ein, und abends rauschen sie wieder hinaus.

Der Stadtteil ist geprägt von dieser Arbeit, und diese Arbeit ist für ganz Bremen etwas ungeheuer Bedeutsames. Dass die Leute, die jetzt in Hemelingen wohnen, dafür auch einen Preis bezahlen, dass sie ertragen müssen, dass der Stadtteil durch die

großen Gewerbegrundstücke und die großen Straßen zerrissen ist, nicht nur durch die städtebauliche Geschichte, sondern auch durch die aktuelle Situation, das muss man doch wahrnehmen. Man ahnt schon, dass die enorme Niederlage, die die Koalition bei der Auseinandersetzung um die Rennbahn erlitten hat, an dieser Stelle eine ihrer Ursachen findet.

Die Hemelinger haben einen Anspruch darauf, dass sie bei all dem, was ihr Stadtteil für die Stadt leistet, Unterstützung finden und nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden, sondern die Aufmerksamkeit aller Leute bekommen, die politisch wohlmeinend sind, und dass wir eine ordentliche Stadtentwicklung betreiben, wo immer sich eine solche Chance bietet. Wir sorgen nun dafür, dass hier die städtischen Einflussmöglichkeiten gesichert bleiben. Ich glaube, das ist vernünftig. Finden wir private Partner, mit denen wir die städtebaulichen Ziele erreichen können, ist das super, wenn nicht, dann müssen wir schauen, wie der Konflikt gelöst wird. Ein Instrument ist hier bezeichnet. Da, glaube ich, liegen wir ganz richtig.

Zum Hinweis von Herrn Schäck, Vorkaufssatzungen sind eine Ultima Ratio: Ja, wenn man sie ausübt! Wenn man sie ausübt, dann sind sie Ultima Ratio, dann sind sie ein Eingriff in private Rechte, und ob wir sie ausüben müssen, ist noch völlig offen. Zunächst einmal ermächtigen wir uns nur, dass wir es können. – Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Redner hat das Wort die Abgeordnete Neumeyer.

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Entwicklung der ehemaligen Gelände von Könecke und Coca-Cola ist kein ganz neues Thema. So bin ich bei meinen Recherchen für die heutige Debatte auf einen Artikel aus dem Jahre 2011 gestoßen –

(Zuruf Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen] – Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Herr Bücking, Sie können sich ja gleich noch einmal melden! –, in dem mein Kollege Claas Rohmeyer für die CDU-Fraktion schon damals gefordert hat, dass man sich Gedanken zu den Flächen machen muss, um sie einer städtebaulichen Entwicklung zuzuführen. Herr Kollege Wagner, das ist schon lange her. Er sprach damals schon von der

Chance, durch Wohnungsbau und Kleingewerbe Hemelingen wieder zu einem lebenswerten funktionalen Stadtteil zu entwickeln.

Auch die Bürger und der Beirat haben sich schon lange mit der Entwicklung Hemelingens beschäftigt. Es sind also keine ganz neuen Ideen, die jetzt von den Regierungsparteien kommen. Dennoch ist es richtig, damit endlich, nach acht Jahren, in denen von Ihrer Seite allerdings nicht so viel kam, etwas passiert und die Brachflächen nicht weiter verkommen.

Im März dieses Jahres haben wir uns ja durch den Planaufstellungsbeschluss auf die Entwicklung geeinigt. Die jetzige Idee, sich hier durch ein Vorkaufsortsgesetz wie bei dem Hachez-Gelände mehr Einfluss auf die Entwicklung in Hemelingen zu sichern, ist scheinbar das neue Allheilmittel der Koalition, ein Heilmittel, das – und ich habe mich gefreut, vom Kollegen Bücking zu lesen, dass er es auch so sieht – auch finanzierbar sein muss.

Das Schwert, das Sie jetzt allerdings hier ziehen, ist im Moment ein stumpfes Schwert, denn es gibt für die beiden Gelände Investoren. Was man heute in der Zeitung von dem Investor für das Coca-Cola-Gelände lesen konnte, hört sich auch gar nicht so schlecht an, und man sollte schauen, dass man gemeinsam mit dem Investor das Beste für Hemelingens Ortskern entwickelt.

(Beifall CDU, FDP)

Wir sind uns hier alle einig, dass der Ortskern in Hemelingen neu entwickelt werden muss. Wir sind uns auch einig, dass wir dringend neuen Wohnraum in der Stadt brauchen. Wir sind uns auch einig, dass es nach all den verstrichenen Jahren für Hemelingen Zeit wird.

Ich hatte ja eben schon erwähnt, es ist im Moment ein stumpfes Schwert, das wissen die Antragsteller auch, denn wir haben zurzeit Investoren. Meiner Meinung und der Meinung der CDU nach muss es jetzt zügig daran gehen, dass wir einen Bebauungsplan aufstellen, in dem wir die Vorstellungen und Forderungen für eine gute Stadtentwicklung in Hemelingen deutlich formulieren. Wir müssen schauen, was die Zukunft bringt und ob und wie die Entwicklung mit den Investoren im Sinne von Bremen funktioniert. Unter diesem Gesichtspunkt wird die CDU – wie schon gesagt, im Moment ist es für uns eigentlich nur eine zusätzliche Absicherung – Ihren Weg trotzdem mitgehen und dem heutigen Antrag zustimmen, aber noch einmal eine Bitte:

Versuchen Sie erst den Weg, die Investoren mit an die Seite zu nehmen, und schaffen Sie die zügigen Voraussetzung durch einen guten Bebauungsplan für Hemelingen! – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wagner.

Abgeordneter Wagner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum Schluss als Reaktion auf die Debatte nur drei Punkte erwähnen. Das Erste betrifft ein geläufiges Missverständnis in der aktuellen Berichterstattung, und ich danke dem Kollegen Bücking, dass er das eben schon angerissen hat, ich möchte es noch einmal deutlich sagen: Die ganze Frage im Hinblick auf Wohninvest bezieht sich auf das Coca-Cola-Areal, und das ist der kleinere Teil des Gesamtgeländes. Das ist, glaube ich, zum Verständnis des Gesamtzusammenhangs an dieser Stelle nicht ganz unerheblich.

Zweitens: Dass es, wie wir nun zwischenzeitlich wissen, die Firma Wohninvest ist, die das Areal gekauft hat, kann für Hemelingen durchaus eine sehr gute Nachricht sein, denn dabei handelt es sich um eine Firma, die gerade Millionen Euro dafür ausgegeben hat, ihren Namen an das Weserstadion zu bekommen. Ich kann mir schwerlich vorstellen, dass diese Firma ein Interesse daran hat, als Nächstes mit ihrem ersten Bauprojekt in Bremen, durch das sie in den norddeutschen Raum expandieren will, mit schlechter Presse aufzufallen, sondern ich gehe stark davon aus, dass das große Interesse besteht, mit guter Presse aufzufallen. Insofern kann sich das für Hemelingen zu einer sehr positiven Nachricht entwickeln, aber Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Das ist der Kernpunkt der Debatte. Wenn wir hier die Gelegenheit haben, dieses Areal, das sich im Moment zwischen Hemelingen und der Innenstadt wie ein Riegel legt, aufzubrechen und städtebaulich sinnvoller und attraktiver für Hemelingen zu nutzen, dann will, glaube ich, niemand von uns am Ende sagen, dass wir nicht alles unternommen haben, um diese Planung auch abzusichern, sondern wir sind im schlechtesten aller Fälle, von dem wir nicht hoffen, dass er eintritt, böse überrascht worden. Ich glaube, das möchte niemand von uns, und ich persönlich möchte auch nicht sagen, dass wir vor einer Einschränkung des Eigentumsrechts –

wenn Sie mir das erlauben: Vor einer sehr, sehr zarten Einschränkung des Eigentumsrechts! – zurückgeschreckt wären. Das Eigentumsrecht ist in Deutschland eine wichtige Sache, das ist keine Frage, aber im Grundgesetz steht auch, es muss zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Das stellen wir an dieser Stelle sicher. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

Abgeordneter Schäck (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde die zweite Runde jetzt auch ein bisschen kürzer machen. Herr Bücking, Sie sagten eben, dass es ja nur eine Option für den Fall sei, dass man diese Option ziehen kann. Genau dieses Argument hatte ich vorher schon in meiner Rede, ich hatte es dann vorhin wieder gestrichen, worüber ich mich jetzt ein bisschen ärgere.

Ich muss Ihnen aber auch sagen, so gut kenne ich Sie mittlerweile, mein Eindruck ist: Wenn Sie die Chance haben, ein Vorkaufsrecht wahrzunehmen und Flächen in die öffentliche Hand zurückzuführen, dann werden Sie das auch machen. Es ist aus unserer Sicht nicht nur nicht finanzierbar, sondern am Ende geht es ja auch darum, wie wir mit zukünftigen Investoren zusammenarbeiten, und mir missfällt einfach, dass hier mit der Drohung, die Option für ein Vorkaufsrecht zu ziehen und damit auch die Eigentumsrechte des aktuellen Eigentümers zu beschneiden, Politik gemacht und Einfluss genommen wird. Selbst wenn Sie diese Option nicht ziehen, es ist für mich ehrlich gesagt kein vernünftiger Umgang miteinander, auch für die zukünftige Zusammenarbeit mit Investoren, die hier investieren wollen, Stadtentwicklung immer stärker durch diese Enteignungsdrohungen mitzugestalten. Deswegen werden wir, wie gesagt, an dieser Stelle zumindest Punkt 2 ablehnen und dagegen stimmen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vielleicht mit der Bemerkung starten, weil wir vorhin ja auch die Debatte zu der Gewerbeflächenentwicklung hatten:

Es ist erst einmal immer bedauerlich, wenn Unternehmen Bremen verlassen, ob es jetzt Kellogg's ist, ob es Coca-Cola oder Könecke ist, es sind Gewerbeflächen, die dadurch frei werden, es ist aber auch immer erst einmal damit verbunden, dass Arbeitsplätze in Bremen wegfallen. Gleichwohl – und das sieht man genau an diesen drei Beispielen – kann es eben auch eine echte Chance für den Stadtteil sein, es gibt dann auch ein großes Potenzial für eine Neugestaltung. Es sind trotzdem sensible Standorte, weil die Menschen in Bremen mit diesen Standorten eben auch etwas verbinden. Sie identifizieren sich mit diesem Ort, weil sie oder jemand anders zum Beispiel dort einmal gearbeitet haben. Deswegen, glaube ich, tun wir gut daran, mit solchen sensiblen Standorten auch entsprechend umzugehen.

Jetzt ist schon viel zu den beiden Flächen gesagt worden. Könecke ist 2012 fortgegangen, Coca Cola 2017. Seitdem – und das hat Frau Neumeyer ja auch gesagt – liegen die Betriebsflächen brach. Das kann uns nicht zufriedenstellen. Die Hallen und die Bürogebäude stehen leer, das Verwaltungsgebäude von Könecke wird jetzt gerade temporär von der ZZZ für die Zwischennutzung verwendet.

Man muss, wenn man sich das Gebiet anschaut, auch feststellen, es liegt zwischen zwei Bahnstrecken und ist durch Lärm belastet, also ist eine Neuentwicklung jetzt erst einmal nicht per se ein Selbstläufer, es braucht zum Beispiel auch Anfangsinvestitionen. Es bietet aber – und das ist das, was vorhin von vielen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt wurde – eine Chance, den Kernbereich Hemelings, der durch den Weggang von zahlreichen Gewerbebetrieben und den Verlust von Arbeitsplätzen stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist, durch die richtigen Entwicklungsimpulse auf dem Areal nachhaltig zu stärken. Deswegen, Herr Schäck, finde ich nicht, dass man es dem Investor allein überlassen kann, was er mit der Fläche macht, es sollten vor allem Wohnnutzung sowie Einzelhandel an der Hemelinger Bahnhofstraße sein.

Jetzt kann man sich einmal mit den beiden Großrentnern beschäftigen, die sich nämlich sehr unterschiedlich verhalten. Coca-Cola wollte von Anfang an die Betriebsflächen verkaufen. Wir haben gelernt, es ist jetzt Wohninvest. Wir haben dann gestern zum ersten Mal – ich zumindest! – über „buten un binnen“ mitbekommen, dass ein Vertreter von Wohninvest sich im Beirat Hemelings zu seinen Planungsabsichten geäußert hat. Es wird

Ende November ein erstes Gespräch bei der Senatsbaudirektorin geben. Ich glaube, dass man da schon auf einem guten Weg ist, wobei ich glaube, Herr Wagner – das ist jetzt ein ein bisschen flapsiger Kommentar – nicht jede Firma, die ihren Namen für viel Geld an ein Fußballstadion anbringen lässt, hat gleich ein Qualitätsmerkmal, durch das sie dann irgendwie freigesprochen werden kann.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Spricht aber für eine Identifikation mit Bremen!)

Wir haben trotzdem ein großes Interesse, mit Wohninvest schnell zusammenzukommen und gemeinsam über die Planung für dieses Gelände zu reden.

Dann gibt es die Hanseatic Group, die das Könecke-Areal bisher selbst entwickeln möchte. Sie hat sich bisher auch aufgrund der schwierigeren Rahmenbedingungen darauf konzentriert, einen größeren Einzelhandelskomplex auf ihrem Gelände realisieren zu wollen, und da, Herr Schäck, kommt man dann doch zu dem Schluss, dass es eben nicht dem Investor allein überlassen werden kann. Die Stadtgemeinde hat sich gegenüber dem Eigentümer deutlich positioniert und einen Konkurrenzstandort zur Hemelinger Bahnhofstraße ausgeschlossen. Wir wollen eben keine Konkurrenzsituation, das würde dem Stadtteil nicht guttun. Derzeit ist nicht erkennbar, wie die Mitwirkungsbereitschaft der beiden Großeigentümer aussehen wird, und daher ist es auch sinnvoll, dass die Stadtgemeinde Einfluss auf mögliche Bauvorhaben nimmt, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Jetzt werden wir aufgrund dieser Konkurrenzsituation, was eben Einzelhandel angeht, in der nächsten Deputationssitzung, schon in der November-Sitzung, den Erlass einer Veränderungssperre zur Beschlussfassung vorlegen. Baugenehmigungspflichtige Vorhaben stehen damit unter einem Prüfvorbehalt der Stadtgemeinde und können untersagt werden, wenn sie den Planungszielen entgegenstehen, und das wäre so, wenn man sich zukünftig nur auf Einzelhandel und Gewerbe fokussieren würde. Darüber liegen die Voraussetzungen für den Erlass eines Vorkaufsortgesetzes vor, um die städtebaulichen Ziele und konkreten Planungsabsichten zu sichern, denn durch den dann möglichen kommunalen Grunderwerb wird dies zumindest erleichtert. Das Beispiel wurde ja schon genannt, auch bei Hachez haben wir gesagt, das ist eine so wichtige Fläche, dort wollen wir selbst auch

mitbestimmen, wie wir uns die Zukunft der Fläche vorstellen, und es ist ein gesunder Mix aus Wohnen und Gewerbe, was wir eben auch in Hemelingen anstreben.

Jetzt ist, Herr Schäck, ein Vorkaufsrecht eher ein ganz übliches Instrument. Ich finde gleichwohl, dass es nicht inflationär angewendet werden darf, dass man nicht gleich überall, wo eine Fläche verkauft wird, mit dem Vorkaufsrecht um die Ecke kommt, sondern da, wo eine Stadt für das Gemeinwohl ein ganz konkretes Interesse hat, ist es eben auch gerechtfertigt. Ob man es am Ende wahrnimmt – und darauf ist ja Robert Bücking auch eingegangen –, steht dann in der weiteren Fragestellung, aber erst einmal tun wir gut daran, zumindest die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Es ist möglich, man kann auf den Ankauf verzichten, wenn anzunehmen ist, dass die Flächen auch nach der Veräußerung plankonform entwickelt werden können. Es liegt also im Ermessen der Stadtgemeinde, die Vorkaufsrechte auszuüben oder nicht, und die betreffenden Flächen können daher gegebenenfalls auch – wir haben über diese Situation gesprochen, dass es unterschiedliche Flächen gibt – nur teilweise erworben werden. Im Fall des Coca-Cola-Geländes kann zum Beispiel deswegen kein Vorkaufsrecht mehr ausgeübt werden, auch darauf ist Robert Bücking schon eingegangen.

Fazit: Das Baugesetzbuch stellt für die Sicherung der Bauleitplanung ein Instrumentarium zur Verfügung, von dem hier Gebrauch gemacht werden soll. Mit einer Veränderungssperre in Kombination mit einer Vorkaufsrechtssatzung werden die rechtlichen Voraussetzungen für eine umfassende Absicherung der Planungsziele geschaffen. Aus meiner Sicht ist das sinnvoll und absolut erforderlich, um eben auch Fehlentwicklungen auszuschließen. Darüber hinaus kann durch kommunalen Grunderwerb später benötigter Flächen die Umsetzung der Planung erleichtert werden. Daher wird der Senat ausdrücklich diesen Antrag unterstützen, und mein Ressort wird entsprechend auch die nötigen Schritte einleiten. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Wer der Ziffer 1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 1 zu.

Wer der Ziffer 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 2 zu.

Obdachlosigkeit bekämpfen – Housing First auch in Bremen umsetzen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/78 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Leonidakis.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit ein paar grundsätzlichen Überlegungen beginnen: Die Stärke einer Gesellschaft misst sich vor allem an ihrem Umgang mit ihren schwächsten Mitgliedern. Zu diesen gehören Obdachlose unbestreitbar. Obdachlose sind häufig

Opfer von Gewalt, Übergriffen, sozialer Ausgrenzung und Vertreibung. Sie haben ein stark erhöhtes Gesundheitsrisiko. Insbesondere obdachlose Frauen sind auch einem erhöhten Risiko von sexueller Ausbeutung ausgesetzt.

Die Aufgabe des Staates ist es, Wohnungslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen und abzumildern. Dieser Aufgabe nehmen wir uns im Sinne einer starken und im Sinne einer solidarischen Gesellschaft an. Die rot-grün-rote Koalition ist mit dem Ziel angetreten, die Situation der wohnungslosen Menschen in Bremen noch weiter zu verbessern. Ich freue mich sehr, dass wir heute mit diesem Antrag gemeinsam einen neuen Weg in der Obdachlosenhilfe einschlagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir ergänzen die Angebotspalette in der Obdachlosenhilfe um das Konzept Housing First. Housing First bedeutet, Obdachlose direkt in selbstständiges Wohnen zu vermitteln. Bisher wurden Obdachlose zunächst in nicht selbstständige Wohnformen vermittelt, nämlich in Notunterkünften, betreutes Wohnen oder sogenannte Schlichthotels. Erst wenn sie diese Angebote durchlaufen hatten, gab es für sie die Perspektive, vielleicht in eine eigene Wohnung zu wechseln. Man musste sich also gewissermaßen beweisen und auch hocharbeiten. Die Erfahrung ist, dass das häufig und meistens nicht gelingt. Entweder brechen die Betroffenen ihren Aufenthalt in den nicht selbstständigen Wohnformen ab, oder sie trauen sich selbstständiges Wohnen nicht zu. Das ist der sogenannte Drehtüreffekt, wie er in der Wissenschaft genannt wird. Viele nehmen die vorliegenden Angebote aber auch gar nicht erst an.

Entgegen der romantisierenden Vorstellung, dass sich Obdachlose selbst das Leben auf der Straße erwählt haben, wünschen sich die allermeisten Obdachlosen dringend eine eigene Wohnung. Das hat noch einmal der soziale Stadtrundgang der Inneren Mission am 31. Oktober 2019, dem Reformations-tag, gezeigt, als die Stadt noch einmal aus der Sicht eines Obdachlosen gezeigt wurde. Dabei wurde ganz klar noch einmal bestätigt: Wir wollen wohnen, aber wir wollen ein Wohnen, das unseren Bedarfen entspricht!

Dies geht auch aus den Befragungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungslosenhilfe eindeutig hervor, die überwiegende Mehrheit aller Obdachlosen würde in einen eigenen Wohnraum wechseln, wenn es ein entsprechendes Angebot

gäbe. An diesem Punkt setzt das Konzept Housing First an: Anstelle des bisherigen Stufenkonzepts setzt es auf die unmittelbare Vermittlung von eigenem Wohnraum. Die Effekte davon sind erwiesenermaßen eine erhöhte soziale Integration der Betroffenen, Sicherheit, Stabilität und Planbarkeit des eigenen Lebens sowie das Freiwerden von emotionalen Ressourcen, die eben auch teilweise begrenzt sind, für weitere Bedarfe, zum Beispiel therapeutischer Art, Drogentherapie und so weiter.

Die bisherigen Erfahrungen in anderen Ländern sind ausgesprochen positiv. Anders als in den nicht selbstständigen Wohnformen bleiben die meisten dauerhaft in ihren Wohnungen. Finnland macht das seit 2008 sehr konsequent und hat die Obdachlosigkeit dort seitdem enorm reduziert. Die Obdachlosigkeit ist zwar nicht komplett verschwunden – es wäre auch vermessen, das zu erwarten –, aber sie ist auf einen Bruchteil der früheren Zahlen zurückgegangen. Kommunen wie Amsterdam, Kopenhagen oder Lissabon, die diesen Weg gehen, melden Wohnungserhaltquoten von 80 Prozent. Das ist sehr hoch.

Eine internationale Studie, an der auch Volker Busch-Geertsema mitgewirkt hat, ein Urgestein der Bremer Wohnungslosenhilfe, hat Erfolge von Housing First in Dänemark, England, Frankreich, den Niederlanden, Portugal, Schottland oder Spanien nachgewiesen. In Deutschland stehen wir noch am Anfang, wir sind in den Kinderschuhen, was dieses Konzept angeht. Einzelne Kommunen wie Berlin, Hamburg und Hannover haben angefangen, daran knüpfen wir an, und ich würde sagen, wir begeben uns in gute Gesellschaft der Kommunen in Europa.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dabei muss man natürlich betonen: Housing First heißt nicht Housing Only. Es darf nicht dabei bleiben, dass man eine Wohnung vermittelt, sondern es braucht sozialpädagogische und therapeutische Begleitung. Das drücken wir in unserem Punkt 3 e aus: Der Senat soll ein Konzept vorlegen, das nicht nur den Ankauf von Belegbindungen unter anderem für Housing First vorsieht – 50 Belegbindungen pro Jahr –, sondern es soll auch beziffern, welche therapeutischen, sozialpädagogischen Bedarfe sich daran anschließen, denen genauso begegnet werden muss.

Alle Erfahrungen zeigen aber, dass wegen des hohen Erfolges und der Abkehr von einem Notunterbringungssystem hin zu einem wirklichen System,

das Obdachlosen ein Zuhause bietet, sogar positive Haushaltseffekte einsetzen, weil eben eine größere Stabilität und weniger Sammelunterkünfte als Effekte auszumachen sind. Damit hilft man also nicht nur den Obdachlosen, indem man ihnen Sicherheit und ein Zuhause bietet, sondern am Ende hilft es auch dem Haushaltsgesetzgeber. Ich werde in einer zweiten Runde noch auf weitere positive Aspekte zu sprechen kommen. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Pfeiffer.

Abgeordnete Pfeiffer (SPD): Es funktioniert tatsächlich, das ist ja schön! Man kann es immer beobachten, und man denkt: Wird es funktionieren, wenn ich hier stehe? Jawohl!

Präsident Imhoff: Hier funktioniert alles!

(Heiterkeit, Beifall)

Abgeordnete Pfeiffer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Housing First für obdachlose Menschen, was heißt das genau? Dahinter steckt – Frau Leonidakis hat es schon erörtert – die ganz einfache Idee, obdachlosen Menschen zuerst eine Wohnung, zuerst ein Zuhause zu geben und dann notwendige weitere Hilfen zu organisieren. Keine Frage, dieser Ansatz stellt die bisherige Wohnungslosenhilfe auf den Kopf, dazu später noch einmal mehr.

Warum befassen wir uns damit? Wir befassen uns damit, weil Obdachlosigkeit zu den drängendsten sozialen Problemen gehört, die wir in unseren modernen und sehr reichen Gesellschaften immer noch haben. Die Obdachlosenzahlen steigen bundesweit. Sie steigen auch in Bremen, im Moment sprechen wir von 500 bis 600 Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind.

Ja, der Wohnungsmarkt in Bremen ist nicht ganz so überhitzt wie in manchen Metropolen, zum Beispiel in Berlin oder Hamburg, trotzdem haben wir ein Wohnungsproblem, und zwar besonders für diese Zielgruppe, über die wir heute sprechen, und ja, wir verfügen auch über eine ganze Reihe von Instrumenten, um der Obdachlosigkeit wirkungsvoll zu begegnen. Dennoch leben immer noch zu viele Menschen unfreiwillig auf der Straße.

Lassen Sie mich in einem kleinen Schritt kurz umreißen, was wir in Bremen bisher tun, und ich ahne,

die Senatorin wird das gleich noch einmal ausführlich erörtern: Wir haben in Bremen eine Zentrale Fachstelle Wohnen. Übrigens sind wir eine der nicht ganz vielen Kommunen, die eine solche Fachstelle unterhalten. Hier wird sich umfassend um Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit gekümmert.

Wir machen Obdachlosen schon jetzt Angebote, die sie an die Anmietung einer eigenen Wohnung heranführen. Wir haben Notunterkünfte für sehr unterschiedliche Zielgruppen. Es gibt Tagesaufenthalte, und das Ganze wird ergänzt durch eine ganze Reihe von ehrenamtlich basierten Unterstützungsangeboten, wenn Sie etwa an die Kirchengemeinden denken.

All diese Angebote sind gut, all diese Angebote sind wichtig. Wir müssen sie absichern und weiter fortführen, nur damit da keine Frage aufkommt. Dennoch, wir können bisher nicht alle obdachlosen Menschen, die es wollen, mit Wohnraum versorgen. Eine Notunterkunft bleibt immer eine Notunterkunft, die das Ankommen in den eigenen vier Wänden, in einem eigenen Zuhause nicht ersetzen kann. Meine Damen und Herren, unser Ziel muss doch sein, hier eine Sozialpolitik zu entwickeln, bei der es gelingt, Menschen möglichst zügig und dauerhaft mit Wohnraum zu versorgen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deshalb wollen wir unser Hilfesystem mit einem Einstieg in ein neues Konzept ergänzen, eben in Housing First.

Frau Leonidakis hat das Stufensystem schon erörtert, in dem bislang die Obdachlosenunterbringung mit dem Ziel dauerhafter Wohnraum funktioniert. Lassen Sie mich das noch an einer Stelle ergänzen: Wenn Sie in diesem Stufenplan als Obdachloser unterwegs sind und sich bewähren müssen, sich qualifizieren müssen für eine echte eigene Wohnung, dann sind Sie begleitet von einem Grundgefühl der Unsicherheit, weil Sie jederzeit aus dem Wohntraining herausfallen können. Wenn Ihr Ankommen im echten guten Leben nicht wirklich gut funktioniert, wenn Sie vielleicht hier und da scheitern, dann müssen Sie befürchten, dass der Wohnplatz verloren geht.

Ich war sehr lange Sozialarbeiterin in sozialen Brennpunkten, und ich darf Ihnen erzählen, was es mit Menschen macht, wenn dieser eben beschriebene Drehtüreffekt eintritt. Ich finde, wir müssen

das gemeinsam verhindern. Housing First setzt genau da an. Bei diesem Konzept wird Obdachlosen als allererste Maßnahme eine Wohnung gegeben, und zwar ohne Befristung und ohne Bedingung des wohlfeilen Verhaltens. Dann kümmert man sich weiter mit ihnen um alle bestehenden Probleme. Man könnte es vielleicht auch so formulieren: Housing First arbeitet mit einem Vertrauensvorschuss, und das, so hört man aus anderen Programmen, die bereits erfolgreich laufen – ich würde gern noch um Düsseldorf ergänzen, einen sehr guten Standort für das Programm –, macht einen erheblichen Unterschied aus. Das Schlimmste kann nämlich nicht mehr passieren, der Verlust der Wohnung, und das gibt den Menschen Halt.

Zweitens, wir als Gesellschaft machen damit deutlich: Wir trauen dir das zu, du kannst das! Auch das ist ein Systemwechsel, den wir dringend brauchen. Dieser Systemwechsel verschafft Ruhe, er motiviert, auch alle anderen Schritte zu gehen, und vielleicht das Wichtigste: Er gibt Würde zurück.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Wir haben es schon gehört, es ist eine neue Idee, die aus Übersee zu uns herüberkommt. Ein paar Länder in Europa haben es schon ausprobiert, in Deutschland gibt es ein paar positive Erfahrungen. Lassen Sie uns bitte diesen Ansatz auch in Bremen erproben, lassen Sie uns mit Housing First neue Wege beschreiten, denn zur Menschenwürde gehört ein Recht auf eine Wohnung! – Vielen Dank!

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat, es geht um Menschenwürde, um die Frage, wie wir mit Menschen umgehen, die aus den verschiedensten Gründen ihre Wohnung, ihre Wohnmöglichkeit verloren haben und natürlich ein Recht auf Wohnung haben. In der Tat haben wir natürlich als Gesellschaft in der Pflicht, dieses Recht zu erfüllen und dieser Verpflichtung nachzukommen. In der Tat haben wir natürlich als Gesellschaft auf der einen Seite eine Vorstellung davon, wie Menschen sich in ihr bewegen sollten, aber andererseits führen diese Vorgaben die Menschen nicht immer dahin.

Wenn die Erkenntnis da ist – und die ist nicht so ganz neu, wie hier gerade getan wird –, dass Housing First das richtige Konzept ist, dann müssen wir darauf setzen und uns überlegen, ob wir das hier

einsetzen können. Es ist doch richtig, wenn 80 Prozent der Menschen dann in den Wohnungen bleiben, sich befreien von Sucht und auch in einem besseren Gesundheitszustand sind, dann ist dieses niedrigschwellige Angebot der Weg, den wir gehen müssen.

(Beifall FDP)

Es ist ja nicht so, Frau Leonidakis, dass wir die Möglichkeit mit diesem Antrag jetzt schon schaffen – das wäre ja schön! –, nein, wir fordern, dass ein Konzept erstellt wird. Das ist der erste Schritt. Diesen müssen wir gehen, den wollen wir Freien Demokraten mitgehen, weil sich, entsprechend der Studien, die mir bekannt sind, die Zahl der Wohnungslosen um 30 Prozent verringert und 77 Prozent der Menschen – Sie haben 80 Prozent gesagt – dann noch nach Jahren in diesen Wohnungen sind. Das ist doch ein Erfolg. Wenn wir so ein System haben, das so einen Erfolg hat, dann müssen wir es einfach machen, weil uns die Menschen das wert sind, und die Menschenwürde es gebietet.

(Beifall FDP)

Zudem ist erwiesen, dass Alkoholkonsum sinkt, die Kriminalitätsrate sinkt und die Bereitschaft, Therapieangebote anzunehmen, steigt. Es gibt da ganz andere Problematiken, einerseits psychischer Art, andererseits auch Suchtkrankheiten, und dafür Therapien anzunehmen, diese Bereitschaft steigt signifikant. Mit diesen Therapien steigt auch die Chance, dann wieder selbstbestimmter und gesünder leben zu können. Insofern müssen wir das aus all diesen Gründen machen.

Wenn ich dann noch im „Deutschen Ärzteblatt“ von 2009 lese – deswegen sage ich auch, das Ganze ist nicht so neu – dass sich dann die Gesamtkosten für die Gemeinden ungefähr halbieren, weil weniger Kosten für Inhaftierungen anfallen, weniger Rettungsdienste genutzt und weniger medizinische Versorgungsleistungen in Anspruch genommen werden, dann muss ich sagen, wir wären doch sehr dumm, wenn wir diesen Weg nicht gehen und nicht den menschenwürdigeren Weg wählen würden, der zudem auch noch der bessere für die Gemeinde ist.

Insofern: Fangen wir an, gehen wir den ersten Schritt und lassen wir den zweiten schnell und zügig folgen! – Danke!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pörschke.

Abgeordneter Pörschke (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Einfach wohnen – Wohnraum schaffen für Menschen in besonderen Lebenssituationen“ könnte in Bremen ein Flugblatt örtlicher Initiativen, eine Schrift von Joachim Barloschky oder auch in der alten Amtsperiode ein Antrag von Rot-Grün sein, da bin ich mir sicher. Was ich aber hier zitiere, ist eine Broschüre der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, veröffentlicht im Juni 2015, einige würden sagen, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise.

Warum erwähne ich das? Weil wir in Bremen einen erheblichen Nachholbedarf haben, nicht im Bereich der Erkenntnis und nicht im Bereich der pädagogischen Konzepte und Betreuung, da weiß ich, dass die Zentrale Fachstelle Wohnen jeden Tag hervorragende Arbeit leistet. Wir haben Nachholbedarf bei der ausreichenden Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum.

Der heute vorgelegte Antrag zielt darauf ab, Belegrechte anzukaufen. Das ist ein richtiger Schritt, und doch wissen wir, dass wir auch Wohnungen schaffen müssen. Wer einmal in der Reihersiedlung war, in diesen sogenannten Schlichtwohnungen, wer das einmal aufgenommen hat, der weiß, wir haben in Bremen Unterkünfte, die gegen die Menschenwürde verstoßen, und wir haben Menschen, die am Rande dieser Gesellschaft leben, die wir zum Teil aufgegeben haben und die sich manchmal auch selbst aufgegeben haben.

Es steht dieser Bremischen Bürgerschaft gut zu Gesicht, sich für Menschen einzusetzen, die kaum wahrgenommen oder häufig als Belästigung wahrgenommen werden. Ich bin froh, dass wir diesen Punkt heute Abend besprechen, weil wir dringenden Handlungsbedarf haben.

Warum verweise ich auf die bayerische Broschüre? Weil sie viele Beispiele bereits umgesetzter Projekte enthält, bei denen in Kooperation von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, Wohlfahrtsverbänden und staatlichen Stellen preiswerter Wohnraum mit optimierten Grundrissen und vorgefertigten Bauteilen bereitgestellt wurde, und zwar bei einem – das ist für Bremen als Stadtstaat nicht ganz unwichtig! – zum Teil nur sehr geringen Flächenverbrauch. Die Broschüre ist noch heute als

Download abrufbar, ich denke, wir sollten sie in so mancher Debatte noch heranziehen.

Lassen Sie mich aber auch etwas zum Bedarf an, ich will es so formulieren, Betreuung, Unterstützung und Begleitung im Alltag sagen! Wenn wir ehrlich sind, dann wissen wir, dass das Wort „wohnungslos“ das Schicksal der meisten Menschen nur völlig unzureichend beschreibt. Sie sind in vielen Fällen, die Kollegin Leonidakis hat es vorhin erwähnt, auch von Gewalt und Krankheit betroffen und von Angst geprägt. Dies gilt insbesondere für Frauen und auch für viele Jugendliche, die der häuslichen Enge entflohen sind, und das macht klar, warum das vorhandene bremische Angebot nur eine unzureichende Antwort darstellt.

Wenn die Bremische Bürgerschaft dem vorgelegten Antrag heute zustimmt – ich hoffe, wir können dabei auf die Unterstützung aller demokratischen Fraktionen setzen! –, dann wäre das schon heute ein wichtiges Signal für die Haushaltsverhandlungen, denn Grundstücke und Belegrechte gibt es nicht zum Nulltarif. Es wäre auch ein Zeichen der Hoffnung für die Kollegin Husar bei der Zentralen Fachstelle Wohnen sowie für die vielen Initiativen dieser Stadt, und es wäre auch eine Rückendeckung für Senatorin Stahmann, sie hat das an dieser Stelle nämlich auch verdient. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Grönert.

Abgeordnete Grönert (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn obdachlose Menschen wieder in eine eigene Wohnung möchten und bereit sind, sich den damit verbundenen Verpflichtungen zu stellen, dann sollte das nicht an fehlendem Wohnraum oder an einem zu komplizierten System scheitern. Wir wissen aber, dass genau das viel zu oft passiert und es für diese Gruppe sehr schwer ist, wieder eine Wohnung zu finden. Die Auswahl ist klein, die Bewerberzahl ist hoch, und es dauert oft viel zu lange, bis Fragen mit den Ämtern geklärt sind. Obdachlose – auch solche, die sich in vorübergehender Unterbringung, wie man so schön sagt, wieder bewährt haben – bekommen dementsprechend selten den Zuschlag. Zudem ist der lange Weg durch verschiedene Notunterkünfte oft sehr mühsam, und die wiederholten Ortswechsel tun nicht jedem gut. Das

bisherige Hilfesystem durch Housing First zu ergänzen, scheint deswegen auch für die Fraktion der CDU eine sinnvolle Sache zu sein.

(Beifall CDU)

Wir unterstützen deshalb die Idee, ein Pilotprojekt von Housing First erst einmal in Form eines Konzepts zu entwickeln, das dann aber eben noch debattiert und beschlossen werden muss, Frau Leonidakis. Wir beschließen heute nicht, dass wir Housing First wirklich so, wie Sie es vorlegen, umsetzen werden. Wir halten es gleichzeitig aber auch für wichtig, im bisherigen System nachzubessern. Das sollte neben der neuen Idee keinesfalls vernachlässigt werden. Wie Housing First grundsätzlich funktioniert, wurde gerade schon hinreichend beschrieben. Mir ist sehr wichtig, dass Betreuung fest dazugehört, denn ohne diese würden wir die Idee nicht unterstützen.

Wenn man zu dem Thema ein wenig recherchiert, fällt schnell auf, dass es dort, wo Housing First bereits erprobt wird, sehr unterschiedliche Ansätze gibt. Es gibt verschiedene Finanzierungsmodelle, so ist zum Beispiel auch schon einmal eine Stiftung mit am Start, und am Ende muss es nicht einmal teurer werden, denn die bisherige Unterbringung in Notunterkünften ist viel teurer als die Miete für eine Wohnung. Aber auch die Vorgehensweise, wer die Wohnung mietet, an wen die Miete gezahlt wird und Fragen in Bezug auf die Betreuung werden unterschiedlich gehandhabt. Von Wohngemeinschaften auch mit Studenten bis hin zu Mehrparteienhäusern nur für diese Klientel oder Einzelwohnungen überall in der Stadt ist alles dabei.

Zudem stellen sich weitere Fragen, zum Beispiel, wer denn in so eine Wohnung darf, ob sie dann vielleicht nur für in Bremen gemeldete Obdachlose gedacht wird oder für jeden, der kommt. Dazu: Wird zwischen Obdach- und Wohnungslosigkeit unterschieden, und wie lange muss jemand obdach- oder wohnungslos sein, um eine Wohnung über Housing First zu bekommen? Angesichts dieser Unterschiede sind positive Erfahrungen mit Housing First natürlich ebenso wie aufkommende Kritik immer nur mit Blick auf die jeweilige Umsetzung zu bewerten und nicht vorschnell auf Bremen zu übertragen.

All diese in Bremen aber noch gänzlich ungeklärten Fragen machen es uns mit diesem Antrag auch nicht gerade leicht. Unsere eventuelle spätere Zustimmung für ein Bremer Pilotprojekt hängt näm-

lich gewiss nicht von einer konzeptfreien Ausmalung in bunten Farben ab, wie es heute passiert ist, sondern allein von dem, was später tatsächlich in dem Konzept steht. Heute stimmen wir eben nur zu, ein solches zu entwickeln, aber wir denken, es könnte, wenn es gut gemacht wird, eine wirklich gute Sache werden.

Nicht zustimmungsfähig wäre für uns beispielsweise, wenn Sie uns etwas vorlägen, was auf die Nutzung der verbliebenen Kaisenhäuser durch Obdachlose abzielt, obgleich es dort womöglich nach wie vor kein geregeltes Abwassersystem gibt oder das Trinkwasser weiter durch Bleirohre fließt und die Feuerwehr das Haus im Notfall zum Löschen nicht erreichen kann. Insgesamt habe ich auch noch die dringende Bitte an Sie, dass Sie dieses Projekt bitte sauberer vorbereiten als die Krankenstube für Obdachlose, die Sie im letzten Jahr hier beschlossen haben, die es aber immer noch nicht gibt. An der Krankenstube können wir alle gut sehen, was passiert, wenn Redner hier im Parlament ihre Sicht der Dinge bunt ausmalen und dann ohne Konzept einen Beschluss fassen. Es wird jedenfalls wohl niemand in die Krankenstube kommen und dort seinen Schnupfen und Husten auskurieren und dazu Tee ans Bett bekommen, so wie es der Vertreter der Grünen damals forderte.

Noch konkret zur heutigen Abstimmung: Auch wenn wir dem Antrag, wie angekündigt, zustimmen, so werden wir uns doch bei Punkt 3 a enthalten. Sie setzen dort bereits voraus, dass die Stadt zukünftig 50 Belegrechte jährlich für Wohnungen kaufen soll, und Sie bestimmen auch, dass davon ebenfalls jährlich 35 fest für Housing First zu blockieren sind.

(Zuruf Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE))

„Mindestens“ haben Sie geschrieben, genau. Das können wir so nicht unterstützen, denn dieser Punkt müsste nach unserer Meinung genauso offen formuliert werden wie die anderen auch, da sich erst mit der Konzeptentwicklung wird zeigen können, was ungefähr an Belegrechten für Housing First gebraucht wird. Es kann ja auch herauskommen, dass Sie am Ende sogar mehr brauchen, als Sie hineingeschrieben haben. - Danke!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Leonidakis.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest, alle haben den Antrag gelesen. Ja, wir fordern mit diesem Antrag ein Konzept. Das ist aber keine butterweiche Absichtserklärung, sondern es ist schon ganz klar, wir wollen Housing First in Bremen einführen. Das ist, glaube ich, ein geeinter Wille, den wir hier heute deutlich gemacht haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wie das dann konkret gestaltet werden soll, das kann man nicht Hals über Kopf starten, sondern dafür ist wirklich ein fundiertes Konzept nötig, denn was man nicht machen darf, ist, einen Schlüssel für eine Wohnung zu übergeben und dann Tschüs zu sagen, dann wäre ein guter Gedanke schlecht ausgeführt.

Es ist, glaube ich, in der Debatte heute auch ausreichend deutlich geworden: Was wir brauchen, sind begleitende therapeutische und sozialpädagogische Angebote, und dafür brauchen wir ein Konzept, wir brauchen eine Abschätzung, welche Bedarfe es gibt und wie das gestaltet werden soll, zum Beispiel welcher Träger das macht et cetera. Genau deshalb brauchen wir das Konzept, und genau dieses Konzept bringen wir heute auf den Weg beziehungsweise wird der Senat es auf den Weg zur Beratung in den Fachdeputationen bringen. Trotzdem gibt es kein Wenn und Aber, wir wollen Housing First in Bremen einführen. Die konkrete Gestaltung wird dann mit dem Konzept zusammen erörtert werden.

Ich möchte noch einmal ein paar persönliche Erfahrungen in dieser Debatte unterbringen. Auch deutlich geworden ist ja, die Zahl von 500 oder 600 Wohnungs- und Obdachlosen in Bremen ist eine Zahl, die wahrscheinlich durch eine große Dunkelziffer erweitert wird. Wir stellen eine zunehmende Obdachlosigkeit fest, das hat die Kollegin Frau Pfeiffer bereits erwähnt, und aus meinen persönlichen Erfahrungen kann ich berichten, ich begleite seit bald fast einem Jahr einen Obdachlosen, der sich eben nicht in dem Stufenmodell bewähren kann, dort keinen Fuß fasst, eine Räumungsklage hatte und mit der entsprechenden Schufa-Auskunft eben keine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt bekommt, und er konnte bisher auch nicht von der ZFW in eine Wohnung vermittelt werden. Deswegen ist es so wichtig, dass die Zentrale Fachstelle Wohnen selbst auf Belegrechte, auf Belegwohnungen zurückgreifen kann. Bisher war das große Problem, dass die ZFW keine Wohnungen hatte, in die sie wirklich direkt vermitteln konnte.

Genau deswegen haben wir gesagt, wir wollen mindestens 35 Belegrechte direkt bei der ZFW, auf die die ZFW zur Vermittlung von wohnungs- und obdachlosen Menschen in der Stadtgemeinde Bremen zurückgreifen kann.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Was man dabei sagen muss, und genau diese Fragen müssten auch in dem Konzept beantwortet werden: Nicht jede Wohnung ist für jede Person geeignet. Manche Personen brauchen mehr Toleranz und Freiräume, können vielleicht nicht in einem mehrgeschossigen Wohnhaus untergebracht werden, andere vielleicht doch. Da braucht es bedarfsgerechte und auch für die jeweilige Person geeignete Angebote, da braucht es ein differenziertes Angebot von Belegwohnungen, auf das die ZFW zurückgreifen kann, und genau das ist das Ziel, dafür ein differenziertes Angebot zu schaffen. Wir brauchen dafür Belegwohnungen, wir brauchen eben auch diese Mindestanzahl.

Gern können wir die Zahl von 35 Wohnungen pro Jahr ausweiten, denn auch ich wage die Prognose, dass der Bedarf wahrscheinlich höher ist. Trotzdem wollen wir jetzt mit diesem Pilotprojekt anfangen, die Erfahrungen evaluieren, und wenn sich dieses Pilotprojekt der angekauften mindestens 35 Belegwohnungen für Housing First bewährt, dann wage ich die Hoffnung auszusprechen, dass wir dieses Konzept dann am Ende des Tages auch ausweiten. Das ist aber zum jetzigen Zeitpunkt noch Zukunftsmusik. Ich glaube, was uns hier eint, ist der Wille, auch in den Haushaltsberatungen die notwendigen Mittel für den Ankauf der Belegrechte bereitzustellen. Es sind bis jetzt 50 Belegbindungen, das ist haushaltswirksam, aber entsprechend den Bedarfen auch angemessen.

Jenseits dieser Zukunftsmusik, ob wir das Konzept ausgeweitet bekommen, wollen wir aber auch akute Maßnahmen ergreifen, denn wir wissen alle, der Winter naht, es wird kälter, und deswegen wollen wir eben auch, dass geprüft wird, ob zum Beispiel die Öffnungszeiten der Notunterkünfte ausgeweitet werden können – im Moment ist es so, dass sie zwischen 9 und 18 Uhr geschlossen haben –, ob es zum Beispiel Angebote gibt, Hunde mitzuführen, denn auch das ist ein Ausschlussgrund, an dem viele scheitern.

Die Krankenstube hat jetzt endlich ihren Betrieb aufgenommen, wurde mir vermeldet, das finde ich sehr positiv, und das wird Frau Senatorin Stahmann vermutlich auch gleich noch berichten. Auch

der Kältebus wird mit Vehemenz vorangetrieben und soll bereitgestellt werden. Ich glaube, auch gerade diese Akutmaßnahmen sind notwendig, um die ganz akuten Notfälle abzumildern. Wir wollen auch mehr Schließfächer, der Zugang zu Toiletten und Duschen soll verbessert werden. Auch da gibt es Handlungsbedarfe, die ganz akut greifen, gerade jetzt im Winter.

Zusammengefasst möchte ich sagen, wir ergreifen kurzfristige Maßnahmen, wir ergreifen aber auch mittelfristige Maßnahmen, die am Ende des Tages einen Paradigmenwechsel in der Wohnungslosenhilfe in Bremen bedeuten, und ich glaube, ein guter Grund ist unsere Landesverfassung, in der steht: Jeder Bewohner hat das Recht auf eine angemessene Wohnung. An der Realisierung dieses Verfassungsgrundsatzes arbeiten wir, und dafür ist Housing First, glaube ich, gut geeignet. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Grönert.

Abgeordnete Grönert (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein paar Sätze noch wegen des Konzepts: Wir hatten im letzten Jahr hier einen Antrag der Koalition, dem wir zugestimmt haben, der auch so formuliert war, ein Konzept zu beschließen. Dabei ging es um das Thema Personalverlegung im Flüchtlingsbereich.

Wir haben ein paar Monate später über das Thema in der Sozialdeputation gesprochen, und da war das, was dazu entwickelt wurde, bereits in der Umsetzung. Da waren wir natürlich zu Recht ziemlich erschrocken und haben gesagt, wir haben beschlossen, ein Konzept zu entwickeln, welches wir dann später besprechen, und dann sagen wir, ob wir das Konzept gut finden, mitmachen und es unterstützen oder nicht. Sie hätten es sicherlich trotzdem umgesetzt, das mag sein, aber wir wurden nicht einmal dazu gehört. Es wäre so dringlich gewesen, hieß es dann, und das finde ich nicht ehrlich und nicht in Ordnung, denn wenn man einen Antrag schreibt, in dem steht, wir möchten ein Konzept erstellen, und wir sagen, wir sind dafür, dass das Konzept erstellt wird, dann ist das gut, aber wir möchten für die Sache nicht hinterher mit verhaftet werden, wenn sie nicht gut gemacht wird. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Pfeiffer.

(Zurufe: Pfeiffer!)

Pfeiffer, Entschuldigung! Aber Sie kommen zumindest mit Pfiff!

(Heiterkeit)

Abgeordnete Pfeiffer (SPD): Ja, das ist schwierig mit meinem Namen, erstens heiße ich Pfeiffer mit I, mein Vorname wird mit zwei T geschrieben, mein Nachname mit drei F, so ist es.

(Heiterkeit)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss vielleicht noch ein paar Dinge klarstellen! Ich freue mich sehr, dass wir diesen Antrag, so wie es aussieht, heute hier mit einer großen Mehrheit beschließen werden, denn das zeigt, dass wir gemeinsam ein Signal nach draußen auf die Straßen schicken wollen, und dieses Signal heißt, dass wir jetzt noch einmal sozusagen in diesen Paradigmenwechsel einsteigen und versuchen, die Dinge besser zu machen.

Frau Grönert, ich kann Ihre Zurückhaltung verstehen. Manchmal geht es eben mit Konzepten auch schief, aber ich glaube, wenn wir jetzt mit diesem Signal aus diesem Haus in die Entwicklung hineingehen, dann kann das gelingen. Ich möchte Sie sehr gern auch als Sprecherin der Sozialdeputation, in der wir das hoffentlich intensiv erörtern werden, sehr herzlich einladen, sich auch kritisch, so wie wir es von Ihnen kennen, in diese Konzeptdebatte einzubringen. Lassen Sie uns gemeinsam etwas Gutes daraus machen, und ja, ich ahne auch, wir werden da mehr brauchen als diese 50 Belegrechte und die 35 für Housing First, wichtig ist aber, dass wir einen Anfang finden und diesen Paradigmenwechsel in der Obdachlosenhilfe organisiert bekommen! – Vielen Dank auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen aus der Koalition für den Rückenwind heute!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, liebe Abgeordnete! Gestatten Sie bitte auch mir zu dem Thema noch einige Anmerkungen! Ich möchte eingangs als Sozialsenatorin sagen, dass aus meiner

Sicht zur Menschenwürde immer die eigenen vier Wände für einen Menschen gehören, unabhängig davon, woher jemand kommt, ob man arm oder reich ist, das gehört einfach zur Menschenwürde dazu. Deswegen bin ich auch froh, dass wir ein Bündnis in Bremen haben, das von Joachim Barloschky, dessen Name hier heute schon genannt wurde, mitinitiiert wurde, dem aber auch Wohnungslose angehören.

Sophia Leonidakis hat eben die ganze Spannbreite der Themen aufgezählt, was wir eigentlich im Winter machen, welche Angebote wir brauchen. Das alles haben wir auf dem Zettel, kann ich an dieser Stelle sagen, darum kümmern wir uns. Wir haben einen runden Tisch mit Menschen, die selbst von Wohnungslosigkeit betroffen sind, bis hin zu den Angeboten der Polizei und den ganzen Verbänden, das ist eine große Gruppe von Menschen, mit denen wir zusammensitzen, mit denen wir sozusagen auch noch einmal ein Feintuning der Angebote absprechen und machen. Dazu gehören eben auch die einzelnen Punkte, die eben aufgezählt wurden, vom Wärmebus bis zur Krankenstube, und beim Wärmebus habe ich selbst noch gesagt, ich möchte dieses Angebot haben. Es gab noch Probleme, einen Bus zur Verfügung gestellt zu bekommen, aber ich bin mir sicher, dass wir das lösen werden, und das ist wichtig.

Zur kurzen Bewertung des Vorgetragenen hier noch einmal von mir an dieser Stelle! Im Moment wird ein Ausbau des Housing-First-Ansatzes durch eine Kombination folgender Faktoren verhindert, und die möchte ich hier auch konkret benennen: Es ist im Augenblick kaum passender verfügbarer Wohnraum in Bremen vorhanden, teilweise fehlt auch die Bereitschaft der Wohnungsbaugesellschaften, zum Beispiel der GEWOBA, aber auch anderer Wohnungsbaugesellschaften, Wohnraum zur Verfügung zu stellen und dann keine Mitsprache bei der Vergabe zu haben. Das ist ein Hinderungsgrund.

Es fehlen die personellen und finanziellen Ressourcen, um die Ansätze auszubauen. Deswegen ist es richtig und wichtig, und das haben Sie dankenswerterweise alle hier vorn vertreten, wir brauchen dafür Haushaltsmittel. Wir können das nicht irgendwo herausschwitzen oder irgendwo heraus-schnitzen, sondern wir brauchen Haushaltsmittel, um Belegrechte kaufen zu können.

Grundsätzlich wird der Housing-First-Ansatz von uns unterstützt, er wird auch vorangetrieben, er wird aber für uns immer nur ein weiterer Baustein

innerhalb des Systems zur Vermeidung von Obdachlosigkeit sein. Insbesondere die Verhinderung der Obdachlosigkeit durch Prävention darf nicht vergessen werden und muss auch unterstützt werden. Ich glaube, dass sich dadurch auch viele Wohnungsnotstandsfälle vermeiden lassen. Hier hat sich gezeigt, dass sich die Zugänge zur Zentralen Fachstelle Wohnen, die zum Beispiel die Übernahme von Mietrückständen regelt, durch aufsuchende Arbeit verbessern lassen, und dafür brauchen wir Personal. Wir brauchen auch eine personelle Verstärkung in der Zentralen Fachstelle Wohnen, denn oft sind alleinstehende Menschen von Wohnungslosigkeit oder von drohender Wohnungslosigkeit betroffen, und dafür fehlt es im Augenblick an Man- und Womanpower, wenn ich das so salopp ausdrücken darf.

Wir wollen ein Konzept zum Ankauf von Belegbindungen für diese Zielgruppe entwickeln. Dabei sollen Anreize für Vermieter geschaffen werden, an die Zielgruppe zu vermieten, und es soll ein direkter Zugang zu Wohnraum geschaffen werden. Hierfür haben wir auch finanzielle Ressourcen bei den Haushaltsberatungen angemeldet, und die Zahlen, um welche Größenordnungen es geht, sind eben auch benannt worden. Parallel dazu brauchen wir eine kontinuierliche und flexible Betreuung und verlässliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Betroffenen und auch für deren Umfeld im Fall von Krisen und aufkommenden Problemen. Auch die Krisen sind mannigfaltig, und wir haben es mit Menschen zu tun, die nicht nur ein Problem haben, sondern es gibt Menschen, die auch mehrere Probleme haben, und dazu brauchen wir verschiedene Beratungskompetenzen.

Wir wollen die Stärkung der aufsuchenden Arbeit für von Wohnungslosigkeit bedrohte Haushalte vorantreiben. Sie sollen nicht nur durch ein schriftliches Beratungsangebot, sondern durch einen umgehenden Hausbesuch angesprochen werden – Alleinstehende machen den größten Teil der Wohnungslosen aus –, aufgrund der derzeitigen Personalsituation ist uns das aber in der Regel kaum noch möglich.

Ich will noch einmal unsere ersten Ansätze nennen, die wir in Bremen bereits umsetzen, denn ganz so, wie es im Antrag steht, ist es nicht, sondern wir haben schon die ersten kleinen Ansätze, die schon sehr gut laufen. Wir haben eine Kooperation mit der Vonovia, die oft viel gescholten wird, aber in den letzten Monaten ganz anders agiert. Die Vonovia hat sich unsere Kritik auch zu Herzen genommen, ich will das noch einmal deutlich sagen, aus

den Stadtteilen wird mir ganz deutlich widergespiegelt, dass die Vonovia erkannt hat, eine soziale Verantwortung zu tragen. Vor ein paar Jahren war es nicht so, dass das in den Gesprächen so deutlich wurde, sondern wir erleben jetzt auch in Bremen eine andere Unternehmensphilosophie.

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Es werden über das Ortpolizeirecht Wohnungen der Zentralen Fachstelle Wohnen von der Vonovia zur Verfügung gestellt, und die Zentrale Fachstelle Wohnen kann direkt zuweisen. Nach circa einem Jahr wird überprüft, ob das Wohnverhältnis klappt, und wenn ja, wird ein Mietvertrag abgeschlossen. Die Zentrale Fachstelle Wohnen erhält dann eine neue OPR-Wohnung. Das Problem ist, es gibt nur wenige Wohnungen in diesem System, weil erstens die Vonovia kaum Leerstände hat – die Wohnungen sind vermietet – und sie zweitens auch immer mehr auf die Durchmischung in ihren Beständen achtet, weshalb sie mit größeren Kontingenten sehr vorsichtig ist.

Wir haben außerdem das Projekt IBeWo, hier kooperiert die GEWOBA mit der Inneren Mission, und nach einer vorübergehenden, möglichst kurzen Unterbringung wird in Kooperation mit der GEWOBA eine Wohnung gesucht und angemietet. Die Begleitung erfolgt über die Innere Mission. Die Wohnung ist aber nicht unmittelbar verfügbar, das ist schon wieder eine gewisse Hürde, die Aufnahme in das IBeWo ist auch mit Begutachtungen et cetera verbunden. Wir wollen weiter daran arbeiten, die Hürden abzubauen.

Die GEWOBA versucht darüber hinaus, auch Immobilien für die Zielgruppe anzukaufen. Bisher konnte das mit zwei Objekten realisiert werden. Eine Einschränkung: Es handelt sich auch um WG-Zimmer mit gemeinsamer Küchen- und Badbenutzung, und das ist nicht für jeden geeignet.

Schließlich haben wir mit dem Verein Wohnungshilfe mit über 200 Wohnungen, die auch unmittelbar vermietet werden können, noch etwas im Topf, was wir für die Zielgruppe zur Verfügung stellen können. Wir werden also der Deputation ein Konzept vorlegen, und das wird auch wieder eine Mischung sein.

Frau Grönert, in der Zeit, in der wir hier reden, arbeiten in meinem Ressort Menschen, die sich um Wohnungslose kümmern, es ist also ein fließendes, ein atmendes System miteinander, und wir müssen oft auch Entscheidungen treffen, die Schnelligkeit

benötigen. Wir sind jedenfalls froh, dass wir in Bremen ein sehr gutes Netzwerk mit allen Genannten, die ich am Anfang aufgezählt habe, und eben auch nicht Genannten haben, die sich um die Belange von Wohnungslosen kümmern. Ziel – das ist bei allen in dieser Debatte deutlich geworden – muss der eigene Wohnraum sein. Es wird nicht ohne den Neubau und die Neuvermietung von Wohnungen gehen. Wir brauchen Geld, um Belegrechte kaufen zu können. Das ist eine neue Aufgabe, und das muss bei den Haushaltsberatungen durch den Senat und durch die Bremische Bürgerschaft abgesichert werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Wer der Ziffer 3 a seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(CDU, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 3 a zu.

Wer den übrigen Ziffern seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den übrigen Ziffern zu.

(Einstimmig)

Freie Fahrt bis 21 – Kostenfreies Schülerticket jetzt einführen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 5. November 2019 (Drucksache [20/55 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten vor einigen Wochen eine sehr wilde und heiße Diskussion über das Klimaschutzpaket der Bundesregierung der CDU und der SPD. Bei einigen Dingen, die wir ja ähnlich sahen, war es doch sehr bezeichnend, dass gerade die Grünen sehr stark mit dem Finger nach Berlin gezeigt haben. Nun weiß aber jeder, wenn man mit dem Finger auf jemanden zeigt, dann hat man auch drei Finger, die auf einen selbst zeigen. Wir waren uns aber einig darin, dass der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ein wichtiger ökologischer Bestandteil des Klimaschutzpakets ist, aber er ist eben auch sozial vernünftig.

Nun wissen wir ja selbst, dass sich die Regierung da in den letzten Jahren nicht so mit Ruhm bekleckert hat, und dann hatten wir noch den einen Punkt, dass wir gesagt haben, nicht nur der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, sondern der öffentliche Nahverkehr an sich muss attraktiver werden. Darin waren wir uns einig. Das hat nicht nur etwas mit Taktzeiten und damit zu tun, wohin der öffentliche Nahverkehr fährt, sondern es ist auch damit verbunden, attraktive Fahrpreise zu haben.

Auch waren wir uns eigentlich alle einig darin, dass wir gerade für Kinder und Jugendliche bessere und günstigere oder kostenlose Angebote machen wollen. Ich zitiere einmal aus den Wahlprogrammen, und jeder kann jetzt raten oder weiß ja, bei welcher Partei was im Wahlprogramm stand. „Wir wollen das Stadtticket wieder auf 25 Euro vergünstigen und für Kinder kostenfrei machen“, das stand im Wahlprogramm der LINKEN. Dann hieß es: „Für Bremer Kinder und Jugendliche werden wir städtische Busse und Bahnen schrittweise kostenlos gestalten.“ Das war natürlich die SPD, denn dieses „schrittweise“ kann ja auch bis 2080 bedeuten. Aber gut, wir sind ja guter Hoffnung! Die Grünen haben klar und deutlich gesagt, das wissen wir alle,

sie wollen das Wiener Modell, das 365-Euro-Ticket. Sie machen das aber für alle gleich gerechtheungsweise ungerecht, aber da weiß man sofort, um was es geht.

Weil wir ja jetzt auch gerade die Erfahrung mit der SPD mit ihrem Schrittempo oder ihrem Tempo machen, haben wir diesen Antrag gestellt – ganz schlicht und einfach so, wie wir es im Grunde genommen sehen –, dass wir Kindern und Jugendlichen bis 21 Jahren, das ist eine feste Summe, den öffentlichen Nahverkehr einfach kostenfrei stellen. Ich glaube, das ist ein Weg, um den man nicht herumkommt, denn wir müssen bei den Jüngsten anfangen, auch ein ökologisches Bewusstsein zu erarbeiten, und Kinder und Jugendliche, die mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, nutzen sie später als Erwachsene auch weiterhin.

(Beifall CDU)

Jetzt werden Sie mir sagen, alles schön, alles gut, aber wir haben kein Geld,

(Zuruf Bündnis 90/Die Grünen: Stimmt!)

aber das ist ehrlich gesagt Ihr Problem. Hätten Sie in den letzten Jahren ein bisschen besser gewirtschaftet und nicht so viel Geld vergeudet

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

oder fehlinvestiert, es ploppt jeden Tag etwas hoch – –. Sie können aber jetzt nicht Ihr Fehlverhalten der letzten Jahre – dafür habe ich auch ein gewisses Verständnis, dass das logischerweise erst alles nach der Wahl hochploppt, aber Sie wussten es ja vorher – auf dem Rücken unserer Kinder und des ökologischen Umbaus ausbaden, da müssen Sie sich schon andere Möglichkeiten überlegen.

Ich will Ihnen eine Zahl nennen, was es kosten würde: Wir reden über zehn bis elf Millionen Euro im Jahr, so sind die Berechnungen. Wir haben eine Anhörung gemacht – Herr Saxe wird mir wahrscheinlich gleich erklären, dass es 300 Millionen Euro kostet oder wie viel auch immer –, dass eigentlich nur das 365-Euro-Ticket das günstigste ist, aber selbst, wenn wir einmal diesen Weg als Kompromisslösung gehen, da wären wir offen, wäre das schon einmal ein Schritt.

Bis jetzt stand nicht so richtig etwas in Ihrem Koalitionsvertrag. Sie wollen es noch einmal prüfen können, aber kostenfrei soll es auf keinen Fall sein, sondern es soll dann um die 25 Euro kosten. Wann

es aber eingeführt werden soll, weiß ich nicht. Ich habe eine schulpflichtige Tochter in der zweiten Klasse, wir wollen einmal sehen, vielleicht hat sie ja in den nächsten Jahren noch etwas davon. Deswegen sagen wir jetzt klar und deutlich: Bekennen Sie sich jetzt endlich auch zu Ihren Sonntagsreden vom ökologischen Umbau, von sozialer Gerechtigkeit und dem, was Herr Bruck und Herr Saxe alles so erzählen, denn es gibt nichts Gutes, außer man tut es. In diesem Sinne: Stimmen Sie diesem Antrag zu! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hatte mich schon auf diesen Redebeitrag gefreut, und Herr Strohmann hat mich nicht enttäuscht, deshalb war alles so gut, wie ich es mir vorgestellt habe. Ich glaube, wir sind uns einig darin, denn wir haben ja schon oft genug über ÖPNV-Tarife gesprochen, dass natürlich die Tarife für Schülerinnen und Schüler in dieser Stadt entschieden zu hoch sind. Sie schlagen uns jetzt eine Maßnahme vor und sagen, alle Schülerinnen und Schüler auf null. Ich finde, das ist auf jeden Fall ein Vorschlag, über den man reden muss, er steht ja im Prinzip auch abgewandelt, wie Sie es schon richtig gesagt haben, im Programm der SPD.

Wir Grünen haben uns vorher auch überlegt, was ist denn jetzt eigentlich der richtige Weg, und „richtig“ heißt, der wirksamste Weg. Wir machen auch Verkehrspolitik miteinander, und Verkehrspolitik bedeutet das, was wir damit bewirken wollen: Wir wollen Leute dazu bewegen, vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsarten umzusteigen. Das ist das Ziel, und danach müssen wir, glaube ich, auch den Mitteleinsatz bewerten. Ich finde es auch wichtig, dass wir dabei immer die soziale Komponente im Blick haben, und deshalb findet diese Senkung des Preises für das Stadtticket auf 25 Euro unsere große Sympathie.

Wir haben zwei Stufen geplant, die man auch nachlesen kann, wenn man in die Koalitionsvereinbarung schaut, und darin steht nämlich ein bisschen mehr als nur, dass wir einmal ein 365-Euro-Ticket machen könnten. Darin steht als Maßnahme, wir wollen ein 25-Euro-Ticket – also 25 Euro pro Monat – für Freiwillige, für Auszubildende und für Schülerinnen und Schüler. Das ist, glaube ich, ein gutes Angebot, das es in Deutschland sonst auch nicht

gibt und das dann, glaube ich, dazu führen würde, dass Jugendliche und Kinder in Bremen sehr viel günstiger fahren als in anderen Kommunen.

Dann haben wir zu den 15 Millionen Euro, die Ihr Modell kostet, noch ein bisschen Geld übrig und könnten dann auch noch die Absenkung der Kosten für das Stadtticket machen. Wir haben auch vorgeschlagen – das können Sie auch in der Koalitionsvereinbarung finden –, dass die Kinder von Sozialhilfeempfängern in Bremen umsonst fahren können sollen. Auch das ist alles noch mit in den 15 Millionen Euro enthalten. Darin steht dann auch noch, das haben wir sogar schon gemacht, die Streichung des – wie heißt das? –,

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen: Nachzuschlag!)

genau, also dieses Zuschlags, den man nur nachts bezahlen muss. Das ist bereits umgesetzt worden, und ein Preisermäßigung steht auch noch darin. Das würde etwas mehr als die 15 Millionen Euro kosten, die Ihr Modell kostet, aber von der Wirksamkeit, von der Breitenwirkung und der sozialen Ausrichtung her ist das, was diese Koalition da vorgeschlagen hat, doch das viel bessere Konzept.

Jetzt müssen wir sehen, da haben Sie schon recht, dass wir diese schönen Dinge, die wir in den Koalitionsverhandlungen besprochen und dann aufgeschrieben haben und die ich auch alle für notwendig halte, auch tatsächlich durchsetzen, weil ich auch glaube, bei den Tarifen kann es nicht mehr den Weg nach oben geben. Wenn eine Familie in die Stadt fährt – –. Ich kenne selbst Leute, Mitarbeiter in unserer Fraktion, die sagen, solange es für mich, meine Frau und die Kinder viel billiger ist, mit einem Carsharingauto in die Stadt zu fahren, es tut mir leid, dann mache ich das nicht. Es gibt dabei also nur einen Weg: Diese Preise für den ÖPNV müssen gesenkt werden, und – die Debatte werden wir auch noch führen – natürlich müssen die Preise für das Parkraummanagement, für den Autoverkehr und das Abstellen von Autos auch teurer werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube also, das, was wir da vorhaben, ist tatsächlich ein sehr ausgewogenes Konzept. Dazu gehört natürlich auch – das hat Herr Strohmann auch richtig erwähnt –, ganz besonders wirksam und noch wirksamer, als die Tarife abzusenken, ist die Verbesserung der Qualität. Da sagen Sie zwar zu

Recht, Sie haben ja keine Straßenbahnen mehr gebaut, aber die Linien 1 und 8 hätten wir Grünen, glaube ich, schon lange fertiggebaut, wenn wir es denn gedurft hätten, das wissen Sie auch.

(Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Das soll man nicht sagen, aber wir sind da wirklich auf einem guten Weg, das werden wir in dieser Legislaturperiode umsetzen. Für die Querspange Ost habe ich mich persönlich auch immer sehr stark gemacht, sie wird auch gebaut werden.

Wir sollten andere Dinge tatsächlich ganz intensiv miteinander bereden, die Straßenbahn in die Überseestadt muss nach meiner Ansicht kommen. Das werden wir in dieser Legislaturperiode machen, und wir werden versuchen – möglicherweise, indem wir das mit anderen Straßenbahnverlängerungen verknüpfen –, eine Finanzierung hinzubekommen, damit wir auch noch eine Bundesförderung dafür bekommen.

Jetzt kommt der zweite Bereich, der auch in der Koalitionsvereinbarung steht, das ist eher etwas Visionäres: Wie gehen wir eigentlich mit Tarifen weiter um? Da haben wir gesagt, wir wollen tatsächlich ergebnisoffen prüfen, was im Parteiprogramm der LINKEN und was in unserem Parteiprogramm steht, nämlich das kostenlose Ticket, also den ticketlosen ÖPNV (welches ist gemeint?), und das 365-Euro-Ticket. Dabei muss uns klar sein, mit den gängigen Finanzierungsinstrumenten aus dem Haushalt werden wir das nicht schaffen, und da bin ich gespannt auf die Debatte, woher wir denn tatsächlich das Geld für eine wirksame Absenkung der Kosten für alle Menschen in dieser Stadt bekommen. Im Übrigen hat das 365-Euro-Ticket in Wien auch eine soziale Komponente, und ich glaube, das muss man dabei immer mit bedenken. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

Abgeordneter Schäck (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich persönlich mag grundsätzlich kostenlosen ÖPNV, auch ich freue mich, wenn ich nicht mehr knapp drei Euro pro Fahrt ausgeben muss, und ehrlich gesagt, wenn Bremen Geld hätte, wäre ich sofort dabei, den ÖPNV nicht nur attraktiver zu machen, sondern auch kostenlos, und das nicht nur für junge Menschen, sondern im besten Fall für alle.

Das Problem ist aber, dass Bremen kein Geld hat, und Bremen hat aktuell weder Geld für vernünftige Bildung noch Geld für öffentliche Sicherheit noch für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Unter diesen Rahmenbedingungen müssen wir sehr genau überlegen, wo wir das Geld investieren.

Das, was Sie dort vorhaben, haben andere Städte schon mit verschiedenen Modellen getestet: teilweise, indem der ÖPNV nur für einzelne Zielgruppen kostenlos angeboten wurde, teilweise in Testprojekten, dass er für alle kostenlos angeboten wurde. Es lohnt sich, einmal einen Blick auf die Erfahrungen dieser anderen Städte zu werfen.

In vielen anderen Städten hat der kostenlose ÖPNV insbesondere dazu geführt, dass Menschen gerade vom Fahrrad auf den ÖPNV umgestiegen sind. Das hat den Hintergrund, dass der ÖPNV normalerweise für die Menschen, die tagtäglich mit dem Auto fahren, erst einmal unattraktiv ist. Hinzu kommt, wenn wir den ÖPNV für eine gewisse Gruppe kostenlos anbieten, dann kann es dazu führen, dass viele Linien in Bremen einen gewissen Fahrgastzuwachs aktuell gar nicht verkraften können. Wir erleben es jetzt schon, dass manche Linien heillos überfüllt sind. Das führt dann letztendlich dazu, dass zusätzlich zu den Einnahmeausfällen von aktuell 15 Millionen Euro, die Sie in Ihrer Vorlage genannt haben, dann auch noch weitere Kosten für den Ausbau der Linien, für eine engere Taktung und so weiter hinzukommen.

Unsere Forderung lautet: Wenn Sie wirklich etwas für den ÖPNV tun wollen und wirklich dafür sorgen wollen, dass Menschen den ÖPNV perspektivisch stärker nutzen, dann sorgen Sie bitte dafür, dass er attraktiver wird, und das heißt, dass die Linien ausgebaut werden, dass die Umsteigezeiten reduziert werden, dass man nicht zu normalen Tageszeiten 20 Minuten auf die nächste Straßenbahn warten muss, dass Busse und Bahnen häufiger fahren und dass insbesondere Busse nicht mehr überfüllt sind. Dorthin sollte unserer Meinung nach jeder Euro fließen.

(Beifall FDP)

Sie sprechen in Ihrem Antrag jetzt auch eine soziale Seite an, die soziale Seite eines kostenlosen ÖPNV. Hierzu möchte ich sagen, dass ich Ihren Grundgedanken grundsätzlich, ausdrücklich teile. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es für Menschen mit wenig Einkommen bereits schon aktuell das Stadtticket gibt. Das ist meines Erachtens deutlich sozialer, weil dafür die Bedürftigkeit geprüft

wird und es vor allem den Menschen zur Verfügung steht, die wirklich eine Unterstützung benötigen. Das Schülerticket komplett kostenlos für alle zu machen – also auch für diejenigen, die die sich das Ticket eigentlich gut leisten könnten und dadurch auch einen kleinen Beitrag zu einem bezahlbaren ÖPNV für alle anderen leisten könnten –, ist aus unserer Sicht ehrlicherweise das genaue Gegenteil von sinnvoll und auch ein Gegenteil von sozial. Sie verabschieden sich damit nämlich auch von den Prinzipien der Leistungsfähigkeit, der Leistungsgerechtigkeit und auch der Bedürftigkeitsprüfung. Falls Sie es vergessen haben sollten, erinnere ich Sie gern noch einmal daran, dass sind alles Prinzipien, die Ihnen bei der Grundrente so wichtig waren.

(Beifall FDP)

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal dazu sagen, Sie haben uns sofort an Ihrer Seite, wenn es darum geht, die sozial Schwächeren in unserer Stadt zu unterstützen, das heißt, diejenigen, die wirklich Hilfe brauchen, also lassen Sie uns gern darüber sprechen, das Stadtticket für Erwachsene, für Schülerinnen und Schüler weiter zu vergünstigen, gern auch für einige Zielgruppen kostenlos zu machen – für diejenigen, die es wirklich brauchen –, damit wir für diejenigen etwas tun, die unsere Unterstützung wirklich benötigen. Aus diesen genannten Gründen werden wir, die FDP-Fraktion, Ihr Vorhaben ablehnen, weil sich Bremen aktuell solch ein Vorgehen per Gießkannenprinzip nicht leisten kann und es aus unserer Sicht weder wirtschaftlich sinnvoll noch sozial ist. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schumann.

Abgeordneter Schumann (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ja zu später Stunde immer ein Genuss, wenn man Kollegen hat wie den Kollegen Strohmann. Er schafft es noch zu später Stunde, eine solche Debatte wieder mit einem gewissen Leben zu erfüllen, und das ist ja auch wunderbar.

Die CDU beantragt ja ein kostenloses Ticket. Da freuen wir uns in der zukünftigen Diskussion, dass wir das mit den Kollegen der CDU dann vielleicht auch einmal zusammen nach vorn bringen können, das freut uns auch, wobei die Idee ja gut ist, aber ich hatte irgendwie den Eindruck – ich habe ein bisschen recherchiert, Herr Kollege Strohmann, da

müssen Sie mich einmal korrigieren! –: Haben Sie da vom Berliner Senat abgeschrieben? Irgendwie ist das etwas, das mir schon einmal aufgefallen ist, wobei ich sagen muss, dass Ihre – bei uns sagt man Genossen, bei Ihnen nennt man das vielleicht anders – Kollegen in Berlin bei diesem kostenlosen Ticket dagegengestimmt haben.

Mobilität und ein kostengünstiger, möglichst ticketfreier ÖPNV sind auch unsere Ziele und auch Schwerpunktmaßnahmen des Senats für die kommenden Haushaltsverhandlungen. Unser gemeinsames Ziel ist klar, es soll nicht nur vom Portemonnaie der Eltern abhängen, wie sich Kinder und Jugendliche in der Stadt fortbewegen können. Ich glaube, da denken wir auch ähnlich.

Die Idee der CDU funktioniert aber in der vorgeschlagenen Form nicht. Bis zu den Sommerferien sind die notwendigen Schritte in den Gremien nicht mehr realisierbar, um im gesamten VBN-Verbund zu einer solchen Lösung zu kommen. Warum ist das ein Problem? Im Antrag wird gefordert, allen Schülerinnen und Schülern an Bremer Schulen bis zum Sommer ein kostenloses Ticket zu geben. Damit wird die Frage ausgeblendet, wie es bei Schülerinnen und Schülern aus Niedersachsen an Bremer Berufsschulen gehandhabt werden soll und bei Schülerinnen und Schülern aus Bremen, die in Niedersachsen zur Schule gehen, denn die Umlandgemeinden müssen bei einem solchen Projekt natürlich beteiligt werden, auch finanziell, das versteht sich von selbst. Das wird so schnell nicht zu realisieren sein. Deshalb teilen wir zwar Ihre Grundidee, halten den Antrag aber zu diesem Zeitpunkt für nicht realistisch, und deshalb werden wir ihn natürlich ablehnen.

(Zuruf Abgeordneter Strohmans [CDU])

Noch eine persönliche Anmerkung: Man kann ja immer jedem vorwerfen, dass er nicht wirtschaften kann oder was auch immer, aber als Verfechter von Schuldenbremsen macht man uns die Luft natürlich auch entsprechend dünn, und dann werden wir auch keine Möglichkeit haben, Geld für so etwas zu haben. Das ist natürlich auch eine besondere politische Art und Weise, die Luft dünn zu gestalten und dann dort alle Leute zu beschimpfen, dass sie kein Geld ausgeben können. Wir lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE – Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Das war sehr überzeugend!)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Schiemann.

Abgeordnete Schiemann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war fast vorauszusehen, liebe Abgeordnete der CDU-Fraktion, dass so ein Antrag von Ihnen kommt. Mich stimmt es traurig, dass Ihnen nicht einmal etwas Eigenes einfällt,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Die ganze Woche so!)

sondern Sie nur unsere natürlich sehr guten Ideen aus dem Koalitionsvertrag abschreiben.

Wir haben im Koalitionsvertrag ganz konkrete Maßnahmen zur Schaffung eines attraktiven ÖPNV verabredet, nämlich unter anderem das kostenlose Stadtticket für berechtigte Kinder, ein gemeinsam reduziertes Ticket für Schüler, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende, das 25 Euro pro Monat nicht übersteigen soll, und noch dazu die Reduzierung des Stadttickets auf 25 Euro. Wir werden uns natürlich wie versprochen ganz genau die Tarifstruktur anschauen und darüber hinaus eine Machbarkeitsstudie in Bezug auf die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Einführung eines gänzlich kostenfreien ÖPNV beauftragen.

(Beifall SPD)

Ich halte allerdings überhaupt nichts davon, meine Damen und Herren, unseren Bürgerinnen und Bürgern jetzt hier Versprechen zu machen, die wir eventuell nicht einhalten können.

(Heiterkeit und Zurufe CDU)

Alle von uns im Koalitionsvertrag verabredeten Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV – und das wissen Sie auch ganz genau! – stehen unter dem Haushaltsvorbehalt.

Wir alle wissen sehr genau um die knappen Kassen in Bremen, und wir alle wissen, dass ernsthafte, seriöse Haushaltspolitik in geordneten Beratungen abläuft,

(Beifall SPD, DIE LINKE – Lachen, Beifall CDU)

und diese finden genau jetzt statt.

(Beifall SPD, DIE LINKE – Zurufe CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ganz ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Sie sind jetzt ganz herzlich eingeladen, sich während dieser Haushaltsberatungen für die Umsetzung unserer guten Ideen zu einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV einzusetzen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deshalb lehnen wir jetzt zu diesem Zeitpunkt Ihren Antrag ab. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Das ist aber jetzt eine Herausforderung! – Heiterkeit CDU)

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe Ihren Zwischenrufen selten etwas abgewinnen können, aber der war jetzt ganz lustig, das gebe ich zu.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal etwas zu dem FDP-Beitrag sagen. Wir befinden uns in Zeiten, in denen der Verkehrssektor den CO₂-Ausstoß seit 1990 sogar noch einmal gesteigert hat. Das werden wir allein, gerade auch, wenn man Gesamtdeutschland betrachtet, nicht immer nur mit Radverkehr und Fußverkehr hinbekommen, und dann gibt es nur die Möglichkeit, den ÖPNV besser auszubauen. Dafür habe ich bei Ihnen einfach noch keinen Ansatz gesehen.

Ich möchte gern wissen, wenn Sie das anerkennen, was ich gerade gesagt habe: Was möchte die FDP denn tun, um den ÖPNV zu fördern? Sie sagen, Geld wollen wir dafür nicht ausgeben, denn das haben wir nicht, wenn wir welches hätten, würden wir das gern tun. Ich verstehe es einfach nicht. Negieren Sie die Verkehrswende, oder sagen Sie, es hat sowieso keinen Zweck, weil es bezogen auf den Klimaschutz schon fünf nach zwölf ist, lasst uns fleißig weiter SUV fahren oder irgendetwas anderes Umweltschädliches machen, oder aber tragen Sie irgendetwas Konkretes dazu bei, etwas, was wir wirklich machen können?

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wir in Bremen glauben, und die Koalition glaubt, dass wir etwas für den öffentlichen Nahverkehr tun müssen, und da sind wir uns mit der CDU auch nicht uneinig. Ich glaube, Heiko Strohmann wird wahrscheinlich akzeptieren, dass es ein guter Schritt wäre, wenn wir das 300-Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Freiwillige hinbekommen würden. Das ist auch, sage ich einmal, die gemeinsame Basis, die wir eigentlich haben, seitdem wir zusammen im Projektbeirat für den Verkehrsentwicklungsplan gesessen und versucht haben, so einen Grundkonsens in der Verkehrspolitik herzustellen.

Meine Erwartung ist, dass wir diese 15 Millionen Euro, die Sie für Tarifsenkungen auch darin haben, in den nächsten Jahren wirklich realisiert bekommen, denn nur durch Tarifsenkungen, durch Verbesserung der Takte und durch neue S-Bahn-Haltpunkte – Technologiepark, darauf warte ich auch schon sehr lange! – werden wir es hinbekommen, dass der öffentliche Nahverkehr einen wirklich entscheidenden Beitrag für die Verkehrswende leisten kann. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Schiemann, Sie haben es gemerkt, da mussten Sie nachher wahrscheinlich selbst lachen, das mit der seriösen Haushaltspolitik haben wir morgen auch noch einmal in der Aktuellen Stunde, aber deswegen habe ich mich nicht noch extra gemeldet. Das war eigentlich lustig genug, aber der 11.11. ist ja auch schon vorbei.

Ich will nur noch einmal sagen, Frau Schiemann, belehren Sie uns eines Besseren, dann werde ich mich im nächsten Jahr auch hier hinstellen und sagen, ja, Frau Schiemann, es tut mir leid, ich habe mich geirrt, ich habe nicht erwartet, dass Sie jetzt endlich, unter Ihrer Regie als verkehrspolitischer Sprecherin, etwas richtig Tolles geleistet haben! Dann lade ich Sie zum Kaffee oder von mir aus auch zum Essen ein, das ist nicht mein Problem, aber ich sage Ihnen voraus – –.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Wer weiß, ob sie das will?)

Das ist ja eine andere Frage. Sie muss es ja nicht annehmen, Herr Güngör, das ist ja nicht die Frage,

ich wollte nur symbolisch sagen, dann werde ich auch den Hut ziehen, so! Dann ist es in Ordnung. Ich sage Ihnen aber voraus, Sie werden es im nächsten Haushalt nicht haben, und Sie werden es auch im übernächsten Haushalt nicht haben. Wenn Sie es machen, gestehe ich, dann habe ich übertrieben, das gebe ich dann zu.

Herr Schumann, es tut mir leid, Sie müssen sich schon etwas Fachliches ausdenken, wenn Sie hier scharf kritisieren. Wenn Sie die CDU nicht leiden können oder so, das ist gar kein Problem,

(Abgeordneter Bolayela [SPD]: Das sowieso nicht!)

das ist auch in Ordnung, alles andere würde auch ehrlicherweise bei mir ein paar Bedenken aufkommen lassen, aber bitte, in solchen Diskussionen fachlich! Sie haben das im Grunde genommen überall stehen gehabt, und ich sehe im Moment nicht, dass wir ansatzweise diesen Weg gehen, das ist leider Gottes so. Wir sind uns einig, wir reden darüber ja nicht erst seit drei Wochen, sondern wir reden darüber schon seit etlichen Jahren, wir haben schon eine Anhörung gemacht und alles Mögliche. Ich sehe das in Ihrem schwammigen Koalitionsvertrag noch nicht. Wie gesagt, ich würde mich dann auch sofort hier hinstellen und sagen: Toll, vielen Dank! – In diesem Sinne!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Themen Klimaschutz und Verkehrswende haben einen hohen Stellenwert in der Regierungsarbeit dieser Koalition, und ein Baustein dafür ist, dass der Bremer ÖPNV über eine höhere Angebotsqualität zu einem deutlich günstigeren Preis attraktiver werden soll. Ich gehe gleich noch auf den günstigeren Preis ein, möchte aber einmal etwas zur Angebotsqualität sagen, weil das jetzt ja auch in etlichen Beiträgen schon angesprochen worden ist. Was gehört dazu?

(Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Dazu gehört ganz sicherlich der Ausbau der Straßenbahnlinien, Osterholz haben wir oft schon in der Deputation thematisiert, wir reden darüber, wie wir die Überseestadt besser anschließen können. Wir haben gerade in der letzten Woche ein Urteil

zu den Linien 1 und 8 bekommen, auch darauf haben wir lange gewartet. Also, das gehört dazu, das sind wir uns einig, Herr Strohmann.

Jetzt möchte ich einmal etwas zum Geld sagen, weil vorhin – ich glaube, Sie waren es, Herr Schäck – gesagt wurde, wir hätten kein Geld, und wir hätten auch kein Geld ausgegeben. Ich möchte jetzt wirklich einmal hier in diesem Haus wieder ins Gedächtnis rufen, wie viel Geld wir für den ÖPNV ausgegeben haben, und zwar 2015, das vergessen immer sehr viele: Damals sind 600 Millionen Euro vom Senat beschlossen worden, nämlich für 67 neue Straßenbahnen und Reparaturen. Der Senat hat davon 400 Millionen Euro investiert, 200 Millionen Euro kommen von der BSAG. Ich will nur nicht, dass es heißt, wir hätten noch nie Geld für den ÖPNV ausgegeben. Meine Damen und Herren, 400 Millionen Euro vom Senat, insgesamt 600 Millionen Euro, das ist sehr viel Geld für Bremen, es ist aber auch gut angelegtes Geld für Bremen gewesen!

Wenn wir uns anschauen, was sonst in den vergangenen Jahren gemacht worden ist, ich erinnere mich an diese langen Debatten, ich schaue jetzt mal alle aus Bremen-Nord an, zum Thema „Eine Stadt - ein Tarif“.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Danke, liebe Nordbremerinnen und Nordbremer! Auch da muss ja immer eine Gegenfinanzierung gebracht werden, aber man hat sich auf den Weg gemacht. Ich hatte in der letzten Woche einen Termin mit Vertretern des ZVBN, die neidisch auf diesen einen Tarif schauen, weil in Niedersachsen durchaus noch viele Tarifungerechtigkeiten sind.

Wir sind jetzt gerade dabei zu planen, wie wir die Domsheide umgestalten können, gerade die Haltestellen dort. Wir machen uns ja auf den Weg und haben uns auch schon in der Vergangenheit auf den Weg gemacht, Haltestellen barrierefrei umzubauen. Ich will nur einmal sagen, Ticketpreise sind das eine, aber wir machen vieles andere, und wir haben auch schon vieles andere gemacht, um den ÖPNV und das Angebot zu verbessern. Da kann man sicherlich immer noch viel mehr machen.

Jetzt gerade – und darauf ist Ralph Saxe schon eingegangen – ganz frisch haben wir in der letzten Woche beschlossen, dass zum 1. Januar 2020 der Nachtzuschlag abgeschafft und die Höhe des Preises für das StadtTicket eingefroren wird, und auch das, meine Damen und Herren, kostet Geld. Das

hat der Senat jetzt freigegeben und beschlossen, aber auch das fällt nicht einfach vom Himmel, sondern es muss jede Maßnahme eben gegenfinanziert werden.

Ich finde, Herr Strohmann, dass der Antrag der CDU in der Tat in die richtige Richtung geht. Ich glaube, wir sind uns hier im Haus mehrheitlich – bei der FDP habe ich es nicht so richtig herausgehört – einig, dass wir den ÖPNV attraktiver machen wollen, und dazu gehören eben auch die Ticketpreise. Wir wollen – und ich möchte auch noch sagen, die Schülertickets sind zu teuer, das ist so, jeder, der eigene Kinder hat, weiß, wie viel man dafür ausgeben muss –, dass das Ziel ist, die Schülertickets in Zukunft möglichst kostenfrei zu machen. Das ist unser Ziel, aber auch das muss gegenfinanziert werden. Ich freue mich auf die Haushaltsanträge hier in diesem Haus.

Jetzt ist es aber so, dass die Regierung sich für die kommende Legislaturperiode nicht nur mit den Schülertickets auseinandersetzen will, sondern eben einen umfassenden und weitreichenden Ansatz verfolgt. Wir wollen prüfen, ob und wie die ÖPNV-Tarife insgesamt günstiger und attraktiver werden können. Dazu gehört auch die Frage, ob eine vollständig kostenfreie Beförderung für die Menschen – ich habe vorhin immer so oft „kostenlos“ gehört, kostenlos ist es nicht, denn es muss gegenfinanziert werden – oder ein 365-Euro-Ticket für alle Bevölkerungsgruppen im ÖPNV möglich sind. Das wollen wir im Rahmen einer Machbarkeitsstudie prüfen, weil wir sowohl die rechtlichen als auch die finanziellen als auch die organisatorischen Randbedingungen einer solchen Maßnahme klären müssen.

Wir werden weitere Maßnahmen untersuchen, die auf dem Weg hin zu einem kostenfreien ÖPNV einzeln oder manchmal auch gemeinsam umgesetzt werden können. Jetzt möchte ich einmal ein paar Beispiele nennen.

Ein StadtTicket, das für berechnete Kinder kostenlos ist, ein StadtTicket für Erwachsene zum Preis von 25 Euro im Monat, ein VBN-Ticket für Schüler, Auszubildende und freiwillig Dienstleistende zu 25 Euro pro Monat, das sind Beispiele, die man prüfen kann. Es wird geprüft, ob das 365-Euro-Ticket nach dem Vorbild Wiens für Bremen anzuwenden ist. Hier plant die Bundesregierung, entsprechende Modellprojekte zu fördern. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie soll ein Umsetzungskonzept erarbeitet werden, das die Finanzierung des Konzepts und dessen Auswirkungen auf

die umliegenden Gebietskörperschaften berücksichtigt.

Ich bin überzeugt, wir brauchen ein Gesamtkonzept zur Entwicklung des ÖPNV und nicht immer nur häppchenweise einzelne Bausteine. Ich hatte in der letzten Woche einen Termin mit SPNV-Vertretern, und wir haben diskutiert, ob es zum Beispiel ein Jugendticket für 365 Euro gibt. Die müssen erst einmal die niedersächsische Landesregierung davon überzeugen. Also, wir in Bremen sind umgeben von Niedersachsen, wir können viele Sachen sinnvollerweise dann eben auch nur im SPNV machen.

Die Weiterentwicklung des ÖPNV-Tarifs in Bremen ist ein wichtiges Thema. Das ist komplex, es bedarf einer guten Vorbereitung. Gern können wir den Vorschlag der CDU dann noch einmal aufnehmen, wenn die Machbarkeitsstudie oder die Ergebnisse im nächsten Jahr vorliegen.

Ich möchte noch eine Sache erwähnen: Auf der Verkehrsministerkonferenz hat der Bundesminister, Herr Scheuer, gerade viele Millionen für die Stärkung des ÖPNV in Aussicht gestellt – beschlossen ist es noch nicht! –, also schauen natürlich alle Kommunen auch auf die Bundesförderung, weil es für jede Kommune eine große Aufgabe ist, den ÖPNV zu finanzieren. Es wäre schön, auch wenn es vielleicht nur die Schwesterpartei ist, Herr Strohmann, wenn Sie sich dann beim Bundesverkehrsminister genauso auch noch einmal dafür einsetzen können. Ich glaube, jede Hilfe hält dann einfach –.

(Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Ich fände es gut, wenn wir uns bei diesem Thema nicht auseinanderdividieren. Ich weiß, einigen geht es nicht schnell genug, aber wir brauchen eben eine solide Finanzierung. Es bringt nichts, den Leuten jetzt irgendetwas zu versprechen, was wir auch nicht finanziell einhalten können. Deswegen fände ich es gut, wenn wir uns gemeinsam auf Bundesebene für eine bessere Förderung des ÖPNV einsetzen und hier die Machbarkeitsstudie abwarten, um dann gemeinsam zu diskutieren, an den Zielen trotzdem weiter festhalten und auch schauen, ob wir vielleicht zum 1. Januar 2020 Jugendtickets einführen können, die verbilligt sind, und wann wir auch ein kostenfreies Schülerticket realisieren können. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/55 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Den ÖPNV mit synthetischem Kraftstoff sauberer machen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 5. November 2019 (Drucksache [20/56 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können es eigentlich relativ kurz machen, denn ich glaube, den Sachverhalt kennen alle. Es ist einfach so – und so war es gerade auch bei der vorherigen Diskussion –, dass wir oftmals über den großen Schritt und den großen Sprung reden, aber ich glaube, manchmal sind als Übergangslösung auch kleinere Schritte sehr sinnvoll. Wir wissen alle, die Umstellung des öffentlichen Nahverkehrs auf Elektromobilität, also Batterien, ist nicht nur von den Kosten her relativ schwierig schnell zu erreichen, sondern auch technisch, und da reden wir gar nicht von den Antrieben, sondern das mit dem TÜV und den Sitzen ist alles nicht so einfach. Leider Gottes werden wir bis dahin immer noch mit Dieselmotoren arbeiten müssen, die zwar sehr effektiv sind, aber wir haben ja in der Innenstadt nicht nur das

Co₂-Problem, sondern auch das mit den Stickoxiden, mit dem Schwefel.

Unser Ansatz war, und wir sind da auch wachsam: Wir haben einen Beitrag von „buten un binnen“ gesehen, in dem dann auch gesagt wurde, dass genau diese Bereiche weniger werden, also weniger Feinstaub und weniger Stickoxide, oder sogar schwefelfrei, und das alles für circa fünf Cent mehr. Ich weiß, der Brennwert von Originalbenzin oder Diesel ist höher als der von synthetischen Stoffen, das ist immer so, das ist keine Frage. Ich glaube aber schon, wir reden hier über Summen von 300 000/400 000 Euro, da wäre es als Zwischenschritt einmal eine Maßnahme, wirklich einfach diese Stickoxide zu verringern, und der öffentliche Nahverkehr würde dann auch wirklich einen Schritt weitergehen.

Ich weiß, es wird bei einigen sehr skeptisch gesehen. Herr Saxe wird mir jetzt wahrscheinlich gleich erklären, warum das nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch unvernünftig ist, aber wir werden das trotzdem weiterverfolgen, und vielleicht können wir dann ja noch weiter diskutieren. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

(Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sind wir jetzt einmal gespannt!)

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Glaskugel von Herrn Strohmann lügt nicht.

(Heiterkeit)

Es ist tatsächlich so, wenn man sich den Antrag zum ersten Mal anschaut, denkt man, das ist eine schöne Überschrift, das hört sich gut an, und dann macht man natürlich irgendwann den Faktencheck. Auch wir haben mitbekommen, dass die Firma Shell und ihre Lobbyisten auch in Bremen unterwegs sind und versuchen, von diesen synthetischen Kraftstoffen zu überzeugen. Das hilft dann schon einmal, wenn man einmal ein bisschen recherchiert.

Eines hat Herr Strohmann auch schon gesagt, synthetische Kraftstoffe haben bei der Erzeugung einen sehr hohen Energiebedarf, und ihr Wirkungs-

grad ist auch sehr schlecht. Er liegt etwa bei 13 Prozent, bei Elektroautos sind es etwa 69 Prozent. Das Entscheidende ist aber, wenn man sich dann wirklich das Für und Wider anschaut – es gibt natürlich auch ein Für bei diesen Kraftstoffen –, dann gelten sie wirklich als sehr klimaschädlich. Es gibt da verschiedene Dinge. Ich will hier jetzt nicht mit den Kürzeln um mich werfen, weil man da wirklich auch bei den Kosten schauen muss, welches von den drei Dingen, die vor allem gehandelt werden, wir hier eigentlich nehmen wollen. Das eine basiert auf Palmöl, das ist natürlich in Bezug auf die Regenwälder nicht gerade optimal, das nächste wird mit Erdgas hergestellt – es ist also auch nicht optimal, man braucht sehr viel Energie dabei –, und das dritte braucht so viel Strom, also wirklich sehr viel Strom, dass man eigentlich einen gewaltigen Überschuss an erneuerbaren Energien haben müsste. Also, nach meiner Ansicht treffen alle drei Dinge irgendwie nicht zu.

Bei den Preisen haben wir unterschiedliche Recherchen gemacht. Ich habe einmal bei der BSAG nachgefragt, was es kosten würde. Von dort wurde mir gesagt, 30 Cent pro Liter, das sind bei acht Millionen Litern, die die BSAG etwa verbraucht, eben nicht 300 000 Euro, sondern meiner Ansicht nach 2,5 Millionen Euro.

Des Weiteren muss man dann schauen, was macht die BSAG eigentlich. Sie macht für mich in Bezug auf Elektro bisher ein bisschen zu wenig, das lag auch daran, dass es keine guten Busse gab. Sie hat dann versucht, stärker auf die Euro-6-Norm oder Euro 6d-Temp umzuschalten, das sind dann quasi Abgassysteme, bei denen auch kein Feinstaub mehr ausgestoßen wird – jedenfalls bei dem letzten, das ich genannt habe –, und auch kein NOx. Das heißt, wir führen bei der BSAG sowieso sukzessive diese, sage ich einmal, umweltfreundlicheren Modelle ein, im Augenblick sind es 50 Prozent.

Klar ist auch, dass sie immer noch CO₂ emittieren, und deshalb muss man da weiter gehen, aber wenn man jetzt noch die 100 Fahrzeuge umstellen würde, die jetzt noch die Euro-5-Norm haben – eine Umstellung kostet 25 000 Euro –, dann kommt man auf die 2,5 Millionen Euro, die Ihr Vorschlag nach meinen Recherchen kosten würde.

Wenn ich das zusammenfasse, ist es klimatechnisch nicht die richtige Technologie. Ich verstehe, dass die Automobilindustrie auch sagt, der Verbrennungsmotor ist unser Geschäftsmodell, das würden wir gern noch ein bisschen fortsetzen, und deshalb wird es auch sehr von ihr betrieben. Dafür

habe ich ökonomisch volles Verständnis, aber ich glaube, dass wir in der Zukunft wirklich eher ganz stark auf Wasserstoff und Elektro setzen müssen und den Weg dann hoffentlich auch zusammen gemeinsam gehen werden. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schiemann.

Abgeordnete Schiemann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den ÖPNV mit synthetischem Kraftstoff sauberer machen, das hört sich zunächst mit Blick auf die notwendig umzusetzenden Klimaschutzziele bestechend sympathisch an.

Synthetische Kraftstoffe sind nach Meinung einiger Experten die Zukunft, werden sie doch aus nicht umweltschädlichem Erdöl hergestellt, sondern aus Fetten, CO₂ oder aus Strom aus erneuerbaren Energien. Sie stoßen deutlich weniger Feinstaub oder CO₂ aus, ihre Abgase enthalten 50 Prozent weniger Stickoxide, sie sind nahezu schwefelfrei und in der Regel, nämlich in Reinform, biologisch abbaubar. So weit die Vorteile, aber wie so oft im Leben gibt es auch bei den synthetischen Kraftstoffen eine Kehrseite der Medaille.

Bislang sind synthetische Kraftstoffe noch deutlich teurer als Diesel und Benzin. So zitiert der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages eine Studie – und da habe ich völlig andere Preise als die bisher genannten –, wonach pro Liter synthetischem Diesel 4,50 Euro anfallen.

Problematisch sind synthetische Kraftstoffe unter anderem auch wegen ihrer Herstellung. So wird das auf Pflanzenölen und Wasserstoff basierende HVO überwiegend aus Palmöl hergestellt, für das Regenwälder abgeholzt werden. Das schadet nicht nur der Natur und den bedrohten Arten, sondern auch dem Klima.

Gas to Liquids oder GtL wird aus Erdgas hergestellt, einem endlichen Rohstoff. Es hat eine schädliche Klimabilanz und ist aufgrund des Methans ein größerer Treiber für die Erderwärmung als Kohle und Erdöl.

Kommen wir also zu Power to Liquid, also dem synthetisch hergestellten Diesel: Um PtL-Kraftstoffe herzustellen, benötigt man sehr viel Strom. Daher ist der Einsatz von PtL-Kraftstoff nur dort sinnvoll und bezahlbar, wo Ökostrom mit Überkapazität

produziert wird, und das passiert leider immer noch nicht hier in Deutschland.

Fazit: Synthetische Kraftstoffe sind vielleicht deutlich besser für die Langlebigkeit der Motoren und oft auch besser für die Umwelt, weil sich mit ihnen Feinstaub und Stickoxide deutlich reduzieren lassen. Die Herstellung dieser Kraftstoffe kann man jedoch nur als klimaschädlich und zu teuer werten.

Das in Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, benannte ökologische Gleichgewicht unseres Planeten lässt sich bei dem derzeitigen Stand der Entwicklung leider auch nicht ansatzweise mit dem Einsatz von synthetischen Kraftstoffen, unter anderem für den Bremischen ÖPNV, wiederherstellen. Nein, neben steigendem Meeresspiegel und steigenden Temperaturen würden in Bremen mit dem Einsatz von synthetischem Diesel auch die Ticketpreise für Busse erheblich steigen. Ihren Antrag lehnen wir deshalb ab. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Lieber Herr Strohmann, Sie haben schon recht gehabt, wir werden die ökologischen Punkte Ihres Antrags hinterfragen. Ich sage es einmal so, die synthetischen Kraftstoffe machen den ÖPNV nicht wirklich viel sauberer.

Ich gehe jetzt nur einmal auf den Punkt ein, der eben gerade angesprochen worden ist, den Punkt E-Fuel, also darauf, wie im Grunde mit Strom der synthetische Kraftstoff hergestellt wird. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es eben gerade schon gesagt, für synthetische Kraftstoffe würde etwa fünfmal so viel Strom verbraucht wie bei der direkten Herstellung von Elektrofahrzeugen. Auch auf die Preise wurde eben schon eingegangen, es ist eigentlich so ziemlich die teuerste Variante, auf andere Kraftstoffe umzustellen. Daher halten wir diese Form für nicht sinnvoll, schon gar nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Nicht dass wir generell synthetische Kraftstoffe ablehnen, aber meine Vorrednerin hat es auch gerade gesagt, sie machen erst dann Sinn, wenn wir tatsächlich den entsprechenden Anteil regenerativer Strommengen haben, mit denen man sinnvollerweise auch in Wasserstoff und solche Speichermedien oder solche Antriebsmedien investiert, denn wenn man sie nicht hat und

wenn man keinen grünen Strom hat, dann ist es natürlich noch einmal umweltschädlicher, das Ganze herzustellen.

Da kommen wir dann auch schon wieder zu der Krux: Wir alle arbeiten daran, wie man Speichermedien herstellen kann, wie wir in diese neuen Techniken einsteigen können, was wir auch als Koalition tun können, denn wir haben auch gesagt, dass wir das machen wollen. Dabei haben wir aber mit Ihrem Bundesenergieminister auf Bundesebene ein großes Problem, der erst einmal der Fotovoltaik ins Knie geschossen hat, danach dann der Offshore-Energie, und nun gibt er sich Mühe, den Ausbau regenerativer Energien an Land auch noch auf null herunterzufahren. Regenerative Energien sind aber erst einmal die Voraussetzung, damit es überhaupt Sinn macht, in solche Kraftstoffe zu investieren. Ich glaube, dann macht es auch eher Sinn, dort andere Transportmittel einzusetzen, aber nun nicht gerade Busse im öffentlichen Personennahverkehr. Insofern ist Ihr Antrag vielleicht in der Sache gut gemeint, aber faktisch eher unüberlegt und falsch, und deswegen lehnt DIE LINKE den Antrag der CDU ab. – Danke!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Magnitz.

Abgeordneter Magnitz (M.R.F.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich auf den CDU-Antrag eingehe, möchte ich noch ein paar Worte zu den Grünen und speziell zu Herrn Saxe sagen. Herr Saxe hat sich ja vor einigen Wochen in einer ähnlichen Diskussion darüber geäußert, es gebe sehr wohl eine grüne Welle, allerdings für Fahrräder. Lieber Herr Saxe, das ist die Arroganz der Bessergestellten, anders kann man das nicht nennen. Das Ganze können Sie ja vielleicht einmal – –.

(Abgeordnete Aulepp [SPD]: Geht es hier um Fahrräder?)

Das erkläre ich Ihnen gleich, hören Sie einfach zu, dann kommt es!

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gilt ja hier die Geschäftsordnung, und hier redet man zur Sache und nicht zum Allgemeinen!)

Nein, das gehört zu diesem Thema, das gehört exakt zu diesem Thema!

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir sind gespannt!)

Gut, dann hören Sie einfach zu!

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]:
Fällt schwer!)

Ja, das weiß ich. Ich wollte gerade sagen, erklären Sie, Herr Saxe, doch bitte einmal einem Pendler, der von außen einpendeln muss, dass er mit seinem Fahrrad mit grüner Welle zu seinem Arbeitsplatz in Bremen kommt! Ich glaube, da werden Sie wenig Erfolg haben. Gut, so weit dazu, jetzt aber zum CDU-Antrag!

Ich will das Ergebnis vorwegnehmen, wir werden dem zustimmen, allerdings aus ganz anderen Gründen als in dem Antrag aufgeführt sind. Umwelt und Klimaschutz sind nämlich nicht dasselbe. Umwelt kann man schützen, Klima passiert. Argumentativ, muss ich leider sagen, ist das ein Beitrag aus der Reihe „Bremen rettet Deutschland und Deutschland die ganze Welt“. Das ganze Paket stimmt so nicht, CO₂ ist der Baustein des Lebens und hat mit Treibhausgas überhaupt nichts zu tun.

(Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Hören Sie einfach zu, Sie können eine Menge lernen! Die anderen als problematisch bezeichneten Emissionen Stickoxid und Feinstaub sind gesondert zu betrachten. Feinstaub im Straßenverkehr resultiert im Wesentlichen aus Bremsen- und Reifenabrieb, welche bei allen Antriebsarten gleich anfallen. Im Übrigen ist der Feinstaub ganz wesentlich abhängig vom Tagesverlauf und hier insbesondere von Sonnenstand und der Intensität der Sonnenstrahlung. Beides ist kaum vom Menschen zu beeinflussen.

Richtig ist, dass der Verkehr, also ganz allgemein die Bewegung, natürlich Stäube aufwirbelt. Moderne Dieselmotoren emittieren nahezu keinen Feinstaub mehr. Ursache ist die Erhöhung der Verbrennungstemperatur, welche allerdings zwangsläufig den Anteil emittierter Stickoxide erhöht. Die Grenzwerte hierfür sind allerdings absolut willkürlich gesetzt und entbehren jeglicher wissenschaftlicher Grundlage. Der heute gültige Grenzwert von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Tag entspricht der Partikelmenge einer halben nikotinfreien Zigarette.

Zum Aspekt der Effektivität: Keine andere Antriebsform ist ähnlich effizient in ihrem Wirkungsgrad, also der Ausnutzung der eingesetzten Primärenergie, wie der Dieselmotor. Man erkennt das unter anderem am geringen Verbrauch und dem daraus resultierenden niedrigen CO₂-Austoß, was ja bekanntermaßen gewünscht wird.

Bevor wir jetzt also das Kind mit dem Bade ausschütten – damit kommen wir wieder zum Antrag der CDU –, ist es natürlich sinnvoll, dem Verbrennungsmotor gegen alle seine irrationalen Gegner zur Seite zu stehen, und deswegen stimmen wir dem zu. Deshalb befürworten wir Power to Liquid. Sinnvoll ist aber natürlich auch das nur, wenn synthetische Kraftstoffe ausschließlich mit den Überlastspitzen alternativer Energieträger hergestellt werden, bevor diese gegen Geld in europäische Nachbarländer abgegeben werden – wohlgemerkt unser Geld, denn wir bezahlen zum Teil auch noch dafür –, ist Power to X die sinnvollere Alternative. Wenn das weiterhin dazu beiträgt, den Bremischen Steuerzahler wie auch den selbstzahlenden BSAG-Nutzer vor weiteren Belastungen durch unsinnige und teure E-Busse zu schützen, ist der Antrag zu befürworten.

Noch ist die Hoffnung da, dass sich die Klimareligion totläuft und wir gemeinsam zu vernunftbestimmter und wissenschaftsbasierter Vorgehensweise zurückkehren.

(Lachen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Nur so werden wir die Herausforderungen auf diesem wie auch allen anderen Gebieten meistern.

(Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Glocke)

Wer wirklich interessiert ist, sich damit ehrlich auseinanderzusetzen, der sollte sich einmal mit dem Verkehrswissenschaftler Professor Matthias Klingner, dem Leiter des Fraunhofer-Instituts für Verkehrs- und Infrastruktursysteme, beschäftigen. – Danke!

(Beifall M.R.F.)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist jetzt eine Herausforderung!)

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben einen Vorredner gehört, der sicherlich auch bezweifeln wird, dass der weltweite Anstieg von Verpackungsmüll menschengemacht ist.

(Beifall FDP, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ehrlich gesagt, wer sich mit Wissenschaft auseinandersetzt, kann keinen Zweifel daran haben, dass es einen menschengemachten Anteil am Klimawandel gibt und dass wir deswegen auch handeln müssen. Deshalb müssen wir uns auch mit dem auseinandersetzen, was der IPCC uns in das Stammbuch schreibt, und deswegen müssen wir die Frage beantworten, wie wollen wir im Jahr 2050 dastehen, wie wollen wir den Verkehr 2050 CO₂-neutral organisieren. Die Frage ist offen, und sie kann und muss beantwortet werden, denn sonst tun wir nicht das, was wir tun können, um den Klimawandel zu vermeiden.

Wir haben inzwischen einen Stromanteil an erneuerbaren Energien von über 40 Prozent in Deutschland, hier oben im Norden wegen des Windes noch erheblich mehr. Wenn wir aber den gesamten Primärenergiebedarf anschauen, dann sind es nur 14 Prozent. Da ist es noch ein langer Weg bis zu 80, oder wie ich denke, 95 Prozent erneuerbarer Energien im Gesamtenergieverbrauch.

Wenn wir das aber machen, müssen wir auch sagen, wir kommen letzten Endes nicht darum herum, Energie zu importieren. Dann werden wir nicht nur Stromspitzen nehmen können – das geht wirtschaftlich ohnehin nicht, es reicht nämlich nicht, um damit Wasserstoff zu produzieren und die Anlagen wirtschaftlich zu betreiben –, sondern wir werden auch Energie importieren müssen. Es gibt ja die Ansätze aus dem Ministerium für Entwicklungshilfe und von anderen zu sagen, wir produzieren das im Süden der Welt – dort, wo Wasser und Sonne ausreichend zur Verfügung stehen –, und dann importieren wir Wasserstoff oder synthetisches Erdgas, Methanol oder eben auch PtL-Kraftstoffe, über die wir hier reden.

Wir können aber nicht den Einsatz von Kraftstoffen wollen, die aus Palmöl oder aus irgendwelchen Produkten gemacht werden, die auch zum Abbau und zur Schädigung der Natur führen, denn wir wissen ja, wie wichtig Wälder und damit auch Palmen für das Klima sind – insofern können wir nur über synthetische Kraftstoffe reden, die nachwachsende Quellen haben –, und wir können auch nicht

über Erdgas reden, das andere wieder zu Diesel aufbereiten wollen, um dann noch mehr Erdgas einsetzen zu können. Nein, wir können nur darüber reden, was wir hier sinnvollerweise mit unseren Bussen machen, und deswegen beantragen wir, die FDP, die Überweisung. Das müssen wir tun, damit wir überlegen, wie wir hier einen besseren Anteil von erneuerbaren Energien im ÖPNV erreichen.

Wir reden immer darüber, dass wir den ÖPNV ausweiten müssen, um das Klima zu schützen. Ja, aber wir müssen auch den Antrieb grüner machen im Sinne von mehr CO₂-Neutralität, und das heißt, das müssen wir auch bald angehen. An der Stelle habe ich auch in der Deputation für Klima gesagt, hier hätte auch Bremen schon etwas tun können – Bremerhaven übrigens auch –, indem der Antrieb eben mit entsprechenden erneuerbaren Energien gemacht worden wäre. Oldenburg hat es vorgemacht: Dort hat man die Busflotte konsequent auf Bioerdgas umgestellt, und damit fährt dort eine der umweltfreundlichsten Busflotten, übrigens auch, um die dortige Stickoxidproblematik in den Griff zu bekommen.

Also, wir müssen hier dringend reden, und deswegen beantragen wir die Überweisung in die Deputation für Klima und mitberatend in die für Mobilität, damit wir uns klar darüber werden, was wir hier zügig tun können, denn es gibt keine einfache Antwort.

Ich gehe allerdings davon aus, dass wir synthetische Kraftstoffe brauchen werden, aber nicht für den ÖPNV, sondern für die Frage, wie wir den Flugverkehr organisieren, und insofern ist jeder Einstieg in die Richtung richtig. Dass wir das dann aber für den ÖPNV machen, finde ich doch einen sehr zweifelhaften Weg – vielleicht synthetisches Methan, aber auch da müssen wir noch schauen, wie es mit dem Methanschlupf und damit letzten Endes auch mit der Klimawirkung des Methans ist.

Ich komme also zum Schluss: Es ist der richtige Ansatz, darüber zu diskutieren, wie wir den ÖPNV klimafreundlicher machen und den Footprint reduzieren. Dabei dürfen wir auch nicht nur über den Motor und dessen Wirkungsgrade reden, sondern müssen eine wirkliche Cradle-to-Cradle-Betrachtung machen, das heißt, eine Gesamtlebenszyklusanalyse dieses Busses, und dann können wir entscheiden, was hier das Beste ist, und nicht einfach sagen, jetzt nehmt einmal das, weil wir einen Fernsehbericht gesehen haben, oder macht das andere, weil wir das toll finden. Wir müssen uns ernsthaft damit auseinandersetzen, und das können wir

in den Deputationen machen, deswegen der Antrag auf Überweisung! – Danke!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin gerade gebeten worden, mich wirklich kurz zu fassen, weil viele um 19 Uhr einen Anschlusstermin haben. Das werde ich jetzt tun. Ich kann dem Wunsch des Präsidenten ja nicht widerstehen, aber ein paar Sätze seien mir trotzdem gegönnt.

Ich glaube, bis auf einen Redebeitrag habe ich herausgehört, dass wir alle erst einmal ein gemeinsames Ziel haben, nämlich die emissionsfreie Mobilität, und das sicherlich auch nicht nur lokal. Dass emissionsärmere Antriebe von Anfang an gefordert, richtig und wichtig sind, darüber sind wir uns, glaube ich, auch einig.

Jetzt ist angesichts dieser Herausforderungen die Frage, ob das Setzen auf die synthetischen Kraftstoffe der beste Weg ist. Ich sage nein, es gibt bessere, es gibt effizientere Wege. Es wurde hier vorhin schon genannt, ich will das nicht alles wiederholen, es gibt eine Vielzahl von Ansätzen zu synthetischen Kraftstoffen. Es gibt Methoden wie die Fischer-Tropsch-Synthese, mit der aus Braunkohle flüssige Kraftstoffe gewonnen werden, aber für die Umwelt macht das am Ende des Tages auch von der Energiebilanz her keinen Sinn oder ist für die Umwelt – Sie haben das Palmöl genannt – eher schädlich.

Die Erzeugung von derartigen synthetischen Designerkraftstoffen ist leider extrem energieaufwendig, und das ist kontraproduktiv gegenüber dem Ziel, das wir haben. Es macht also energetisch wenig Sinn, und angesichts des deutschen Energiemixes sollten wir die begrenzten erneuerbaren Energien effizienter nutzen als für synthetische Designerkraftstoffe für eine Busflotte.

Jetzt möchte ich noch ganz kurz etwas zu den Anforderungen an den Busbetrieb sagen, denn ab August 2021 wird erwartet, dass man die Clean Vehicles Directive, also eine EU-Verordnung, in deutsches Recht umsetzt, das heißt, mindestens 45 Prozent der neu zu beschaffenden Busse müssen dann in die Kategorie Niedrigemissions- oder Nullemissionsfahrzeuge fallen. Diese Anforderungen wer-

den wir sicherlich nicht mit Dieselantrieben erreichen, ich hoffe, dass der Diesel ganz schnell der Vergangenheit angehört. Der Antrieb muss emissionsfrei sein, und das heißt eigentlich elektrisch, allerdings auch nur dann, wenn es grüner Strom ist.

Es ist, glaube ich, bekannt, dass ich schon auch immer schaue, wie sich die Wasserstofftechnologie weiterentwickelt. Deswegen finde ich auch, es ist zu früh, sich jetzt für diese Bremer Busflotte festzulegen, wir setzen nur auf elektrisch, oder wir machen jetzt schon Wasserstoff.

Ich war in Frankfurt und bin mit einem wasserstoffbetriebenen Bus gefahren, das macht dort mehr Sinn, weil es eben auch ein bisschen bergig und hügelig ist. Die Hessen aus dem Verkehrsministerium sagen, in Bremen, wo alles flach ist, macht Elektrobus mehr Sinn als Wasserstoff, zumindest jetzt. Deswegen wäre mein Vorschlag, erst einmal auf elektrisch zu setzen, aber eine kleinere Anzahl neu zu beschaffen, um sich dann wirklich zu orientieren, was langfristig sinnvoll ist, Elektro- oder Wasserstoffantrieb.

Die Busflotte in Bremen – das muss man aber auch einmal honorieren! – erfüllt jetzt schon einen ziemlich hohen Standard. In Bremen als erster europäischer Stadt gab es wirklich seit 2005 Busse, die einem ganz, ganz hohen europäischen Standard entsprechen, und wir halten anders als andere Städte unsere Luftqualitätsanforderungen ja auch ein. Das ist erst einmal gut, da schauen auch viele neidisch auf Bremen. Ab Anfang 2020 werden über 40 Prozent der BSAG-Busse mit der Abgasnorm Euro 6 und Euro 5d-Temp ausgestattet sein. Ab 2021 wird der Anteil sogar bei 50 Prozent liegen.

Also, ich fasse jetzt ganz kurz zusammen, Herr Präsident, Fazit: Der Mehraufwand synthetischer Kraftstoffe lohnt für Bremen nicht. Der Energieaufwand zur Herstellung ist ein kritisches Element, und auch wenn wir das gemeinsame Ziel eines emissionsarmen und emissionsfreien Busverkehrs haben, so ist das, was im Antrag gefordert ist, aus meiner Sicht für Bremen nicht wirklich zielführend. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtischen Deputationen für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz (federführend) und Mobilität, Bau und Stadtentwicklung beantragt.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Überweisungsantrag ab, wir kommen daher zur Abstimmung in der Sache.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/56 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Bebauungsplan 2430
für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen
Buntentorsdeich, beiderseits Am Dammacker und
der Grünverbindung zum Werdersee
Mitteilung des Senats vom 5. November 2019
(Drucksache [20/58 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2430 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2430.

(Einstimmig)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit am heutigen Nachmittag und möchte darauf hinweisen, dass zur morgigen Landtagssitzung wegen des Aufbaus des Weihnachtsmarktes keine Abstellmöglichkeiten für Fahrräder vor der Tür zur Verfügung stehen.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.57 Uhr)

Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 19. November 2019

Anfrage 11: Schulstandortplanung für die berufsbildenden Schulen?

Wir fragen den Senat:

Erstens: Zu wann kann mit einer bis zur Aufstellung des kommenden Doppelhaushaltes vorzulegenden Schulstandortplanung für die berufsbildenden Schulen gerechnet werden, mit der das Ziel verbunden ist, mögliche Synergien und Handlungsoptionen für den Schulbau der allgemeinbildenden Schulen zu schaffen?

Zweitens: Wie ist der aktuelle Stand der Planungen in diesem Bereich, insbesondere in Bezug auf die Frage einer Reduzierung der Vielfalt an kleineren Standorten zugunsten größerer Schulverbünde im Bereich der berufsbildenden Schulen?

Drittens: Welche Planungen verfolgt der Senat bei der Umsetzung eines Berufsbildungscampus in Bremen-Nord auf dem Gelände der Bremer Wollkämmerei, und wie ist der aktuelle Stand der Vorbereitung?

Hupe, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Es ist das erklärte Ziel des Senats, die berufliche Bildung zukunftsgerecht zu stärken. Dazu zählt auch ein attraktives Lernumfeld für die betroffenen Schülerinnen und Schüler. Eine Schulstandortplanung für die berufsbildenden Schulen muss die aktuellen Herausforderungen wie den Wandel der Arbeitswelt, die wieder ansteigende Zahl junger Menschen, die Anforderungen der Inklusion und den Zustand der bestehenden Schulgebäude, in einer abgestimmten Planung in den Blick nehmen.

Der Planungsprozess wurde im Frühjahr aufgenommen und soll im ersten Halbjahr 2020 in der Vorlage einer abgestimmten Schulstandortplanung für die öffentlichen berufsbildenden Schulen der Stadtgemeinde Bremen einmünden.

Zu Frage zwei: Derzeit bestehen 16 öffentliche berufsbildende Schulen in der Stadtgemeinde Bremen. Die einzelnen Schulen weisen im Ländervergleich überwiegend kleine bis mittlere Größen auf, das heißt, die Zahl der jeweiligen Schülerinnen und Schüler liegt zwischen unter 500 und knapp über 2.500. Die einzelnen berufsbildenden Ausbildungsbereiche sind oftmals auf mehrere Standorte verteilt, zum Teil bestehen Doppelangebote in einzelnen Ausbildungsberufen. Aufgrund teilweise erheblicher Sanierungsbedarfe an den bestehenden Standorten sowie der Kapazitätsbedarfe im allgemeinbildenden Bereich wird in Abstimmung mit dem Sondervermögen Immobilien und Technik angestrebt, bestehende berufsbildende Angebote zu einem leistungsstarken beruflichen Campus zu bündeln, die auch baulich die besonderen Anforderungen der beruflichen Bildung zu erfüllen im Stande sind.

Dazu sollen in den kommenden Monaten drei für die Entwicklung der Szenarien notwendigen Bedarfe erarbeitet werden. Diese sind die fachlich und kapazitär abgeleiteten Raumanforderungen, die zeitliche Dringlichkeit angesichts von aufwachsenden Schülerzahlen und Kapazitätsengpässen sowie die Wirtschaftlichkeit angesichts des zum Teil hohen Sanierungsstaus und alternativer Angebote.

Zu Frage drei: Im Vorgriff auf die Schulstandortplanung wird am Standort des Geländes der ehemaligen Bremer Wollkämmerei die Idee eines gemeinsamen Berufsschulstandortes des Schulzentrums Blumenthal mit anderen berufsbildenden Schulen entwickelt. Die Überlegungen zu diesem zukünftigen »Campus Nord« umfassen insbesondere die Schaffung von Synergieeffekten durch die gemeinsame Nutzung der Infrastrukturen für Sport, Mensa und Versammlungen, die engere Verzahnung von Schule und ausbildenden Betrieben sowie die Öffnung der Schulen in das städtische Umfeld.

Derzeit wird ein städtebauliches Werkstattverfahren zur Entwicklung eines Strukturkonzeptes für die Entwicklung einer städtebaulichen Rahmenplanung am Industrie- und Gewerbestandort Bremer Wollkämmerei durchgeführt. Das Ergebnis dieses Verfahrens liegt Ende Dezember 2019 vor, die weiteren Schritte werden danach zwischen den Projektbeteiligten beraten.

Anfrage 12: Versorgung von Wohnungslosen in Bremen-Nord

Wir fragen den Senat:

Erstens: Besteht die Möglichkeit, am Szenetreff im Aumunder Heerweg in Vegesack die Sozialarbeit personell aufzustocken und so verlässlichere Angebote sicherzustellen?

Zweitens: Ist vor Einbruch des Winters mit der Eröffnung eines beheizbaren Treffpunkts für wohnungslose Menschen zu rechnen?

Drittens: Welche Möglichkeiten zur Versorgung mit Essen und Getränken, Schließfächern sowie Duschen sind dort denkbar?

Maja Tegeler, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

Zu Frage eins: Grundsätzlich ist anzumerken, dass der Szenetreff nicht nur von wohnungslosen Menschen besucht wird, sondern sehr stark auch von Menschen mit Suchterkrankungen. Damit hat der Szenetreff für viele Menschen eher die Funktion einer Tagesstrukturierung und der sozial-kommunikativen Integration. Eine wichtige Rolle hat in diesem Zusammenhang die anwesende Sozialarbeiterin. Der Szenetreff in Vegesack wird vorwiegend von der Bremischen Evangelischen Kirche sowie mit Eigenmitteln des Vereins für Innere Mission finanziert. Eine zusätzliche Förderung durch die Stadtgemeinde ist derzeit im Haushalt nicht vorgesehen. Aus diesem Grund können die Angebote derzeit nicht aufgestockt werden.

Zu Frage zwei: Gegenwärtig prüfen der Verein für Innere Mission, die Obdachloseninitiative der kirchlichen Gemeinden in Bremen-Nord und das Ortsamt Vegesack, ob es sinnvoll und möglich ist, Container am Szenetreff aufzustellen.

Dabei ist zu beachten, dass der derzeitige Unterstand jederzeit – auch ohne Betreuung – genutzt werden kann. Für eine Containerlösung werden hingegen feste Öffnungszeiten und eine entsprechende personelle Ausstattung zur Betreuung benötigt. Auch die Aufstellung und Einrichtung eines Containers sowie Unterhalt und Instandhaltung sind mit Kosten verbunden, für die es derzeit noch keine Finanzierung gibt.

Die Abstimmung weiterer Schritte ist in den nächsten Wochen geplant. Eine zeitnahe Umsetzung ist aufgrund der geschilderten Umstände unwahrscheinlich.

Zu Frage drei: Derzeit gibt es am Szenetreff Aumunder Heerweg zeitweise Kaffeeauschank durch die Streetworkerin. Eine Suppenausgabe, die aus Spenden finanziert wird, erfolgt in der zweiten Monatshälfte. Für weitergehende Angebote wie eine regelmäßige Essensausgabe sowie Schließfächer und Duschen wären eine entsprechende Raumstruktur und Finanzierung erforderlich. Diese lassen sich nicht am offenen Unterstand und kaum in einem Container umsetzen.

Anfrage 13: Kein Baugrundstück für Baugemeinschaft in Schwachhausen?

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann rechnet der Senat mit der Neuaufstellung des vom Bremer Oberverwaltungsgericht für unwirksam erklärten Bebauungsplans 2391?

Zweitens: Inwiefern ist der Eigentümer auch bei Neuaufstellung des Bebauungsplans 2391 verpflichtet, das Gelände für den vierten Bauabschnitt an eine Baugemeinschaft zu verkaufen?

Drittens: Inwieweit wird der betroffene Beirat während der Neuaufstellung beteiligt?

Susanne Grobien, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Der Senat hat die gutachterlichen Untersuchungen eingeholt, die nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts bei der ersten Beschlussfassung über den Bebauungsplan gefehlt haben. Er wird der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung in ihrer nächsten Sitzung eine Beschlussvorlage zur erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans vorlegen.

Zu Frage zwei: Die Regelungen zum Weiterverkauf einer Teilfläche an eine Baugemeinschaft sind Teil des Kaufvertrags zwischen der Stadt und dem Investor und nicht Bestandteil des Bebauungsplans.

Zu Frage drei: Der Beirat hat seinen ursprünglichen Beschluss zum Bebauungsplanverfahren 2391 widerrufen und gefordert, Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, dass die besagte Fläche an die Baugemeinschaft veräußert werden

soll. Im Zuge der erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans wird der Beirat im für Bauleitverfahren üblichen Rahmen beteiligt.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 6. Sitzung nach interfraktioneller Absprache
beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
5.	Ortsgesetz über die Aufhebung der förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes "Waller Heerstraße" vom 17.12.2002 Mitteilung des Senats vom 24.09.2019 (Drucksache 20/45 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.
7.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der städtischen Betriebsausschüsse Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 30.10.2019 (Drucksache 20/54 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
11.	Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Jugendhilfeausschusses	Die Stadtbürgerschaft wählt anstelle des ausgeschiedenen Herrn Yakup Metih Celik Frau Kerstin Eckhardt zum stellvertretenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses.
12.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsrates der Anstalt Die Bremer Stadtreinigung, Anstalt öffentlichen Rechts Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/61 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
13.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/62 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
14.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/63 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
15.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Controllingausschusses Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/64 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
16.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Hafenausschusses Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/65 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
17.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Petitionsausschusses Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/66 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
18.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/67 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
19.	Mitglieder der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/68 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
20.	Mitglieder der städtischen Deputation für Inneres Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/69 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
21.	Mitglieder der städtischen Deputation für Kinder und Bildung Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/70 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
22.	Mitglieder der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/71 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
23.	Mitglieder der städtischen Deputation für Kultur Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/72 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
24.	Mitglieder der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/73 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
25.	Mitglieder der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/74 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
26.	Mitglieder der städtischen Deputation für Sport Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/75 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
27.	Mitglieder der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12.11.2019 (Drucksache 20/76 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
30.	Bericht des städtischen Petitionsausschusses vom 13.11.2019 (Drucksache 20/81 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft